



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Stabilität und Sicherheit.

GESCHÄFTSBERICHT 2005



E U R O S Y S T E M



Wichtige Ereignisse im Zeitspiegel

OeNB/Österreich		ESZB/Euroraum/EU
	2005	
Intensivierung der Informationskampagne der OeNB: „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“, Seite 71	JÄNNER	
	FEBRUAR	
	MÄRZ	Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Seite 36
	APRIL	
Erstmalige Vergabe des Klaus-Liebscher-Preises im Rahmen der 33. Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB, Seite 34	MAI	Neuaufgabe der Publikation „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet“ der EZB, Seite 41
OeNB zieht Bilanz zu zehn Jahren EU-Mitgliedschaft Österreichs, Seite 39		Wechselkursmechanismus II (WKM II): Beitritt von Lettland, Malta und Zypern, Seite 34
Euro-Bus der OeNB geht auf bisher größte Tour: 89 Stopps bis August in ganz Österreich, Seite 69		
	JUNI	
Ergebnisse der Prüfung der Wirtschaft Österreichs vom IWF publiziert, Seite 30	JULI	Neuausrichtung der Lissabon-Strategie der EU mit Schwerpunkt „Wachstum und Beschäftigung“, Seite 38
Letzte Eintauschmöglichkeit für die 1.000 Schilling-Banknote „Bertha von Suttner“, Seite 69	AUGUST	
	SEPTEMBER	
	OKTOBER	Beschluss von Basel II im Europäischen Parlament, Seite 49
Conference on European Economic Integration der OeNB in Kooperation mit der EZB und dem Center for Financial Studies, Seite 74	NOVEMBER	WKM II: Beitritt der Slowakei, Seite 34
		Vorlage der nationalen Reformprogramme im Rahmen der neuen Lissabon-Strategie, Seite 38
Einheitliches Online-Statistikangebot für alle Länder des Euroraums für ausgewählte Indikatoren eingeführt, Seite 56	DEZEMBER	EZB-Rat erhöht Leitzinsen erstmals seit Oktober 2000 um 0,25 Prozentpunkte (z. B. Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäft auf 2,25%), Seite 23
Neues Unterrichtspaket der OeNB publiziert, Seite 73		Schulpaket der EZB vorgestellt, Seite 73
		Zuteilungsbetrag für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte von 30 auf 40 Mrd EUR erhöht, Seite 41
		Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zu Zahlungsverkehr publiziert, Seite 59
	2006	
Neues Meldesystem der OeNB zur Zahlungsbilanz tritt in Kraft, Seite 58	JÄNNER	EU-Ratspräsidentschaft Österreichs ab 1. Jänner 2006, ausgewählter Schwerpunkt: Erweiterung des Euroraums, Seite 39
	FEBRUAR	
	MÄRZ	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte (z. B. Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäft auf 2,50 %), Seite 24
	APRIL	

Die Seitenangaben verweisen auf weitere Informationen im vorliegenden Geschäftsbericht.

Inhalt

ORGANE DER OENB

Generalrat, Staatskommissär	6
Direktorium	9

DAS JAHR 2005 IM ÜBERBLICK

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung	14
Die OeNB im Jahr 2005	16

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2005

Geldpolitik trifft Vorsorge gegen Inflationsrisiken	21
OeNB spielt aktive Rolle im europäischen Integrationsprozess und bei der internationalen Kooperation	33
OeNB setzt geldpolitische Maßnahmen um und veranlagt Währungsreserven	41
OeNB unterstützt Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität	47
OeNB gewährleistet sichere Zahlungsverkehrssysteme und reibunglose Bargeldversorgung	59
OeNB kommuniziert Stabilität und Sicherheit	71
Die OeNB – Ein leistungsorientiertes und effizientes Unternehmen	77

JAHRESABSCHLUSS 2005 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 2005	84
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2005	86
Anhang zum Jahresabschluss 2005	87

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2005

121

HINWEISE

Abkürzungen, Zeichenerklärung	124
Glossar	125
Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank	132
Bildnachweis	135
Adressen der Oesterreichischen Nationalbank	136

Redaktionsschluss: 27. April 2006



ORGANE DER OENB

Generalrat, Staatskommissär



Bericht des Präsidenten

Sieben Jahre nach Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion folgte die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet einem moderaten Wachstumskurs, geprägt durch zunehmendes Vertrauen von Unternehmen und privaten Haushalten. Das gestiegene – aber im historischen Vergleich noch immer äußerst niedrige – Zinsniveau auf den Finanzmärkten und der fortgesetzte Wertgewinn des US-Dollar gegenüber dem Euro stellten verbesserte Rahmenbedingungen für die Zentralbanken des Eurosystems dar.

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) konnte im Geschäftsjahr 2005 ein Ergebnis erwirtschaften, das über dem des Vorjahres und im langfristigen Durchschnitt liegt. Im Hinblick auf die Gewinnentwicklung ist aber anzumerken, dass sich angesichts der überdurchschnittlichen Ausschüttungen im Anschluss an die Gründung der Währungsunion das zukünftige Ertragspotenzial markant verringert hat. In diesem Zusammenhang ist auch an die Verpflichtung im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zu erinnern, wonach die nationalen Zentralbanken über ausreichende Ressourcen für Aufgabenerfüllung und Risikovor-sorgen verfügen müssen. Denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Eurosystems.

Im Geschäftsjahr 2005 hat die OeNB in vielen Bereichen zu den gemeinsamen Vorhaben im ESZB beigetragen, wobei der Bewältigung der Herausforderungen der EU-Erweiterung ein besonderer Stellenwert zukam. Darüber hinaus wurden in allen Geschäftsbereichen der OeNB wichtige Vorhaben vorangetrieben. So wurde die Anlagestrategie der OeNB weiter optimiert und unter nach

wie vor nicht einfachen Rahmenbedingungen erfolgreich realisiert. Bedeutende Arbeiten wurden zur Förderung der Finanzmarktstabilität und zur Vorbereitung auf einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum geleistet. Im Hinblick auf die Geldpolitik und die Sicherheit der Zahlungsmittel nimmt die Kommunikation mit der Öffentlichkeit einen wichtigen Stellenwert ein.

Bei den Beteiligungsunternehmen wurden im Sinne der Konzentration auf die Kernkompetenzen Restrukturierungen und Anpassungen vorgenommen. So wurden die Anteile an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH und an der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH veräußert. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die OeNB mit ihrem Engagement für den Finanzplatz Österreich einen wichtigen Beitrag zur Zahlungsverkehrsabwicklung sowie zur Entwicklung einer Infrastruktur für die digitale Signatur geleistet hat.

Die OeNB und die Beteiligungsunternehmen haben großes Augenmerk auf Effizienz und Kostenbewusstsein gelegt. Die Betriebsabläufe wurden weiter optimiert und die Synergien genutzt. Die Bemühungen um einen sparsamen Ressourceneinsatz mit Kostensenkungen in vielen Bereichen wurden fortgesetzt. Die große Wertschätzung und das anhaltend hohe Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Institution ist Anerkennung dieser Leistungen und eine gute Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit im Eurosystem.

Präsident
Herbert Schimetschek

Generalrat, Staatskommissär; Stand per 31. Dezember 2005

Herbert Schimetschek
Präsident
Vorsitzender des Vorstandes des Austria
Versicherungsvereines auf Gegenseitigkeit

Dr. Manfred Frey
Vizepräsident
Präsident i. R. der Finanzlandesdirektion
für Wien, Niederösterreich und Burgenland

Dipl.-Ing. August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Direktor des Instituts für Höhere Studien
und Wissenschaftliche Forschung (IHS)

Univ.-Doz.
MMag. Dr. Philip Göth
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Gesellschafter/Geschäftsführer
der Deloitte-Gruppe Österreich

Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin
der Sacher Hotel Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin der Österreichischen
Hoteliersvereinigung (ÖHV)

Manfred Hofmann
Direktor
Leiter der Abteilung für Finanz- und
Rechnungswesen in der Wirtschaftskammer
Österreich sowie Vorsitzender
des Vorstandes der Wirtschaftskammern
Pensionskasse AG
und Vorstand des Pensionsfonds der
Wirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof.
Mag. Dr. Herbert Kofler
Wirtschaftstreuhänder/Steuerberater
Vorstand der Abteilung
Betriebliches Finanz- und Steuerwesen
am Institut für Wirtschaftswissenschaften
Universität Klagenfurt

Mag. Georg Kovarik
Leiter des Referates für Volkswirtschaft
des österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dipl.-Ing. Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana Beteiligungs-AG

Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Wien

Dkfm. Gerhard Randa
Executive Vice President
Magna International Inc.

Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Dkfm. Johann Zwettler
Generaldirektor der BAWAG P.S.K.
Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse AG

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter
Stellvertretende Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats

Staatskommissär
Sektionschef Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik
und Finanzmärkte im Bundesministerium

Staatskommissär-Stellvertreter
Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler
Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung (WIFO)



Der Generalrat v. li. n. re.:

A. Astl, H. Handler, W. Muhm, J. Zwettler, E. Gürtler-Mauthner, H. Schimetschek,
B. Felderer, M. Frey, M. Hofmann, W. Rothensteiner, G. Kovarik, H. Kofler

Nicht abgebildet: P. Göth, J. Marihart, G. Randa, T. Wieser



Zentralbetriebsrat:
T. Reindl



M. Gerharter

Personelle Veränderungen

vom 14. April 2005 bis 27. April 2006

Das Mitglied des Generalrats, **Mag. Christian Domany**, hat mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 24. Mai 2005 sein Generalratsmandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde der Leiter der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen in der Wirtschaftskammer Österreich, **Direktor Manfred Hofmann**, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Ferner wurde das Mitglied des Generalrats, **Dr. Walter Rothensteiner**, dessen Funktionsperiode mit der Generalversammlung 2005 ausgelaufen ist, wiedergewählt.

Mit Wirkung vom 1. April 2006 wurde Gruppenleiter **Mag. Alfred Lejsek** vom Bundesminister für Finanzen an Stelle von **Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler** zum Staatskommissär-Stellvertreter bestellt.

Direktorium

Bericht des Gouverneurs

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2005 trotz des fortdauernden Erdölpreisschocks mit beinahe 5% weiter robust. Im Euroraum war das reale Wirtschaftswachstum mit 1,3% vergleichsweise schwach, doch zog die Konjunktur ab dem zweiten Halbjahr 2005 an.

Vor allem die hohen Energie- und Rohstoffpreise bewirkten, dass die Jahresinflation im Jahr 2005 mit 2,2% im Euroraum weiterhin erhöht blieb. Im Jahresverlauf verdichteten sich die Anzeichen für steigende Inflationsrisiken. Eine Korrektur des geldpolitischen Kurses war daher angezeigt. Nach zweieinhalb Jahren konstant niedriger Leitzinsen beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) am 1. Dezember 2005 und am 2. März 2006, die Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Der EZB-Rat stellt damit sicher, dass die Inflationserwartungen – und damit auch die Nominalzinsen und die Inflationsrate selbst – auf niedrigem Niveau verankert bleiben. Die Geldpolitik sichert so die Kaufkraft und erleichtert Investitionen, beides Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum.

Für die dauerhafte Stabilität des Euro und dessen positive Wirkungen für Wachstum und Beschäftigung ist eine nachhaltig solide Budgetpolitik ebenso erforderlich wie weitere Strukturreformen, um die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse zu begünstigen und die wirtschaftliche Dynamik zu fördern. Die durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Frühjahr 2005 geschaffenen zusätzlichen Spielräume dürfen nicht zur Verschleppung notwendiger Konsolidierungen führen, sondern sind für nachhaltige Reformen etwa der Pensionssysteme und zur Verbesserung der langfristig wachstumsfreundlichen Strukturen der öffentlichen Finanzen zu

nutzen. Die neu fokussierte Lissabon-Strategie muss zügig umgesetzt werden, die nationalen Reformprogramme sollten die Verbindlichkeit der Reformpläne erhöhen und ein „Benchmarking“ der erfolgreichsten wachstumspolitischen Reformpakete unterstützen. Die Vollendung des EU-Binnenmarktes, einschließlich des Dienstleistungsmarktes, birgt noch erhebliches Wachstums- und Beschäftigungspotenzial.

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2005 durch eine Fortsetzung der Reformen, gepaart mit einer wachstumsorientierten Konjunkturpolitik, gekennzeichnet. Mit 1,9% lag das reale Wirtschaftswachstum neuerlich 0,6 Prozentpunkte über dem Euroraum, ab dem vierten Quartal 2005 beschleunigte sich die Wachstumsdynamik. Die immer engeren Wirtschaftsverflechtungen – nicht zuletzt der österreichischen Banken – mit den neuen EU-Mitgliedstaaten begünstigen die österreichische Wirtschaftsentwicklung.

Die Steuerreformen, Konjunktur-, Beschäftigungs- und Wachstumspakete weiteten das Maastricht-Budgetdefizit auf 1,5% des BIP aus. Die erklärten Ziele der Bundesregierung eines ausgeglichenen Staatshaushalts und einer Schuldenquote unter 60% bis zum Jahr 2008 sowie einer Abgabenquote unter 40% des BIP bis zum Jahr 2010 dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Die Europäische Union setzte ihren Integrationskurs fort, nachdem sie ihre „Schrecksekunde“ nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden überwunden hatte. Im April 2005 wurde der Beitrittsvertrag mit Bulgarien und Rumänien für deren im Jahr 2007 geplante EU-Mitgliedschaft unterzeichnet, im Herbst 2005 wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen



gen mit Kroatien und der Türkei beschlossen. Vier weitere EU-Mitgliedstaaten traten im Jahr 2005 dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) bei; die nunmehr sieben am WKM II teilnehmenden neuen EU-Mitgliedstaaten können den Euro einführen, sobald sie alle Konvergenzkriterien nachhaltig erfüllen. Mit 1. Jänner 2006 übernahm Österreich die EU-Ratspräsidentschaft, die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist in die Arbeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eingebunden.

Globalisierung, europäische Integration und der Euro bieten viele Chancen. Die OeNB ist weiterhin bestrebt, durch stabile monetäre Rahmenbedingungen und ein kundenorientiertes Dienstleis-

tungsangebot dazu beizutragen, dass diese Chancen besser genutzt und die sich stellenden Herausforderungen erfolgreich gemeistert werden können. Sämtliche Aktivitäten sind von einem straffen Personalmanagement, weiteren Effizienzsteigerungen und hohem Kostenbewusstsein geprägt. Durch Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, laufende Innovationen sowie die Bereitstellung einer gut funktionierenden technischen Infrastruktur optimiert die OeNB ihr Leistungsportfolio im Dienste der österreichischen Wirtschaftspolitik und Bevölkerung.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher





Das Direktorium v. li. n. re.:

P. Zöllner, K. Liebscher, W. Duchatzek, J. Christl

Direktorium der OeNB; Stand per 31. Dezember 2005

Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at



DAS JAHR 2005 IM ÜBERBLICK

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung

Robuste weltwirtschaftliche Lage

Das weltwirtschaftliche Wachstum blieb im Jahr 2005 mit fast 5% trotz des Einflusses der Erdölpreishausse robust. Die USA, der asiatische Raum – allen voran die dynamischen Volkswirtschaften Chinas und Indiens – und die zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten expandierten um 3% oder deutlich darüber. Japan setzte seine konjunkturelle Erholung fort.

Mäßiges Wachstum im Euroraum, Inflationsrate bei 2,2%, Zinsanhebung zweimal um jeweils 0,25 Prozentpunkte

Das reale BIP in der EU (+1,6%) und insbesondere im Euroraum (+1,3%) wuchs mäßig. Die Verteuerung von Energie ging mit einem Anstieg der Inflationsrate auf 2,2% im Jahr 2005 einher. Auch die Geldmenge M3 expandierte kräftig. Um Risiken für die Preisstabilität vorzubeugen, reagierte die Geldpolitik mit einer leichten Straffung: Der EZB-Rat hob im Dezember 2005 und Anfang März 2006 die Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte an. Der Mindestbietungssatz bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften beträgt seither 2,50%.

Österreichs Wirtschaft wächst um fast 2%, Inflationsrate etwas über 2%

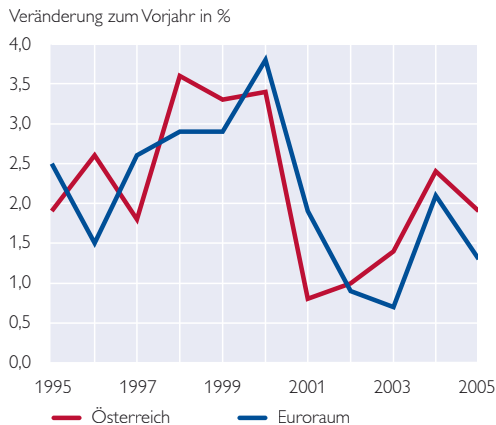
Das reale BIP wuchs in Österreich im Jahr 2005 mit 1,9%. Wachstumsmotoren waren insbesondere die belebten Exporte und eine dynamische Industrie. Auch die Finanzdienstleistungen expandierten kräftig. Eine günstige Lohnstückkostenposition, die intensive Verflechtung mit den Märkten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie spezielle wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützten die Konjunktur. Die Inflationsrate betrug im Jahr 2005 2,1%, schwächte sich gegen Ende des Jahres aber stark ab. Im Jänner und Februar 2006 betrug sie jeweils 1,5%, im März 2006 sank sie auf 1,3%. Steigende Beschäftigung, höheres Arbeitskräfteangebot, zunehmende Arbeitslosigkeit und eine größere Zahl an offenen Stellen prägten den Arbeitsmarkt. Infolge der Wachstums- und Beschäftigungspakete sowie der zweiten Etappe der Steuerreform erhöhte sich das gesamtstaatliche Budgetdefizit auf 1,5%. Es liegt damit deutlich niedriger als der Durchschnitt des Euroraums (2,4%).

Gute Ertragslage des österreichischen Finanzsektors

Der österreichische Finanzsektor – Banken und andere Finanzintermediäre – verzeichneten 2005 ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Bei den Banken zeigten der Inlandsmarkt, vor allem aber die Bankbeteiligungen in Zentral-, Ost- und Südosteuropa eine günstige Entwicklung. Die unkonsolidierte Bilanzsumme ist mit über 11% so stark gestiegen wie zuletzt im Jahr 2000 – einem Jahr mit guter konjunktureller Entwicklung. Der Jahresgewinn lag bei rund 4 Mrd EUR, über ein Drittel wird von osteuropäischen Töchtern erwirtschaftet. Die Ausweitung der Fremdwährungskredite gibt Anlass zu verstärkter Aufklärung durch die OeNB und die Finanzmarktaufsichtsbehörde über diesbezügliche Risiken.

Grafik 1

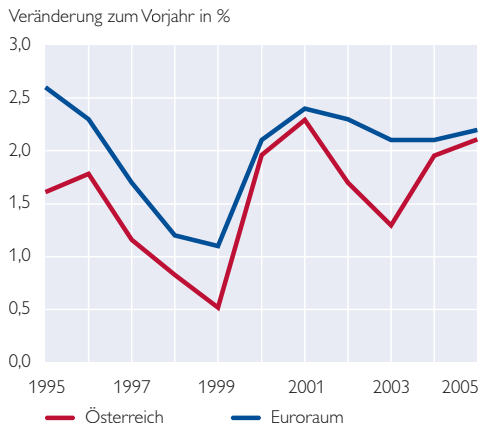
Reales BIP



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

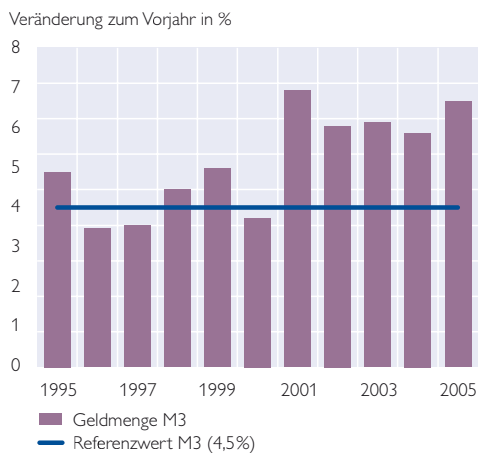
Grafik 2

HVPI-Inflationsrate



Grafik 3

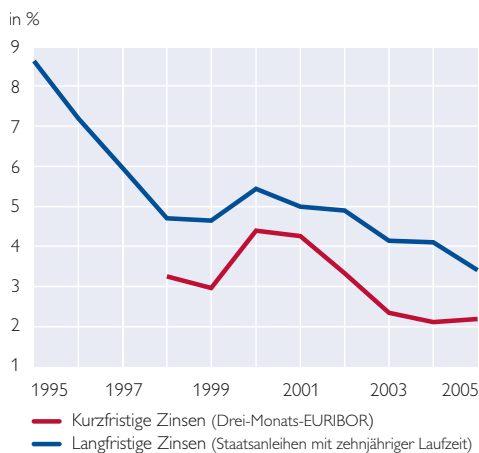
Geldmenge M3 im Euroraum



Quelle: EZB.

Grafik 4

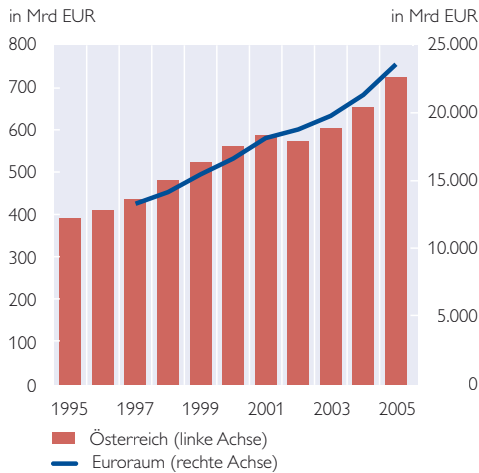
Zinssätze im Euroraum



Quelle: Thomson Financial.

Grafik 5

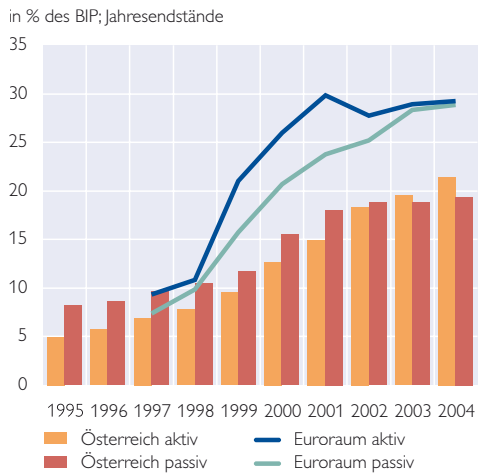
Bilanzsumme der Banken



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 6

Direktinvestitionen



Quelle: OeNB, Eurostat.

Die OeNB im Jahr 2005

Höheres geschäftliches Ergebnis

Das geschäftliche Ergebnis wird im Jahresabschluss 2005 mit 488 Mio EUR ausgewiesen und hat damit um 37 Mio EUR oder 8,3 % gegenüber dem Jahresabschluss 2004 zugenommen. Der Anteil des Bundes errechnet sich mit 451 Mio EUR (2004: 421 Mio EUR), wovon 122 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 329 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil nach Steuern entfallen. Der Bilanzgewinn in Höhe von 37 Mio EUR wird gemäß Beschluss der Generalversammlung verteilt.

Erträge nehmen auf über 700 Mio EUR zu

Von den Nettoerträgen im Ausmaß von 731 Mio EUR (2004: 662 Mio EUR) entfallen 451 Mio EUR (2004: 449 Mio EUR) auf das Nettozinsergebnis, 182 Mio EUR (2004: 215 Mio EUR) auf das Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen und 68 Mio EUR (2004: 21 Mio EUR) auf Erträge aus Beteiligungen. Die Aufwendungen betragen insgesamt 243 Mio EUR (2004: 212 Mio EUR). Davon entfallen 105 Mio EUR auf Personalaufwendungen (2004: 98 Mio EUR), 85 Mio EUR auf Sachaufwendungen (2004: 90 Mio EUR) und 16 Mio EUR (2004: 7 Mio EUR) auf Aufwendungen für den Ankauf von Euro-Banknoten.

Nettowährungsposition steigt auf 12,2 Mrd EUR

In der Nettowährungsposition der OeNB sind sowohl die aktiv- und passivseitigen als auch die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Fremdwährungsbestände zusammengefasst. Zum 31. Dezember 2005 beträgt die Nettowährungsposition insgesamt 12,2 Mrd EUR, wovon 4,2 Mrd EUR auf Gold- und 8,0 Mrd EUR auf Fremdwährungsbestände entfallen. Die Zunahme gegenüber dem Bilanzstichtag 2004 um 1,4 Mrd EUR ist auf Bewertungsgewinne – insbesondere jener aus der Bewertung der Goldbestände – zurückzuführen.

Abwicklung von rund 4 Millionen Großbetragszahlungstransaktionen¹

Die OeNB betreibt eines von 16 RTGS-Systemen in Europa, die gemeinsam mit dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB die Großbetragszahlungsverkehrsplattform TARGET bilden. Seit Beginn des nationalen RTGS-Systems ARTIS im Jahr 1999 ist die Anzahl der Zahlungsaufträge kontinuierlich von 1,4 Millionen auf rund 4 Millionen im Jahr 2005 gestiegen. TARGET-ein und TARGET-aus sind grenzüberschreitende Zahlungen im EU-Raum, und nationale RTGS-Zahlungen sind solche Zahlungen, die auf dem österreichischen Finanzmarkt abgewickelt werden.

Erstmals über eine Milliarde Euro-Banknoten bearbeitet

Die OeNB und ihre Tochtergesellschaft Geldservice Austria (GSA) spielen im Bargeldkreislauf eine zentrale Rolle. Im Schnitt kommt jede Banknote drei- bis viermal im Jahr zu den Hochsicherheitsmaschinen von OeNB und GSA zurück und wird gezählt, geprüft und gegebenenfalls auch geschreddert. Seit der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002 ist die Anzahl der bearbeiteten Banknoten im Schnitt um fast 13 % pro Jahr gestiegen. Im Jahr 2005 wurde erstmals die Marke von einer Milliarde bearbeiteter Banknoten überschritten.

Vertrauensindex stabil

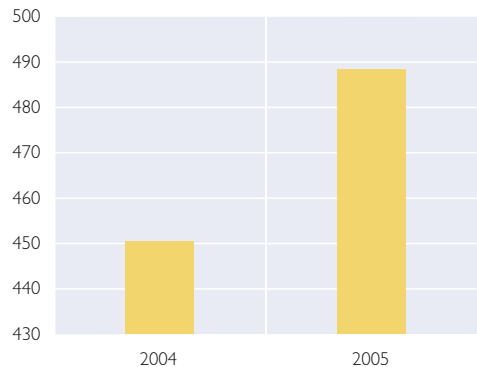
Im Durchschnitt des Jahres 2005 bekundeten neuerlich 76 % der Befragten einer repräsentativen IFES-Studie ihr Vertrauen in die OeNB. Dieser Wert liegt seit Jahren auf konstant hohem Niveau.

¹ Zu den hier verwendeten Begriffen siehe Abkürzungsverzeichnis und Glossar.

Grafik 7

Geschäftliches Ergebnis der OeNB

in Mio EUR

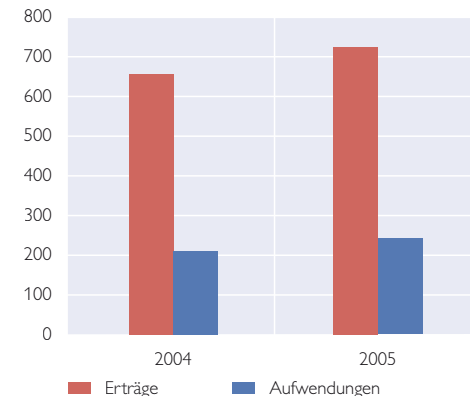


Quelle: OeNB.

Grafik 8

Erträge/Aufwendungen der OeNB

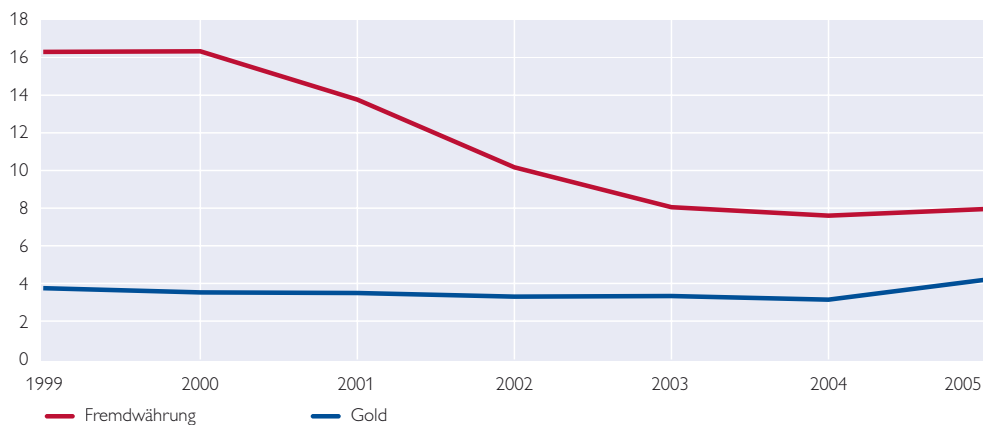
in Mio EUR



Nettowährungsposition der OeNB

Grafik 9

in Mrd EUR

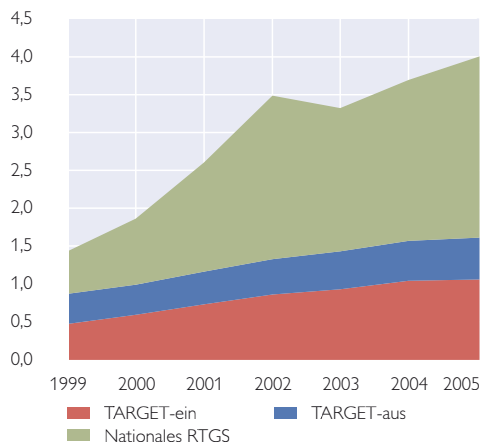


Quelle: OeNB.

Grafik 10

ARTIS-Transaktionen

in Millionen Transaktionen

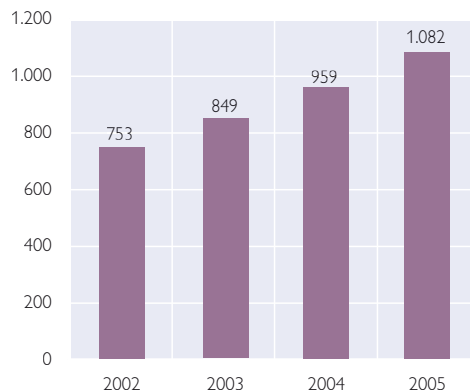


Quelle: OeNB.

Grafik 11

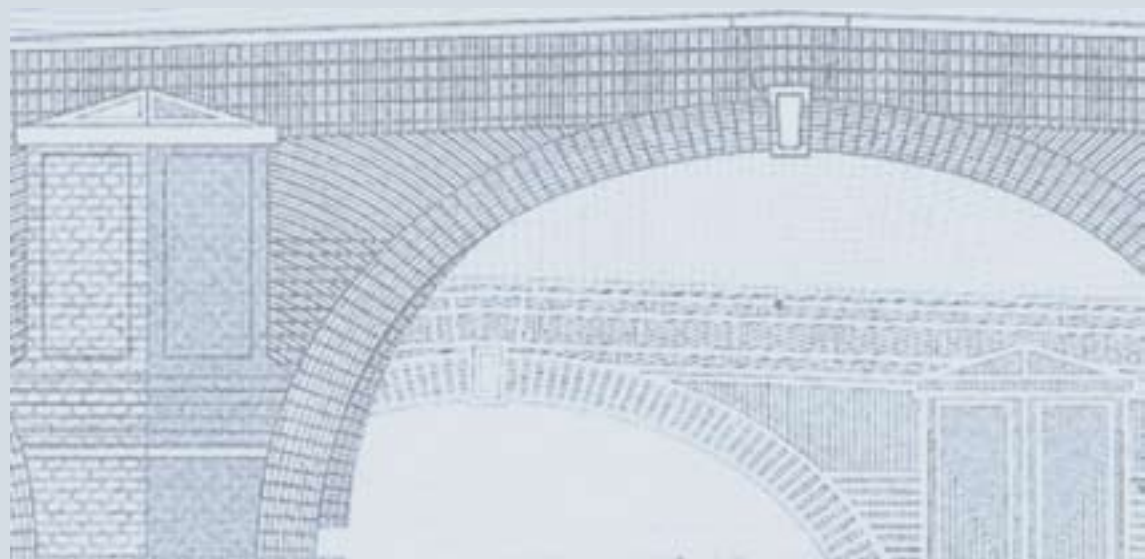
Euro-Banknotenbearbeitung der OeNB

in Millionen Stück





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2005



Geldpolitik trifft Vorsorge gegen Inflationsrisiken

Die seit dem Jahr 1999 bestehende dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit dem Euro als gemeinsamer Währung basiert auf monetärer Stabilität, nachhaltigen gesunden öffentlichen Finanzen und dynamischer Strukturpolitik. Die durch den Maastricht-Vertrag geschaffene Geldverfassung gewährleistet ein hohes Maß an Unabhängigkeit des Eurosystems und legt als vorrangiges Ziel der Geldpolitik Preisstabilität fest. Die föderalen Strukturen des Eurosystems – bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und derzeit zwölf nationalen Zentralbanken, darunter der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) – sind durch Kontinuität und reibungslose Kooperation seiner Mitglieder gekennzeichnet. Dadurch konnte eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Als wichtigstes Beschlussorgan der EZB agiert der EZB-Rat, der die sechs Mitglieder des Direktoriums und die Präsidenten aller nationalen Zentralbanken der zwölf Länder des Euroraums umfasst. Er entscheidet nach dem Prinzip „eine Person, eine Stimme“ mit einfacher Mehrheit. Im Anschluss an die jeweils erste Sitzung jedes Monats werden die geldpolitischen Beschlüsse des EZB-Rats in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Die mittelfristig ausgerichtete geldpolitische Strategie mit den Säulen der wirtschaftlichen und monetären Analyse hat sich bislang sehr bewährt. Da geldpolitische Impulse erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Preisebene übertragen werden, kann die Geldpolitik die Inflationsentwicklung nicht kurzfristig steuern. Vielmehr muss sie vorausschauend handeln, um Preisstabilität auf mittlere

Sicht zu gewährleisten. Durch die parallele Analyse realwirtschaftlicher und monetärer Indikatoren und deren Gegenprüfung wird erreicht, dass die geldpolitische Strategie auch bei wirtschaftlichen Schocks und bei Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung eine robuste Entscheidungsbasis für den EZB-Rat bietet. Insbesondere müssen auch die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel gehalten werden.

Das Preisstabilitätsziel – darunter versteht das Eurosystem am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsraten, die mittelfristig unter, aber nahe 2% liegen – wurde seit dem Beginn der dritten Stufe der WWU trotz einer Reihe von Preisschocks (Erdölpreishausschuss, Tierseuchen, Terroranschläge) weitgehend erreicht. Die Inflationsrate lag in den Jahren von 1999 bis 2005 durchschnittlich bei 2,0%.

Leitzinsen erstmals seit fünf Jahren angehoben

Nach einer wirtschaftlichen Schwächephase im Euroraum von Mitte 2004 bis Mitte 2005 gewann das Wirtschaftswachstum wieder an Schwung. Hauptverantwortlich dafür waren die kräftige globale Nachfrage, die gute Gewinnsituation der Unternehmen und günstige Finanzierungsbedingungen.

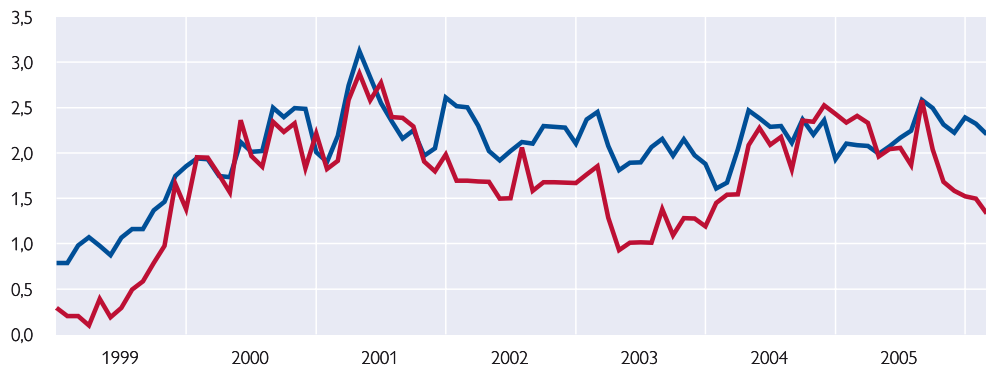
Trotz eines starken Anstiegs der Rohstoff-, insbesondere der Energiepreise, blieb der Inflationsdruck im Euroraum moderat. Im Lauf des Jahres 2005 erhöhte sich der Preis für Rohöl der Sorte Brent kräftig auf den damaligen Höchstwert von 67,5 USD/Barrel im September 2005. Dadurch beschleunigte sich auch die HVPI-Inflationsrate des Euroraums, die in

**HVPI-Inflationsrate
steigt über 2%**

Entwicklung der Inflationsrate

HVPI: Gesamtindex

Veränderung zum Vorjahr in %



HVPI: Energie

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat.

Hohes und beschleunigtes Geldmengenwachstum

der ersten Jahreshälfte 2005 bei 2,0 % lag, auf einen Höchstwert von 2,6 % im September 2005. Auch in den Folgemonaten blieb die Teuerung auf der Endverbraucherebene deutlich über der 2-Prozent-Marke (Februar 2006: 2,3 %; März 2006: 2,2 %). Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug die Inflationsrate im Euroraum 2,2 %. Die von den Experten des Eurosystems bzw. der EZB erstellten Projektionen vom Dezember 2005 bzw. vom März 2006¹ brachten eine leichte Aufwärtskorrektur des Inflationsprofils bei

weiterhin bestehenden Risiken für die Preisstabilität durch die Erdölpreisentwicklung, durch Anhebungen bei administrativen Preisen und durch mögliche Zweitrundeneffekte als Folge der Erdölpreishausse des Jahres 2005. In den ersten vier Monaten 2006 stiegen die Erdölpreise weiter und erreichten am 24. April 2006 mit fast 75 USD/Barrel einen neuen Rekordwert.

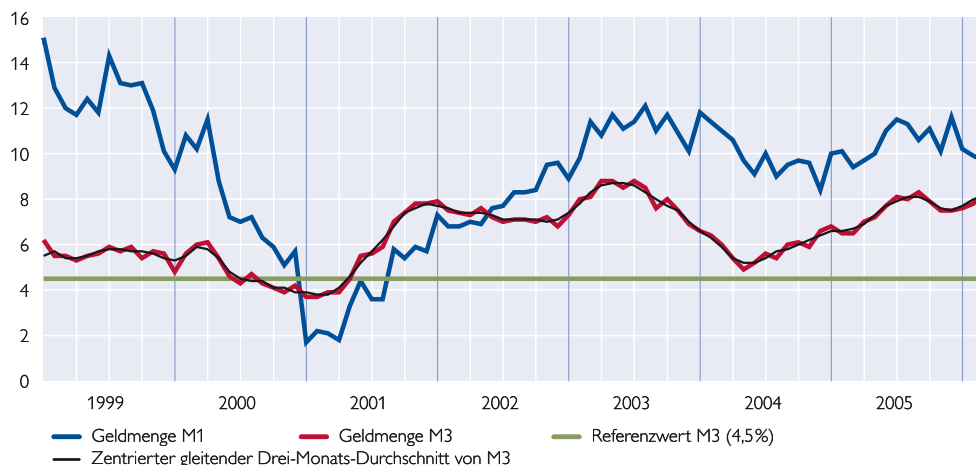
Die Indikatoren der monetären Analyse zeigten eine reichliche Liquiditätsversorgung der Wirtschaft. Die

¹ Projektion des Eurosystems von Anfang Dezember 2005 für die HVPI-Inflationsrate: Bandbreite 2006: 1,6 % bis 2,6 %; 2007: 1,4 % bis 2,6 %. Projektion der Experten der EZB von Anfang März 2006 für die HVPI-Inflationsrate: Bandbreite 2006: 1,9 % bis 2,5 %; 2007: 1,6 % bis 2,8 %.

Grafik 13

Geldmengenaggregate im Euro-Währungsgebiet

Veränderung zum Vorjahr in %

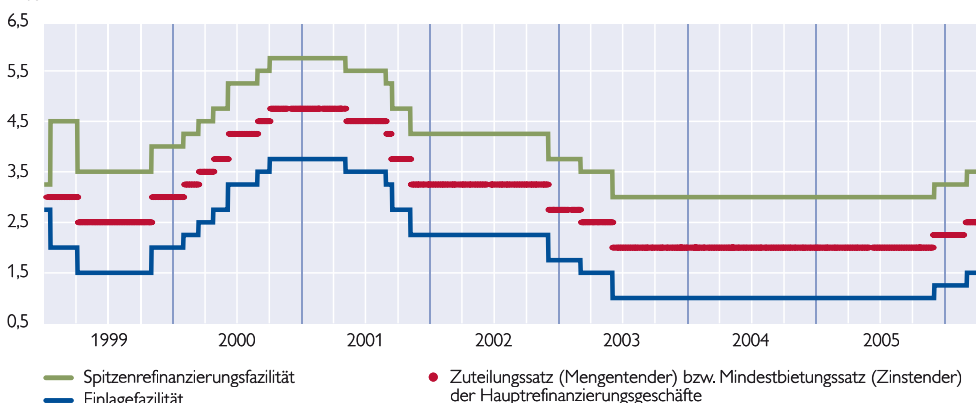


Quelle: BIZ, EZB.

Grafik 14

Zinssätze des Eurosystems

in %



Quelle: EZB.

seit Mitte 2004 beobachtete Ausweitung des Geldmengenwachstums hat sich im Lauf des Jahres 2005 auf über 8% beschleunigt. Auch zu Beginn des Jahres 2006 setzte sich die kräftige Geldmengenexpansion fort. Der Anstieg des Geldmengenaggregats M3 wurde vor allem von den liquiden Komponenten bestimmt – eine Folge des niedrigen Zinsniveaus. Auch das kräftige Kreditwachstum, insbesondere jenes der Hypothekarkredite, enthielt angesichts der Preis-

dynamik auf einigen nationalen Immobilienmärkten Inflationsrisiken, da Privatkredite vielfach für die Beschaffung von Wohnraum aufgenommen werden. Die monetäre Analyse signalisierte also insgesamt zunehmende Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht.

Diese Hinweise veranlassten den EZB-Rat gegen Ende des Jahres 2005 zur Anpassung des geldpolitischen Kurses. Am 1. Dezember 2005 ent-

Zinsanhebung im Dezember 2005 und März 2006 um jeweils 25 Basispunkte

**Konjunkturelles Umfeld
auch in den kommenden
Jahren günstig**

schied der EZB-Rat, die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte anzuheben – die erste Zinserhöhung seit Oktober 2000. Eine Erhöhung um weitere 25 Basispunkte erfolgte am 2. März 2006. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität lagen damit bei 2,50 %, 3,50 % bzw. 1,50 %. Zuvor hatten sich die Leitzinsen zweieinhalb Jahre lang auf ihrem niedrigsten Stand seit der Gründung des Eurosystems befunden.

Konjunktur im Euroraum erholt sich langsam

Die Weltwirtschaft blieb im Jahr 2005 mit einem Wirtschaftswachstum von knapp unter 5 % schwungvoll. Vornehmlich die expansiven Volkswirtschaften der USA, der asiatischen Schwellenländer – vor allem mit der hohen Dynamik in China und Indien – sowie der zentral- und ost-europäischen Staaten sorgten für ein robustes globales Konjunkturbild, das allerdings von der das ganze Jahr anhaltenden Erdölpreishausse getrübt wurde.

**Wirtschaftswachstum
im Euroraum
im Jahr 2005 bei 1,3 %**

Nach einem mäßigen ersten Halbjahr 2005 beschleunigte sich auch im Euroraum das reale BIP-Wachstum in der zweiten Jahreshälfte: Nach 0,3 % und 0,4 % in den ersten beiden Quartalen lag es im dritten Quartal bei 0,7 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Vor allem von den Exporten, aber auch vom Anstieg der Investitionen kamen wichtige Impulse, wobei in den ersten Monaten des Jahres 2005 die Investitionsaktivität trotz guter Gewinnsituation der Unternehmen noch sehr gering war. Auch das Wachstum der privaten Konsumausgaben stieg leicht, ebenso die öffentlichen Ausgaben. Im vierten

Quartal (+0,3 %) ebte die Dynamik etwas ab, sodass die Wirtschaft der EU-12 im Jahr 2005 um insgesamt 1,3 % (saison- und arbeitstägig bereinigt: 1,4 %) wuchs.

Das außenwirtschaftliche Umfeld ist auch für die künftige Entwicklung günstig und stützt die Exporte des Euro-Währungsgebiets. Die Investitionen sollten hoch bleiben und von der ausgedehnten Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, von Bilanzrestrukturierungen, Ertragszuwachsen und Effizienzsteigerungen der Unternehmen profitieren. Der Konsum dürfte hingegen weiterhin verhalten wachsen und erst bei einer deutlichen Erholung auf den Arbeitsmärkten zulegen. Die Projektionen der EZB von Anfang März 2006 erwarten das Wirtschaftswachstum für den Euroraum in den kommenden Jahren in einer Bandbreite von 1,7 % bis 2,5 % (2006) bzw. 1,5 % bis 2,5 % (2007) und sind damit etwas besser als im Dezember 2005.

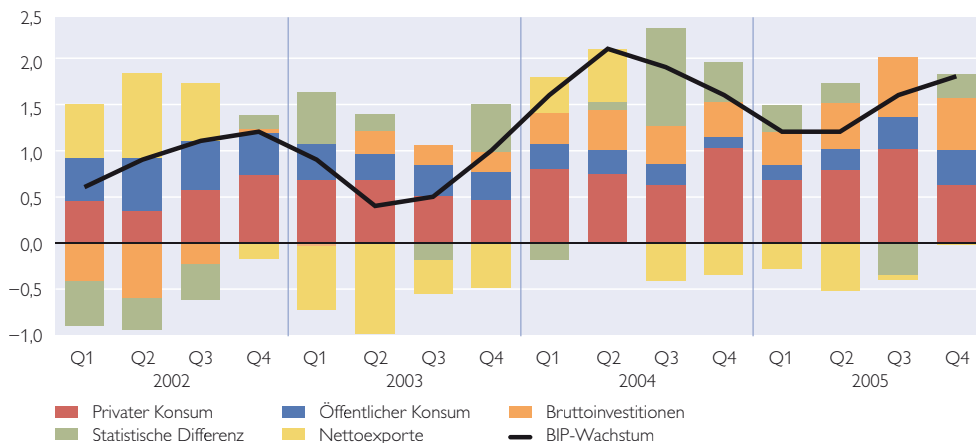
Wachstumsrisiken könnten u. a. von den hohen Erdölpreisen mit ihren Effekten auf das reale Einkommen und steigenden Kosten für die Unternehmen ausgehen. Der Außenwert des Euro, dessen Schwankungen insbesondere für die exportorientierten Sektoren von Bedeutung sind, entwickelte sich in den letzten Monaten des Jahres 2005 wechselhaft: Nach dem bisherigen Höchststand von 1,34 USD/EUR im Dezember 2004 wies der Wechselkurs des Euro eine sinkende Tendenz auf, die Anfang November 2005 ihren Tiefpunkt von rund 1,17 USD/EUR erreichte. In der Folge festigte sich der Wechselkurs (27. April 2006: 1,24 USD/EUR). Der nominell effektive Wechselkurs des Euro hat seit Jänner 2004 rund 4,5 % verloren und lag zu Beginn des Jahres 2006 wieder nahe am

Grafik 15

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

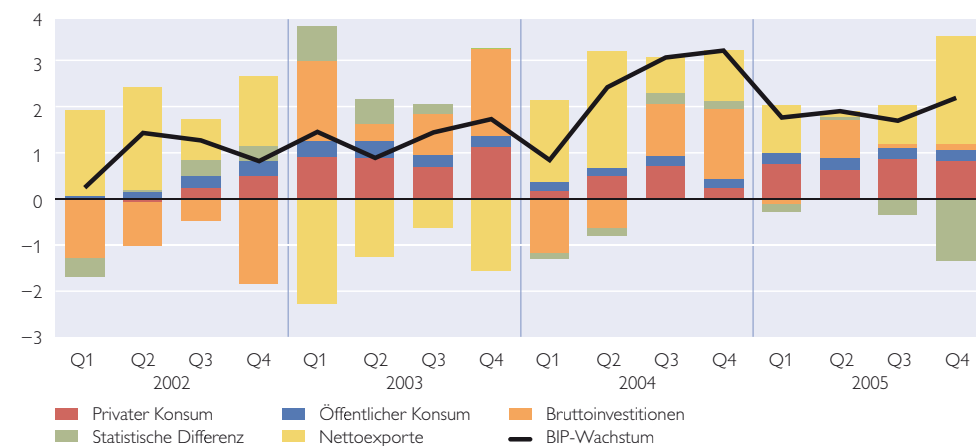
Euroraum

Beitrag zum saisonbereinigten BIP-Wachstum in Prozentpunkten



Österreich

in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, WIFO, Statistik Austria, OeNB.

Grafik 16

Wechselkursentwicklung des US-Dollar zum Euro

in USD/EUR



Quelle: Thomson Financial.

durchschnittlichen Kursniveau. Der nominell und real effektive Wechselkurs des Euro ist rückgerechnet ab Jänner 1993 von der EZB verfügbar. Einen zusätzlichen Einfluss auf die Wachstumsaussichten des Euroraums könnte eine Korrektur sowohl der bestehenden globalen Leistungsbilanzungleichgewichte (das Leistungsbilanzdefizit der USA betrug im Jahr 2005 6,3% des BIP) als auch der Eigenheimpreise in manchen Ländern des Euroraums haben.

Österreichs Konjunktur weiterhin in guter Verfassung

Wirtschaftswachstum 2005 in Österreich mit knapp 2% höher als im Euroraum

Vom insgesamt günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld profitierte auch die österreichische Konjunktur. Das reale BIP-Wachstum beschleunigte sich im Verlauf des Jahres 2005: Nach 0,2% bzw. 0,5% im ersten und zweiten Quartal (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) nahm es insbesondere ab dem

dritten Quartal 2005 (0,6%) wieder Tempo auf und erreichte im vierten Quartal 0,7%. Im Jahr 2005 betrug das Wirtschaftswachstum somit 1,9% (2004: 2,4%). Damit wuchs Österreichs Wirtschaft – trotz sehr schwacher Konjunktur bei den Haupt-handelspartnern Deutschland und Italien – um rund 0,6 Prozentpunkte stärker als jene des Euroraums. Begünstigt wurde diese Entwicklung einerseits von der moderaten Entwicklung der Lohnstückkosten in den letzten zehn Jahren und andererseits vom Ausbau der Exportbeziehungen nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Auch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die zweite Etappe der Steuerreform sowie drei Konjunktur- bzw. Beschäftigungspakete stützten im Jahr 2005 das Wachstum.

Wichtiger Wachstumsmotor war auch im Jahr 2005 der lebhaft export von Gütern und Dienstleistungen, der real um 3,8% im Vergleich

Kasten 1

Erdölpreisschock, Energiepreise und Inflation in Österreich

Der Erdölpreis hat sich seit Anfang 2004 mehr als verdoppelt. Real (also inflationsbereinigt) betrachtet, hat der Erdölpreis in Österreich zuletzt die Höchststände des ersten Erdölpreisschocks Anfang 1974 erreicht, liegt aber weiterhin deutlich unter dem Preisniveau nach dem zweiten Erdölpreisschock 1979/80. Der jüngste Erdölpreisanstieg steht vor allem mit einer sehr dynamischen internationalen Erdölnachfrage in Zusammenhang. Für die nächsten Jahre wird nicht mit einem merklichen Rückgang der Erdölpreise gerechnet. Österreich ist mit seinem hohen Wasserkraftanteil an der Energieversorgung zwar vergleichsweise in einer günstigeren Situation; aber auch hier ist die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas über die letzten Jahrzehnte deutlich und kontinuierlich gewachsen.

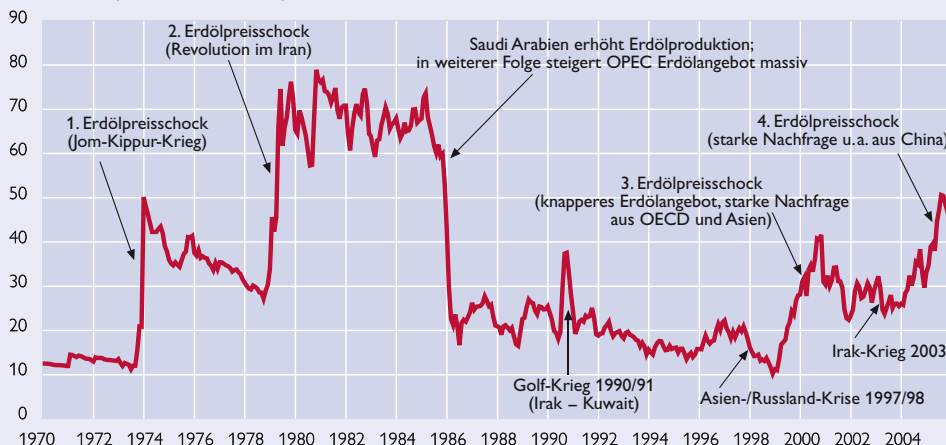
Der Anstieg des Erdölpreises hat auch die Preise für Treibstoffe, Heizöl und andere Energieformen beeinflusst. Eine OeNB-Studie¹ zeigt, dass Österreichs Treibstoffpreise im EU-Vergleich wenig und stärker verzögert auf Erdölpreisschwankungen reagieren. Das Anpassungstempo der Treibstoffpreise ist bei Erhöhungen und Rückgängen des Erdölpreises gleich. Die Preise für Fernwärme, Elektrizität und feste Brennstoffe reagieren in Österreich nur recht schwach auf den Erdölpreis. In den letzten zehn Jahren sind – trotz einer Verdoppelung des Erdölpreises – die Erdgaspreise in Österreich nur geringfügig und weniger stark als im Durchschnitt der EU-15 gestiegen. Der im gleichen Zeitraum beobachtete Rückgang der Strompreise war in Österreich ausgeprägter als in der EU-15. Diese günstige Entwicklung dürfte eine Folge der im EU-Vergleich frühen Liberalisierung der österreichischen Netzwerkindustrien sein.

¹ Arpa, M., J. Crespo-Cuaresma, E. Gnan und M. A. Silgoner. 2006. Erdölpreisschock, Energiepreise und Inflation – Österreich im EU-Vergleich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/06. Abrufbar auch auf der Website der OeNB.

Realer Rohölpreis in Österreich

Reale Werte errechnet anhand des VPI-Österreich (Basis = Dezember 2005)

in EUR/Barrel (vor 1999 auf ATS-Basis)



Quelle: WIFO, Thomson Financial, OeNB.

Modellsimulationen der OeNB zeigen, dass der Anstieg des Erdölpreises von 29,74 USD/Barrel im Dezember 2003 auf 57,16 USD/Barrel im Dezember 2005 das Niveau des realen BIP in Österreich insgesamt um rund 0,9 Prozentpunkte dämpfte. Dadurch wurde das HVPI-Preisniveau um etwa 1,4 Prozentpunkte erhöht. Wie sensibel Inflationsrate, Wachstum und Beschäftigung auf künftige Erdölpreisschocks reagieren werden, hängt u. a. von der weiteren Entkoppelung des Erdölverbrauchs vom BIP-Wachstum ab. Faktoren, die dazu beitragen können, sind der wachsende Anteil von Dienstleistungen in der Wirtschaft, der technische Fortschritt und Energiesparmaßnahmen. Weiters kann der Energiemix eines Landes durch die Förderung alternativer Energieformen diversifiziert werden. Die Energiepolitik beeinflusst damit neben strategischen und strukturpolitischen Zusammenhängen auch die makroökonomische Entwicklung.

zum Vorjahr anstieg und damit der heimischen Industrieproduktion wesentliche Impulse gab. Demgegenüber blieb der private Konsum infolge etwas höherer Inflation und steigender Arbeitslosigkeit verhalten. Er kam erst gegen Jahresende 2005 in Schwung. Die Investitionen, die im Zuge des Auslaufens der Investitionszuwachsprämie und angesichts rückläufiger Kapazitätsauslastungen im ersten Halbjahr noch stagnierten, belebten sich ab Mitte 2005 deutlich. Vom Wintertourismus gingen positive Impulse aus. Kräftig expandierten auch die Finanzdienstleistungen.

Die mittelfristigen Prognosen erwarten eine Fortsetzung des Auf-

schwungs in Österreich: Die BIP-Wachstumsraten für die Jahre 2006 und 2007 dürften sich gemäß heimischen und internationalen Prognoseinstituten zwischen 2% und 2,5% bewegen.

Nachdem sich die Teuerung gemäß HVPI im Verlauf des Jahres 2004 auf bis zu 2,5% beschleunigt hatte, blieb sie bis September 2005 auf hohem Niveau. Dies war durch mehrere heimische und externe Faktoren verursacht. Zu Beginn des Jahres 2005 hielten der starke Kostendruck im Wohnungssektor und einzelne staatliche Maßnahmen wie die Erhöhung der Tabaksteuer die Inflationsrate relativ hoch. Dazu kam der erdölpreis-

**HVPI-Inflationsrate
bei 2,1%**

Wahrgenommene Inflation und Preisbildung in Österreich

Wahrgenommene
Inflation geht zurück

Trotz niedriger gemessener Inflationsraten nahmen die Österreicher im Zuge der Euro-Bargeldumstellung zeitweise eine bis zu fast 2 Prozentpunkte höhere Inflationsrate wahr. Im Verlauf des Jahres 2005 hat sich diese seit dem Jahr 2002 aufgegangene Lücke zwischen wahrgenommener und gemessener Inflationsrate aber wieder deutlich verringert. Die gemessene HVPI-Inflationsrate betrug im Jahr 2005 2,1 %, die von der Bevölkerung subjektiv empfundene Preissteigerung belief sich auf 2,8 %. Aus geldpolitischer Sicht ist wichtig, dass sich eine überhöhte Inflationswahrnehmung nicht in höheren Inflationserwartungen verfestigt. Noch bestehende Unterschiede dürften insbesondere auf die hohen Treibstoff- und Heizölpreise zurückzuführen sein. Das Auseinanderklaffen dieser beiden Indikatoren hat mehrere Ursachen: Die Einschätzung der Bevölkerung über die Preisentwicklung basiert hauptsächlich auf häufig gekauften Gütern und Dienstleistungen. Diese machen nur rund 20 % des für die Berechnung des Preisindex herangezogenen Warenkorbs aus, ihre Preise stiegen aber in den Jahren von 2001 bis 2005 stärker als der gesamte Verbraucherpreisindex. Überdies werden, so zeigen neue Untersuchungen zur Inflationswahrnehmung, Preisanstiege deutlicher wahrgenommen als Preissenkungen. Eine Rolle spielt auch, dass viele Menschen mittlerweile „alte“ (mehrere Jahre zurückliegende) Schilling-Preise mit aktuellen Euro-Preisen vergleichen. Teuerungen wurden aber auch deshalb besonders stark wahrgenommen, weil schon vor der Euro-Bargeldeinführung eine ausgeprägte Erwartungshaltung geherrscht hatte, dass es zu Preisanstiegen kommen würde. Schließlich dürfte auch der vorübergehende Wegfall von Schilling-Signalpreisen (z. B.: 9,90 ATS) die als höher empfundene Teuerung beeinflusst haben. Durch die genaue Umrechnung und doppelte Preisauszeichnung entstanden anfänglich „krumme Preise“, die das Preisverständnis beeinflussten. Im Jahr 2005 konnte hingegen wieder ein erheblicher Anteil an Signalpreisen festgestellt werden.¹

Österreichs
Unternehmen passen
Preise einmal im Jahr an

Eine Studie der OeNB² liefert erstmals Details zur Preisbildung in Österreich. Die Verbraucherpreise werden demnach von Österreichs Unternehmen im Durchschnitt etwa einmal im Jahr angepasst. Energiepreise sowie die Preise unverarbeiteter Nahrungsmittel (darunter fallen Obst und Gemüse) werden weit häufiger – im Durchschnitt alle fünf bis acht Monate – verändert. Hingegen ändern sich die Preise von Dienstleistungen und von Industriegütern nur alle 14 bis 19 Monate, was insgesamt auf ein starres Preisgefüge in diesen Segmenten hindeutet. Es zeigt sich weiters, dass von allen in den Jahren von 1996 bis 2003 vorgenommenen Preisanpassungen 55 % Preisanhebungen und 45 % Preissenkungen waren, wobei die Verbilligungen im Schnitt sogar etwas stärker ausfielen. Österreichs Wirtschaft ist damit insgesamt – wie die meisten Länder des Euroraums auch – weder durch eine recht starre noch durch eine sehr flexible Preisbildung charakterisiert.

¹ Siehe auch Fluch, M. und H. Stix. 2005. Wahrgenommene Inflation in Österreich – Ausmaß, Erklärungen, Auswirkungen. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/05. Abrufbar auch auf der Website der OeNB.

² Kwopil, C. und F. Rumler. 2005. Preisbildung in Österreich – Ergebnisse aus dem Eurosystem Inflation Persistence Network. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q4/05. Abrufbar auch auf der Website der OeNB.

bedingte Preisschub bei energetischen Produkten (siehe auch Kasten 1). Ab Oktober 2005 beruhigte sich der Preisauftrieb kontinuierlich bis auf 1,3 % im März 2006. Im Jahr 2005 fiel der Preisanstieg im Nahrungsmittelbereich nur halb so hoch aus wie die HVPI-Teuerung insgesamt

(+2,1 %). Dies mag dazu beigetragen haben, dass sich die von der Bevölkerung subjektiv wahrgenommene Inflation und die von Statistik Austria berechnete offizielle Inflationsrate wieder einander angenähert haben (siehe Kasten 2). Verbilligungen im Nachrichtensektor wirkten im Jahr

2005 deutlich inflationsdämpfend. Innerhalb des Euroraums wies Österreich im Jahr 2005 nach Finnland, den Niederlanden, Deutschland und Frankreich die fünftniedrigste Inflationsrate auf. Im März 2006 gehörte Österreich bereits wieder zu den drei preisstabilsten Ländern in der EU-25.

Die HVPI-Inflationsrate dürfte gemäß den jüngsten Prognosen in den Jahren 2006 und 2007 im Durchschnitt wieder auf unter 2% zurückgehen – vorausgesetzt es gibt keinen weiteren Erdölpreisanstieg und keine Zweitrundeneffekte infolge der Erdölpreishausse 2005. Ein hoher Wettbewerbsdruck und die angespannte Arbeitsmarktlage lassen auf eine weiterhin moderate Lohnpolitik schließen. Im Jahr 2005 lagen die kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen sektoral unterschiedlich zwischen 2,5% und 3%.

Der österreichische Arbeitsmarkt war im Jahr 2005 durch ein kräftiges Wachstum der Beschäftigung und durch einen Anstieg bei den offenen Stellen geprägt. Gleichzeitig erhöhte sich aber auch die Arbeitslosigkeit. Diese scheinbar paradoxe Situation erklärt sich durch das stark steigende Arbeitskräfteangebot, insbesondere von ausländischen Arbeitskräften. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat lag im Jahr 2005 bei 5,2%.

Für das Jahr 2006 wird – u. a. gestützt durch die im Jahr 2005 geschnürten Wachstums- und Beschäftigungspakete – ein kräftiges Beschäftigungswachstum erwartet. Aufgrund des weiter stark wachsenden Arbeitsangebots ist jedoch mit keiner nachhaltigen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Arbeitslosenquote wird bei etwa 5% verharren.

Die öffentlich finanzierten wirtschaftspolitischen Pakete zu Wachstum und Beschäftigung haben gemeinsam mit den Wirkungen der zweiten Etappe der Steuerreform zu einem leichten Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits in Österreich auf 1,5% des BIP im Jahr 2005 (2004: 1,1%) beigetragen. Im Vergleich zum EU- bzw. Euroraum-Durchschnitt liegt Österreich damit deutlich besser. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm vom November 2005 erwartet in den kommenden Jahren ein allmähliches Abflachen des gesamtstaatlichen Budgetsaldos und ein Nulldefizit im Jahr 2008.

Die österreichische Leistungsbilanz schloss nach vorläufiger Rechnung im Jahr 2005 mit einem Plus von 3 Mrd EUR, das entspricht gut 1% des BIP (2004: 0,4 Mrd EUR oder 0,1% des BIP). Damit setzte sich ein seit Jahren beobachtbarer

**Arbeitslosenquote
verharrt knapp über 5%**

**Gesamtstaatliches
Budgetdefizit bei 1,5%**

**Überschuss in der
Leistungsbilanz**

Tabelle 1

Wirtschaftliche Kennziffern für Österreich

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung zum Vorjahr in %						
Reales BIP	3,3	3,4	0,8	1,0	1,4	2,4	1,9
HVPI-Inflationsrate	0,5	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1
	in %						
Arbeitslosenquote laut Eurostat	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2
	in % des BIP						
Leistungsbilanzsaldo	-3,2	-2,5	-1,9	0,3	-0,2	0,1	1,2
Finanzierungssaldo des Staates	-2,2	-1,5	0,1	-0,5	-1,5	-1,1	-1,5

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, Eurostat, BMF.

Trend zur Aktivierung der Leistungsbilanz fort. Höhere Waren- und Dienstleistungserlöse von 137,2 Mrd EUR (2004: 129,7 Mrd EUR) konnten die gestiegenen Einfuhraufwendungen von 130,7 Mrd EUR (2004: 125,3 Mrd EUR) überkompensieren. Maßgeblichen Anteil daran hatte der Reiseverkehr, der einen Überschuss von 3,5 Mrd EUR aufwies (Vergleichszeitraum 2004: 2,7 Mrd EUR), jedoch trugen auch andere Bereiche zu dem positiven Bild bei (Transport, Transithandel, Kommunikationsdienstleistungen).

Die wachsende Kapitalverflechtung mit dem Ausland findet ihren Niederschlag auch in den damit verbunden Einkommensströmen: Die Vermögenserträge heimischer Investoren übertrafen im Jahr 2005 mit 17,2 Mrd EUR die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr bereits deutlich. Die entsprechenden Aufwendungen für ausländisches Kapital in Österreich erforderten 19,1 Mrd EUR. Daraus resultierte unter Berücksichtigung der Erwerbseinkommen

ein Einkommensabfluss von 1,4 Mrd EUR, was einer Verbesserung von 0,4 Mrd EUR entsprach.

Österreichs Direktinvestoren erhöhten ihr Auslandsengagement im Jahr 2005 um ein Viertel auf netto 7,5 Mrd EUR (2004: 6,0 Mrd EUR), womit ein neuer Höchstwert erreicht wurde. Mit einem Anteil von 46 % an den Neuinvestitionen war Zentral-, Ost- und Südosteuropa auch im Jahr 2005 die bedeutendste Zielregion. Massiv höher lagen im Jahr 2005 auch ausländische Direktinvestitionen in Österreich, die sich netto auf 7,2 Mrd EUR beliefen (2004: 3,0 Mrd EUR).

Ein Rekordergebnis lieferten Österreichs Wertpapierinvestitionen im Ausland, die erstmals die Grenze von 30 Mrd EUR überschritten. Mit netto 34,3 Mrd EUR lagen die Veranlagungen um rund 30 % über dem Vergleichswert des Jahres 2004. Besonders gefragt waren dabei ausländische Anteilsscheine, die um die Hälfte zulegten und im Umfang von 4,7 Mrd EUR gekauft wurden. Bei Geldmarktpapieren waren Nettover-

Kasten 3

Positives Zeugnis des IWF für Österreichs Wirtschaft

im Rahmen der Artikel IV-Konsultationen

Die OeNB organisiert und koordiniert jedes Jahr die so genannten Artikel IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Österreich. Dabei wird die österreichische Wirtschaftspolitik geprüft. Gemäß der Mitte des Jahres 2005 publizierten Einschätzung des IWF befindet sich Österreichs Wirtschaft aufgrund einer gesunden, reformorientierten Wirtschaftspolitik, der verstärkten Diversifikation in Osteuropa sowie einer moderaten Lohnpolitik in einer guten Lage. Der IWF unterstützt das Ziel des ausgeglichenen Budgets und eine Verringerung der Steuerlast. Er empfiehlt, das Steuersystem zu vereinfachen und die Transparenz zu erhöhen. Im Rahmen der Strukturpolitik sollten die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern gefördert, Dienstleistungen flexibilisiert, die Pensionen weiter harmonisiert sowie der Zugang zu Invaliditätspensionen strikter gehandhabt werden. Im Finanzsektor sieht der IWF die Fremdwährungskredite als Risiko. Die Informationskampagne der Aufsichtsbehörden sollte rasch umgesetzt werden. Um die Risiken einzugrenzen, könnten u. a. Veröffentlichungsvorschriften für Banken verstärkt und Kapitalerfordernisse erhöht werden. Die Qualität der Portfolios österreichischer Bankentöchter im Ausland sollte einer genauen bilateralen Aufsicht unterliegen, da ein schnelles Ansteigen der Kreditfähigkeit dieser Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa zu beobachten ist.

käufe festzustellen, die aus dem Liquiditätsmanagement des Bundes resultierten. Etwas rückläufig entwickelten sich Österreichs Kapitalimporte aus Wertpapieren in Höhe von netto 23,1 Mrd EUR (2004: 25,8 Mrd EUR).

Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte verzeichnete im Jahr 2005 mit einem Wert von 18,3 Mrd EUR (2004: 17,4 Mrd EUR) eine Jahreswachstumsrate von 5,5%, während der Finanzierungsbedarf in Höhe von 7,9 Mrd EUR (2004: 7,7 Mrd EUR) um 6,6% wuchs. Der höhere Finanzierungssaldo ist vor allem auf die gestiegene Sparquote zurückzuführen. Ein Drittel der Geldkapitalbildung der privaten Haushalte entfiel im Jahr 2005 auf Investitionen in handelbare Wertpapiere, wobei sich die Nachfrage auf Zertifikate inländischer Rentenfonds bzw. gemischter Fonds mit Kapitalgarantie konzentrierte. Inländische börsennotierte Aktien und Wohnbauanleihen wurden primär im Zuge von Neu-

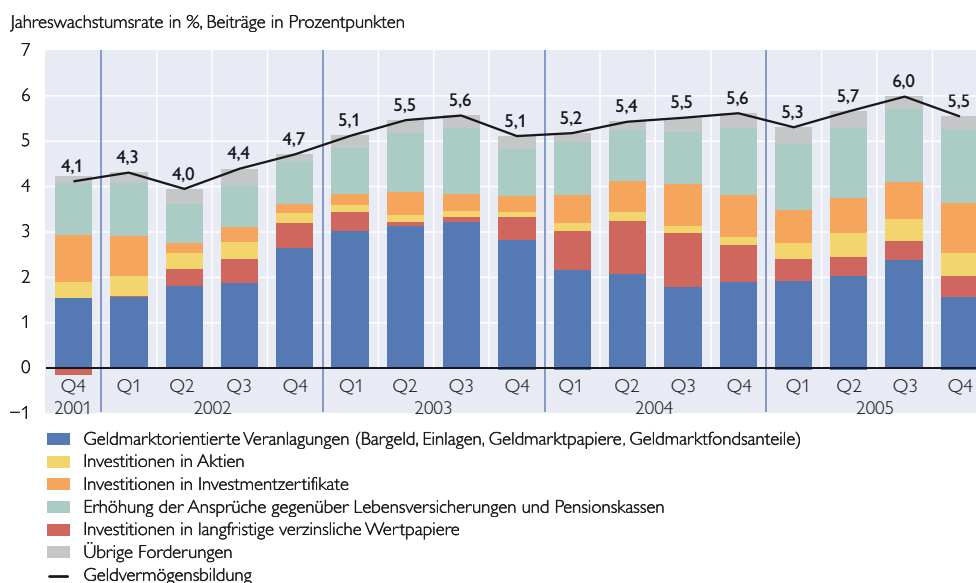
emissionen erworben. Der Anstieg des Geldvermögens auf 356 Mrd EUR ist im Jahr 2005 zu 30% auf die positive Entwicklung von Aktien und Investmentzertifikaten durch Kurssteigerungen zurückzuführen und zeigt die zunehmende Bedeutung von Kapitalmarktentwicklungen für das Geldvermögen der privaten Haushalte. Bei einer möglichen Realisierung dieser Bewertungsgewinne steht den Privatanlegern, insbesondere einkommensstärkeren Investoren, damit ein zusätzliches Finanzierungspotenzial in der Größenordnung von 5% des verfügbaren Einkommens zur Verfügung.

Trotz lebhafter Exportkonjunktur erhöhten sich im Jahr 2005 die Investitionen der Unternehmen nur moderat. Gleichzeitig führte die gute Gewinnentwicklung zu einem Anstieg der Innenfinanzierungsquote auf mehr als 85%. Dementsprechend lag der Nettofinanzierungsbedarf im Jahr 2005 mit einem Wert von 5 Mrd EUR

Finanzvermögen des privaten Sektors im Jahr 2005 stark angestiegen

Grafik 17

Struktur der Geldvermögensbildung privater Haushalte¹



Quelle: OeNB.

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

trotz der nach wie vor sehr günstigen Finanzierungskonditionen unter den Vergleichswerten der vergangenen vier Jahre. Die in den letzten Jahren gestiegene Eigenkapitalfinanzierung und die weiterhin gute Entwicklung

auf dem inländischen Aktienmarkt führten dazu, dass zum Jahresultimo 2005 die Verpflichtungsposition aus Fremdfinanzierung weniger als 140% des Eigenkapitals zu Marktwerten ausmachte.



OeNB spielt aktive Rolle im europäischen Integrationsprozess und bei der internationalen Kooperation

Die OeNB als Botschafter und Thinktank für die europäische Integration

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist in zahlreichen Gremien vertreten, insbesondere in Arbeitsgruppen und Organen des Eurosystems bzw. des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), in der Europäischen Union (EU) sowie in anderen internationalen Organisationen und Netzwerken. Die OeNB-Gremienarbeit konzentriert sich vor allem auf die Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Rahmen des ESZB, allen voran die Mitwirkung des Gouverneurs an den geldpolitischen und anderen Entscheidungen im EZB-Rat. Darüber hinaus ist die OeNB in zahlreichen internationalen Gremien, wie etwa durch die Teilnahme am informellen Rat der EU-Finanzminister, im Internationalen Währungsfonds (IWF), an den regelmäßigen Treffen der Zentralbankgouverneure bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und in der OECD tätig. Insgesamt waren im Jahr 2005 OeNB-Vertreter in mehr als 200 internationalen Gremien, Ausschüssen und Arbeitsgruppen eingebunden.

Neben den gesetzlichen und statutarischen Mitgliedschaften werden darüber hinaus von der OeNB gute Beziehungen zu anderen Zentralbanken, zu internationalen Organisationen, zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern sowie zu Vertretern der Wissenschaft und der Medien gepflegt. Dies dient vor allem dazu, den Wissensaustausch zu fördern, die Interessen Österreichs in nationalen

und internationalen Gremien zu vertreten und so die geld- und wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich und Europa mitgestalten zu können.

Einen besonders hohen Stellenwert nehmen für die OeNB die Zentralbankkooperation und die „gute Nachbarschaftspolitik“ ein. In diesem Zusammenhang ist die Kooperation zwischen der OeNB und der ungarischen Notenbank Magyar Nemzeti Bank im Rahmen der von der Europäischen Kommission initiierten Twinning-Projekte und ein in Vorbereitung befindliches Projekt mit der slowakischen Notenbank Národná banka Slovenska zu erwähnen.

Die so genannte technische Kooperation geht weit über die Grenzen von Österreichs unmittelbaren Nachbarländern hinaus. Sie konzentriert sich auf gezielte Beratungen und Informationsbesuche auf Expertenebene. Insgesamt gab es im Jahr 2005 mehr als 120 Besuche von Vertretern anderer Zentralbanken in der OeNB. Die OeNB leistete Zentralbanken in 30 Fällen technische Unterstützung. Darüber hinaus vermittelten Experten der OeNB ihr Wissen im Rahmen von insgesamt 14 Seminaren und Workshops im Inland – vor allem am Joint Vienna Institute – und im Ausland. Besonders erwähnenswert ist die Mitwirkung der OeNB an einem von der EU finanzierten und von der EZB koordinierten TACIS-Programm¹, bei dem rund ein Viertel der im Bereich der Bankenaufsicht tätigen Mitarbeiter der russischen Zentralbank ausgebildet wurde.

OeNB-Vertreter
in mehr als 200 inter-
nationale Gremien
eingebunden

Intensive Projektkoope-
ration mit Zentralbanken
in der „Nachbarschaft“

¹ TACIS: Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States.

**Breite Palette an
volkswirtschaftlichen
Publikationen,
Workshops und
Konferenzen**

**Unterschiedliche
Konvergenzfortschritte
der Länder für die
Teilnahme am Euro**

Im Jahr 2005 verfassten OeNB-Mitarbeiter 137 Fachartikel. Die wichtigsten Forschungsergebnisse aus der OeNB werden in der vierteljährlichen Fachpublikation *Geldpolitik & Wirtschaft*, im zweimal jährlich erscheinenden *Finanzmarktstabilitätsbericht* und dem *Focus on European Economic Integration* veröffentlicht. Darüber hinaus finden sich in den *Working Papers* Forschungsarbeiten für ein akademisches Fachpublikum. In regelmäßigen Workshops werden geld- und wirtschaftspolitische Themen mit Fachleuten diskutiert, die Beiträge werden in der OeNB-Reihe *Workshops – Proceedings of OeNB Workshops* publiziert. Vierteljährlich informiert ein elektronischer Newsletter über neue volkswirtschaftliche Forschungspublikationen.² Zwei jährliche Konferenzen – die Volkswirtschaftliche Tagung und die Conference on European Economic Integration – rücken die OeNB ins Zentrum des internationalen wirtschaftspolitischen Dialogs.³ Bei der Volkswirtschaftlichen Tagung im Mai 2005 wurde erstmals der Klaus-Liebscher-Preis, der anlässlich des 65. Geburtstags von Gouverneur Liebscher und in Anerkennung seiner Leistungen für Österreichs Teilnahme an der europäischen Währungsunion und für die europäische Integration eingerichtet wurde, vergeben.⁴ Der Preis wird künftig jährlich ausgeschrieben und ist mit insgesamt 20.000 EUR dotiert.

Staaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa wachsen zunehmend in die EU hinein

Nachdem Estland, Litauen und Slowenien bereits im Jahr 2004 dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) beigetreten waren, vollzogen im Jahr 2005 weitere Länder diesen währungspolitischen Integrationsschritt. So gehört die Währung von Lettland (wie auch jene von Malta und Zypern) seit Mai 2005 zum WKM II, jene der Slowakei folgte im November 2005. Der WKM II erfüllt zwei Aufgaben: Einerseits soll er die Wechselkurse der am WKM II teilnehmenden Mitgliedstaaten innerhalb einer Bandbreite von $\pm 15\%$ am Euro ausrichten. Andererseits ist mit einer zweijährigen erfolgreichen Teilnahme ein Konvergenzkriterium für die Euro-Einführung erfüllt.

Als EU-Mitgliedstaaten sind die im Jahr 2004 der Gemeinschaft beigetretenen Länder Zentral- und Osteuropas u. a. verpflichtet, übermäßige öffentliche Defizite (mehr als 3% des BIP) zu vermeiden. Im Jahr 2005 wies Ungarn (wie auch Malta) ein Defizit von über 3% des BIP auf. Im Jahr 2004 hatten noch fünf der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten diesen Schwellenwert überschritten.

Die Inflationsentwicklung war in den meisten der neuen EU-Mitgliedstaaten gemäßigt: Mit Ausnahme von Estland, Lettland und Litauen fiel der Preisauftrieb im Jahr 2005 im Jahresdurchschnitt niedriger aus als im Jahr

² Alle erwähnten volkswirtschaftlichen Publikationen sind auch auf der Website der OeNB abrufbar.

³ Siehe dazu auch den Abschnitt „OeNB kommuniziert Stabilität und Sicherheit“.

⁴ Aus 21 hochwertigen Einreichungen wurden folgende zwei Studien mit dem Preis ausgezeichnet: „Financial Differences and Business Cycle Movements in a Currency Area“, verfasst von Ester Faia (Universität Pompeu Fabra, Barcelona), und „The European Monetary Union as a Commitment Device for New EU Member States“, verfasst von Federico Ravenna (University of California, Santa Cruz).

2004. In den letzten Monaten des Jahres 2005 nahm die Inflationsrate infolge der gestiegenen Erdölpreise allerdings wieder etwas zu.

Die Konvergenzfortschritte der neuen Mitgliedstaaten (und Schwedens) werden im Verlauf des Jahres 2006 – wie bereits im Jahr 2004 – auf Basis des etablierten Regelwerks geprüft. Diesbezüglich werden die EZB und die Europäische Kommission analytische Beurteilungen für die neuen EU-Mitgliedstaaten wie auch für Schweden vornehmen. Die Ergebnisse werden in den so genannten Konvergenzberichten publiziert. Nach Konsultation des Europäischen Parlaments und einer Diskussion der Staats- und Regierungschefs wird der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN) auf Vorschlag der Europäischen Kommission entscheiden, welches Land die Kriterien für die Euro-Übernahme erfüllt. Slowenien stellte allerdings schon Anfang März 2006 einen offiziellen Antrag auf Aufnahme in die Währungsunion, Litauen folgte Mitte März. Beide Länder streben die Einführung des Euro zum 1. Jänner 2007 an. Für diese beiden Länder werden die Europäische Kommission und die EZB bereits im Mai 2006 die Konvergenzfortschritte prüfen, für die anderen genannten Länder im Herbst 2006.⁵ Die Aufnahmeanträge von Slowenien und Litauen werden von den Staats- und Regierungschefs der EU im Juni 2006 behandelt, die

endgültige Entscheidung durch den ECOFIN wird für Juli 2006 erwartet.

Im April 2005 wurde der EU-Beitrittsvertrag mit Bulgarien und Rumänien unterzeichnet. Die Europäische Kommission veröffentlichte Ende Oktober 2005 Monitoringberichte für diese Länder und lobte die Reformfortschritte in vielen Bereichen. Allerdings wurden auch verschiedene Mängel aufgelistet. Bulgarien und Rumänien wurden deshalb ermahnt, ihr Reformtempo im Hinblick auf den im Jahr 2007 angestrebten EU-Beitritt deutlich zu erhöhen. Im Mai 2006 wird die Europäische Kommission voraussichtlich weitere Monitoringberichte vorlegen, auf deren Grundlage das Eintrittsdatum 2007 – oder eine Verschiebung auf 2008 – endgültig fixiert wird.⁶

Anfang Oktober 2005 wurde vom Europäischen Rat beschlossen, EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei aufzunehmen. Im Fall Kroatiens war dafür ausschlaggebend, dass eine zufrieden stellende Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof erkannt wurde. Die Verhandlungen mit der Türkei stellen einen *ergebnisoffenen Prozess* dar. Das Ziel ist allerdings der Beitritt zur EU. Erstmals wurde das Land im Zuge dieser Entwicklung als funktionierende Marktwirtschaft klassifiziert.

Die Annäherung der Länder des westlichen Balkans setzt sich weiter fort und ist ein betontes Ziel der österreichischen EU-Ratspräsident-

**Rumänien und
Bulgarien auf dem Weg
zum EU-Beitritt**

⁵ Nach Redaktionsschluss, nämlich am 16. Mai 2006, veröffentlichten die Europäische Kommission und die EZB ihre Konvergenzberichte zu Slowenien und Litauen. Die Europäische Kommission empfiehlt, die Ausnahmeregelung im Hinblick auf die WWU für Slowenien, noch nicht aber für Litauen aufzuheben.

⁶ In den am 16. Mai 2006 veröffentlichten Monitoringberichten kommt die Europäische Kommission zum Schluss, dass Bulgarien und Rumänien für einen Beitritt zur EU am 1. Jänner 2007 bereit sein sollten, wenn sie weiter Fortschritte bei der Umsetzung des Akquis in einigen Bereichen erzielen. Die Kommission kündigt weiter an, bis Oktober 2006 neuerliche Monitoringberichte vorzulegen und auf deren Basis eine endgültige Empfehlung betreffend Beitrittsdatum abzugeben.

Der Euro in Zentral-, Ost- und Südosteuropa¹

Der Euro nimmt sowohl in den neuen EU-Mitgliedstaaten als auch in den Beitritts- bzw. Kandidatenländern bereits jetzt eine wichtige Stellung ein. In den meisten dieser Länder werden gegenwärtig deutlich mehr Exporte und Importe in Euro fakturiert als mit dem Euroraum durchgeführt. Eine entscheidende Rolle spielt der Euro in diesen Ländern auch für die Geld- und Wechselkurspolitik. So wird er von den meisten neuen EU-Mitgliedstaaten als Anker- oder Reservewährung verwendet.

Außerdem sind die Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten und der Beitritts- bzw. Kandidatenländer mit dem Euro häufig schon vertraut. Um mehr über den Fremdwährungsbesitz in ausgewählten zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern zu erfahren, lässt die OeNB seit dem Jahr 1997 Umfragen in Kroatien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn durchführen. Laut der letzten Umfrage haben im Mai 2005 48% der Slowenen, 33% der Tschechen, 29% der Kroaten, 27% der Slowaken und 10% der Ungarn Euro-Bargeld gehalten. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass sich in den neuen EU-Mitgliedstaaten seit dem Jahr 2002 die Nachfrage nach Euro für Transaktionszwecke erhöht hat. Die Ergebnisse weisen überdies darauf hin, dass die Möglichkeit der Bezahlung mit Euro in den untersuchten Staaten weit verbreitet ist.

Die Teilnehmer wurden auch nach ihrer persönlichen Einschätzung zur Stabilität des Euro und des US-Dollar befragt. Dabei zeigte sich, dass fast 90% aller Befragten innerhalb der nächsten zwei Jahre einen sehr stabilen oder ziemlich stabilen Euro erwarten. Nur 70% der Befragten glaubten hingegen, dass der US-Dollar in den nächsten zwei Jahren sehr oder ziemlich stabil sein würde.

¹ Siehe dazu EZB. 2005. Review of the International Role of the Euro, December 2005. Abrufbar auch auf der Website der EZB.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

schaft. Ende 2005 hat die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien den Status eines Kandidatenlandes erhalten. Mit Bosnien und Herzegowina sowie mit Serbien und Montenegro⁷ wurden im Oktober 2005 Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) aufgenommen. Ein solches SAA sieht u. a. vor, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu fördern und nach einer Übergangszeit eine mit der World Trade Organization (WTO) konforme Freihandelsregelung zu schaffen. Albanien führt seit dem 31. Jänner 2003 mit der EU SAA-Verhandlungen. Der endgültige Status des Kosovo ist weiterhin offen, Verhandlungen zur Lösung dieser Frage finden im Jahr 2006 statt.

Die EU betreibt auch eine aktive Nachbarschaftspolitik. Der Ukraine wurde der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt. Im Mai 2005 fand der 15. EU-Russland Gipfel statt, auf dem ein Rahmenabkommen zur engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU und Russland beschlossen wurde.

Europäische Integration vor neuen Herausforderungen

Der Euro braucht glaubwürdige fiskalpolitische Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund wurden im Jahr 1997 mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) Bestimmungen im EU-Vertrag zur Sicherstellung tragfähiger Haushalte konkretisiert. Nach-

⁷ Umfasst ebenfalls Kosovo unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999.

dem eine Reihe von Staaten zunehmende Schwierigkeiten hatte, die Regeln des SWP zur Begrenzung staatlicher Verschuldung zu erfüllen, einigten sich die EU-Mitgliedstaaten im März 2005 auf eine Reform des Pakts.

Dabei wurden die Referenzwerte der gesamtstaatlichen Defizitgrenze von 3% des BIP und der öffentlichen Verschuldung von 60% des BIP nicht angetastet. Hingegen wurden Details der Umsetzung geändert: Bei der Festsetzung mittelfristiger Budgetziele wird die wirtschaftliche Lage des Mitgliedstaates in Zukunft stärker berücksichtigt. Während konjunkturell wachstumsstarke Phasen verstärkt zur Sanierung der nationalen Budgets genutzt werden sollen, kann

die Europäische Kommission bei der Beurteilung der Budgetpolitik nunmehr in Zeiten wachstumsschwacher Entwicklung eine größere Zahl an Ausnahme-Tatbeständen berücksichtigen. Dazu gehören etwa Reformen der Pensionssysteme oder Kosten für internationale Solidarität und europäische Integration, wenn diese negative Effekte auf das Wachstum und die Haushaltslasten eines Mitgliedstaates haben. Eine Überschreitung der Defizitgrenze soll lediglich vorübergehend möglich sein und nahe am Grenzwert von 3% bleiben. Außerdem können die Fristen zum Defizitabbau ausgeweitet werden.

Die Zentralbanken des Eurosystems messen dem SWP eine große

Tabelle 2

Gesamtstaatliche Budgetsalden

in % des BIP

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ¹
Belgien	-0,4	0,2	0,6	0,0	0,1	0,0	0,1	-0,3
Deutschland	-1,5	1,3	-2,8	-3,7	-4,0	-3,7	-3,3	-3,1
Griechenland	-1,8	-4,1	-4,9	-4,9	-5,8	-6,9	-4,5	-3,0
Spanien	-1,2	-0,9	-0,5	-0,3	0,0	-0,1	1,1	0,9
Frankreich	-1,8	-1,4	-1,5	-3,2	-4,2	-3,7	-2,9	-3,0
Irland	2,4	4,4	0,8	-0,4	0,2	1,5	1,0	0,1
Italien	-1,7	-0,6	-3,1	-2,9	-3,4	-3,4	-4,1	-4,1
Luxemburg	3,7	6,0	5,9	2,0	0,2	-1,1	-1,9	-1,8
Niederlande	0,7	2,2	-0,2	-2,0	-3,1	-1,9	-0,3	-1,2
Österreich	-2,2	-1,5	0,0	-0,5	-1,5	-1,1	-1,5	-1,9
Portugal	-2,8	-2,8	-4,3	-2,9	-2,9	-3,2	-6,0	-5,0
Finnland	2,2	7,1	5,1	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8
EU-12	-1,3	0,1	-1,8	-2,5	-3,0	-2,8	-2,4	-2,4
Dänemark	2,4	1,7	2,6	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9
Schweden	2,5	5,1	2,5	-0,2	0,1	1,8	2,9	2,2
Vereinigtes Königreich	1,0	3,8	0,7	-1,6	-3,3	-3,3	-3,5	-3,0
EU-15	-0,7	1,0	-1,2	-2,2	-2,9	-2,6	-2,3	-2,2
Zypern	-4,5	-2,4	-2,3	-4,5	-6,3	-4,1	-2,4	-2,1
Tschechische Republik	-3,6	-3,7	-5,9	-6,8	-6,6	-2,9	-2,6	-3,2
Estland	-3,7	-0,6	0,3	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4
Ungarn	-5,6	-3,0	-3,5	-8,4	-6,4	-5,4	-6,1	-6,7
Lettland	-4,9	-2,8	-2,1	-2,3	-1,2	-0,9	0,2	-1,0
Litauen	-5,6	-2,5	-2,0	-1,4	-1,2	-1,5	-0,5	-0,6
Malta	-7,6	-6,2	-6,4	-5,6	-10,2	-5,1	-3,3	-2,9
Polen	-1,4	-0,7	-3,7	-3,2	-4,7	-3,9	-2,5	-3,0
Slowakische Republik	-6,4	-12,3	-6,5	-7,7	-3,7	-3,0	-2,9	-2,7
Slowenien	-2,1	-3,5	-4,3	-2,7	-2,8	-2,3	-1,8	-1,9
EU-25	-0,8	0,8	-1,3	-2,3	-3,0	-2,6	-2,3	-2,3

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

¹ Prognose der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2006.

Bedeutung bei. Nachdem die Bestimmungen im Reformpaket gelockert wurden, geht es jetzt darum, dass die überarbeiteten Regeln des SWP strikt und konsequent umgesetzt werden. Die durchschnittliche Defizitquote für den Euroraum lag in den Jahren 2003 und 2004 bei oder knapp unter 3% des BIP (2003: -3,0%, 2004: -2,8%), bildete sich im Jahr 2005 aber auf 2,4% zurück. Für die Jahre 2006 und 2007 sind ähnliche Defizite zu erwarten. Im Jahr 2005 verzeichneten vier der zwölf Länder des Euro-raums eine Marke von über 3% des BIP. Im gesamten EU-Raum blieben 7 von 25 Mitgliedstaaten über dieser kritischen Schwelle. Insbesondere Länder mit übermäßigem Defizit müssen die sich abzeichnende konjunktuelle Erholung nutzen, um ihre Budgets nachhaltig zu sanieren.

Neuer Anlauf zur
Lissabon-Strategie

Negative Verfassungs-
referenden bringen
europäischen
Integrationsprozess
ins Stocken

Gleichzeitig mit der Verabschiedung der Reform des SWP einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf eine Neugestaltung der so genannten Lissabon-Strategie. Dieser auf zehn Jahre angelegte Aktions- und Entwicklungsplan für die EU war beim Europäischen Rat in Lissabon im März 2000 verabschiedet worden. Die Halbzeitbilanz im Jahr 2005 zeigte, dass nur wenige der gesetzten Ziele erreicht werden konnten. Die Reform sieht eine Konzentration auf Wachstum und Beschäftigung vor und umfasst die Bereiche Forschung, Bildung und Innovation. Die drei Dimensionen der Strategie (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) wurden bekräftigt. Weiterer Schwerpunkt der Halbzeitreform war ein Straffen der Verfahren: Zukünftig wird der Rat „integrierte Leitlinien“ annehmen, die die Grundzüge der Wirtschafts-

politik mit den Leitlinien für die Beschäftigungspolitik zusammenführen sollen. Auf Basis dieser „integrierten Leitlinien“ erstellen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten nun jährliche nationale Reformprogramme. Gegen Ende 2005 legten alle 25 EU-Mitgliedstaaten diese Programme mit teils umfangreichen und ambitionierten Maßnahmen erstmals vor. Für die Zukunft wird es wichtig sein, deren Umsetzungen durch festen politischen Willen auch zu gewährleisten.

Die Lissabon-Strategie ist aus Notenbanksicht auch ein wichtiges Vorhaben zur Unterstützung notwendiger Reformen der Wirtschaftsstrukturen. Eine dynamische Strukturpolitik macht die Wirtschaften der Mitgliedstaaten reaktionsfähiger und sorgt dafür, dass die WWU mit dem Euro ihre Vorteile voll entfalten kann. Eine dynamische Strukturpolitik ist damit neben monetärer Stabilität und gesunden öffentlichen Finanzen die dritte wesentliche wirtschaftspolitische Stabilitätssäule des Euro.

Der Verfassungsvertrag für Europa wurde bisher von 14 der 25 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert. Der negative Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 bedeutete jedoch einen gewissen Rückschlag für den Europäischen Integrationsprozess. Die EU-Staats- und Regierungschefs gelangten auf ihrer Tagung am 16. und 17. Juni 2005 zu der Einschätzung, dass in allen EU-Mitgliedstaaten eine Denkpause eingelegt und die Zeit für Dialog und Kommunikation genutzt werden soll.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte die OeNB einen Workshopband⁸ über mögliche Auswir-

⁸ OeNB. 2005. *A Constitutional Treaty for an Enlarged Europe: Institutional and Economic Implications for Economic and Monetary Union*. In: *Workshops – Proceedings of OeNB Workshops*. No 4. Abrufbar auch auf der Website der OeNB.

kungen des Verfassungsvertrags auf die WWU und den Euro. Weitgehende Einigkeit besteht darin, dass ein In-Kraft-Treten des EU-Verfassungsvertrags grundsätzlich keine substanziellen inhaltlichen Änderungen für die WWU nach sich ziehen würde. Anpassungen im Bereich der Währungsunion wären weitgehend technischer Natur.

Die OeNB in internationalen Finanzorganisationen

Der Gouverneur der OeNB nimmt an den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des International Monetary and Financial Committee (IMFC), des politischen Lenkungsorgans des IWF, teil. Die OeNB vertritt die Republik Österreich beim IWF und stellt den Stellvertretenden Exekutivdirektor in jener Stimmrechtsgruppe, der Österreich angehört.

Im Rahmen seiner Überwachungstätigkeit konzentrierte sich der IWF verstärkt auf die Finanzsektoren und Aufsichtssysteme seiner Mitgliedsländer. Die Publikation des periodisch erscheinenden *Global Financial Stability Report* und die Zusammenlegung zweier bisher getrennt operierenden Ressorts, die sich mit Finanzmarktfragen beschäftigt haben, unterstreicht diese Schwerpunktsetzung.

Bei der Diskussion um die künftigen Aufgaben und die Organisation des IWF (*IMF Strategic Review*) hat der Managing Director vorgeschlagen, eine verstärkte Analyse von Wechselkursystemen und Zahlungsbilanzungleichgewichten vorzunehmen sowie Übertragungseffekte zwischen den Volkswirtschaften vermehrt zu analysieren. Die Diskussion von Vorschlägen zu diesem Projekt ist noch nicht abgeschlossen und wird die IWF-Gremien auch in Hinkunft noch in Anspruch nehmen.

Im Jahr 2005 kam es zu grundlegenden Änderungen in den Finanzierungsbedingungen für den IWF. Da sich der IWF hauptsächlich durch die Zinsdifferenz zwischen den von den Industriestaaten zur Verfügung gestellten Mitteln und dem dafür geleisteten Zinsendienst der Krisenländer finanziert, ist durch die Rückzahlung von 50% der Ausleihungen durch Brasilien und Argentinien ein beträchtlicher Rückgang der Einnahmen entstanden. Die Auswirkungen auf das laufende Budget des IWF sind begrenzt. Für die künftigen Finanzjahre steht der IWF jedoch vor der Herausforderung, angemessene einkommens- und ausgabenseitige Maßnahmen zu überlegen. Eine entsprechende Diskussion unter Beteiligung der OeNB ist im IWF und in anderen internationalen Gremien derzeit in Gang.

Im Bereich der Entwicklungshilfe beteiligte sich der IWF an der Entschuldung der ärmsten Länder der Welt. Im Dezember 2005 wurde ein Schuldenerlass in Höhe von 3,3 Mrd USD für eine Gruppe von 19 Entwicklungsländern beschlossen. Dieses Anliegen wurde im Rahmen der IWF-Gremien auch von der OeNB unterstützt.

Österreich übernahm mit 1. Jänner 2006 die EU-Ratspräsidentschaft

Österreich feierte im Jahr 2005 eine Reihe von Jubiläen: Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurde vor 60 Jahren in Österreich die Zweite Republik ausgerufen. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags im Mai 1955 jährte sich zum 50. Mal. Schließlich trat Österreich am 1. Jänner 1995 der EU bei. Vor 60 Jahren nahm auch die OeNB ihre selbstständige Tätigkeit wieder auf und hat seither ihren stabilitätspolitischen Beitrag zum wirt-

Tabelle 3

Vergleich ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

Veränderung 1995–2005 in % p.a.

	Österreich	EU-15
BIP, real	2,2 ¹	2,2 ¹
HVPI	1,6	2,0
Beschäftigung	0,6	1,3
Lohnstückkosten, real	-0,9	-0,4
BIP je Einwohner; real	1,9	1,8 ¹
BIP je Erwerbstätigen, real	1,6	0,9 ¹
Arbeitslosenquote laut Eurostat (Durchschnitt)	4,2	8,5

Quelle: Eurostat, Ameco, OeNB.

¹ 1996–2005.

schaftlichen Aufholprozess Österreichs geleistet.

Aus Anlass der zehnjährigen Mitgliedschaft in der EU zog die OeNB mit der Ausgabe Q2/05 von *Geldpolitik & Wirtschaft* eine Bilanz über die wirtschaftlichen Effekte.⁹ Währungspolitisch bedeutete der Beitritt zur EU und in weiterer Folge zur dritten Stufe der WWU die Fortsetzung der Stabilitätspolitik. Die Außenhandelsaktivitäten Österreichs haben seit dem Jahr 1995 insbesondere durch die Erschließung neuer Märkte in Osteuropa einen deutlichen Schub erhalten, die Exportquote (Güter und Dienstleistungen) hat sich auf mittlerweile über 50% des BIP erhöht. Das Wirtschaftswachstum Österreichs zählte zu den höchsten unter den alten EU-Mitgliedstaaten. Die Inflation bildete sich in einem internationalen Umfeld nachlassenden Preisauftriebs durch Liberalisierung und intensiveren Wettbewerb weiter zurück. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich zwar etwas, blieb aber im Vergleich zu anderen Staaten relativ gering. Das Ausmaß der Budgetdefizite hat sich merklich verringert.

Mit 1. Jänner 2006 hat Österreich – nach dem zweiten Halbjahr 1998 – zum zweiten Mal turnus-

gemäß die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Neben der Implementierung des reformierten SWP und der Verabschiedung der neuen wirtschaftspolitischen Leitlinien zählt die Vorbereitung auf die Erweiterung des Euroraums ebenso zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Themen der Ratspräsidentschaft wie die Annäherung des Westbalkans an die EU. In diesem Kontext veranstaltete die OeNB Anfang Mai 2006 eine internationale Konferenz, die den neuen EU-Mitgliedstaaten Einblick und Auskunft über die österreichischen Erfahrungen bei der Vorbereitung und Einführung des Euro gab.



⁹ Abrufbar auf der Website der OeNB.

OeNB setzt geldpolitische Maßnahmen um und veranlagt Währungsreserven

Veränderungen beim geldpolitischen Instrumentarium des Eurosystems

Im Rahmen der Offenmarktgeschäfte werden die Tendergeschäfte in Österreich über ein spezielles System abgewickelt. Die Gebotsabgabe erfolgt über ein auf Internet-Technologie basierendes elektronisches Bietsystem, das alle Gebote sammelt und archiviert. Anschließend erfolgt die Weiterleitung an die Europäische Zentralbank (EZB), die die Zuteilung macht. Im Jahr 2005 wurden ausschließlich *Zinstender* durchgeführt.

Am 30. Mai 2005 trat die überarbeitete Fassung der allgemeinen Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des Eurosystems, die eine sehr umfassende Darstellung der operativen Geldpolitik vornehmen, in Kraft.¹ Am 1. Juli 2005 wurden ausgewählte Schuldtitel, die von Emittenten begeben werden, die in den G-10-Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (zurzeit sind dies die USA, Kanada, Japan und die Schweiz) ansässig sind, in das Verzeichnis der zentralbankfähigen Sicherheiten aufgenommen. Dieses ist auf der Website der EZB veröffentlicht (Monetary Policy/Implementation/Collateral Issues).

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2005 beschlossen, den Zuteilungsbetrag für alle im Jahr 2006 durchzuführenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) von 30 Mrd EUR auf 40 Mrd EUR zu erhöhen. Das größere Zuteilungsvolumen trägt zwei Aspekten Rechnung. Erstens ist zu erwarten, dass der

Liquiditätsbedarf des Bankensystems im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2006 weiter steigt. Zweitens hat das Eurosystem beschlossen, den Anteil des durch die LRGs gedeckten Liquiditätsbedarfs leicht zu erhöhen. Den Großteil der Liquidität wird das Eurosystem allerdings weiterhin über seine Hauptrefinanzierungsgeschäfte bereitstellen. Zu Beginn des Jahres 2007 entscheidet der EZB-Rat über eine mögliche erneute Anpassung des Zuteilungsbetrags.

Der Sicherheitenpool besteht aus refinanzierungsfähigen Sicherheiten, den so genannten Kategorie-1- und Kategorie-2-Sicherheiten. Die Geschäftspartner hatten zur Besicherung von Refinanzierungsgeschäften und Innertageskrediten in ihren Pfanddepots bei der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) im Jahr 2005 notenbankfähige Sicherheiten im Gesamtwert von durchschnittlich 18,4 Mrd EUR hinterlegt. In den letzten Jahren hat die Nutzung von ausländischen Wertpapieren sukzessive zugenommen. Lag dieser Anteil am gesamten Sicherheitenpool im ersten Halbjahr 2002 noch bei rund 39%, so betrug er im zweiten Halbjahr 2005 bereits rund 85%. Im Jahr 2005 waren durchschnittlich rund 75% der von den Banken als Sicherheit hinterlegten Wertpapiere für Refinanzierungsgeschäfte und Innertageskredite gesperrt.

Differenziertes Marktumfeld für das Portfoliomanagement der OeNB

Die seit einigen Jahren im Aufwärtstrend befindlichen Rohstoffmärkte

Rohstoffhaube – Erdöl- und Goldpreise im besonderen Blickfeld

¹ Die Publikation „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet“ ist auf der Website der EZB abrufbar.

**US-Dollar erholt sich
nach Jahren des
Abwärtstrends**

verzeichneten im Jahr 2005 eine regelrechte Boomphase. Das weltweite Wirtschaftswachstum, ganz besonders aber jenes der Schwellen- und Industriestaaten, heizt die Nachfrage nach Rohstoffen immer mehr an. Hervorzuheben ist dabei China, das sich beim Rohstoffeinsatz mittlerweile zum zweitgrößten Verbraucher entwickelt hat. Da sich Angebotskapazitäten nur langsam über mehrere Jahre hinweg ausweiten lassen, führt das dabei entstehende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zwangsläufig zu Preissteigerungen. Besonders auf den Erdölmärkten spiegeln die Preisanstiege die enorme Nachfrage auf diesem Sektor wider, die bei gegebener Infrastruktur logistische Probleme nach sich zieht. Die Raffineriekapazitäten sind voll ausgenutzt. Im Jahr 2005 erreichte der Preis für Rohöl der Sorte Brent ein bis dahin neues Allzeithoch (Anfang September 2005: 67,5 USD/Barrel).

Der Goldpreis entwickelte sich ab dem Spätsommer 2005 äußerst dynamisch: Von September 2005 bis Februar 2006 erhöhte sich der Preis für die Feinunze Gold beim Londoner Fixing in US-Dollar um rund 30% bzw. in Euro um rund 34% und erreichte Höchststände von 572,15 USD bzw. 475,98 EUR. Auch hier sind geopolitische Spannungen – der Terroranschlag in London, die Iran-Krise etc. – anzuführen. Goldmarktspezifische Faktoren lieferten ebenso starke Impulse: Gold wird im Zuge des sich ausweitenden Wohlstands in den Schwellenländern und Erdöl produzierenden Ländern des Nahen Ostens immer mehr als Anlageinstrument nachgefragt. Weiters gilt Gold zunehmend als Veranlagungsinstrument zur Absicherung gegen Kursverluste international gehandelter Wäh-

rungen (vor allem gegenüber dem US-Dollar). Der Goldpreis wurde auch dadurch unterstützt, dass die Goldminengesellschaften im Jahr 2005 weiterhin keine Verkäufe zur Absicherung ihrer Produktion durchführten bzw. sogar Absicherungen auflösten.

Nach einem drei Jahre anhaltenden Abwärtstrend erholte sich der US-Dollar im Jahr 2005 und legte gegenüber dem Euro und dem japanischen Yen um jeweils 15% zu. Diese Trendumkehr dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, dass die Marktteilnehmer ihren Fokus gegenüber Marktfaktoren veränderten und diese neu einzuschätzen begannen. In den Jahren zuvor hatten im Wesentlichen zwei treibende Kräfte das Marktverhalten bestimmt:

- (1) die Sorge über das sich ständig ausweitende außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, genauer gesagt das Zwillingsdefizit (Leistungsbilanz- und Budgetdefizit) der USA verbunden mit der Frage, ob ausländische Investoren weiterhin bereit sein würden, dieses Ungleichgewicht zu finanzieren
- (2) Spekulationen, dass asiatische Notenbanken ihre stark steigenden Währungsreserven von US-Dollar in andere Anlagewährungen umschichten könnten (siehe Kasten 5)

Ab Sommer 2004 wurde jedoch einem neuen Faktor Aufmerksamkeit geschenkt, der den US-Dollar gegenüber anderen Währungen aufwerten ließ: Die amerikanische Notenbank Federal Reserve erhöhte ab diesem Zeitpunkt in 15 „maßvollen“, aber konsequenten Schritten von jeweils 25 Basispunkten die Leitzinsen von 1,00% auf vorerst 4,75%, wodurch sie eine Normalisierung des kurzfristigen Zinsniveaus herbeiführte.

Die Marktteilnehmer gelangten zur Überzeugung, dass die US-Notenbank bei jedem Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung mit einer umso rascheren geldpolitischen Straffung entgegenwirken würde. Veranlagungen in US-Dollar wurden in der Folge für internationale Anleger immer attraktiver, sodass die Nettokapitalzuflüsse in die USA deutlich anstiegen.

Auch Sonderfaktoren trugen zu einer Stärkung des US-Dollar bei. Im zweiten Quartal 2005 richtete sich die Stimmung zusehends gegen den Euro, nachdem bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden der Vertrag über eine Verfassung für Europa gescheitert war. Zu Jahresende 2005 trat in den USA eine kurzfristig wirksame steuerliche Begünstigung für die Repatriierung auslän-

discher Gewinne in Kraft. Dies hatte zur Folge, dass amerikanische Muttergesellschaften von der Möglichkeit rege Gebrauch machten, Gewinne, die in ausländischen Töchtern generiert worden waren, „nach Hause“ zu holen. Die dabei entstehenden Kapitalzuflüsse dürften sowohl auf die US-Leistungsbilanz als auch auf das US-Staatsdefizit positiv gewirkt haben. Die Einführung eines neuen Wechselkursregimes in China am 21. Juni 2005, verbunden mit einer leichten Aufwertung des chinesischen Yuan gegenüber dem US-Dollar, zeigte bisher eine relativ geringe Auswirkung auf die internationalen Währungsmärkte.

Die internationalen Anleihemärkte befanden sich im Jahr 2005 weiterhin in sehr stabiler Verfassung. Trotz solider Konjunktorentwicklung konnten

Renditen für langfristige
Anleihen seit Jahren
sehr niedrig

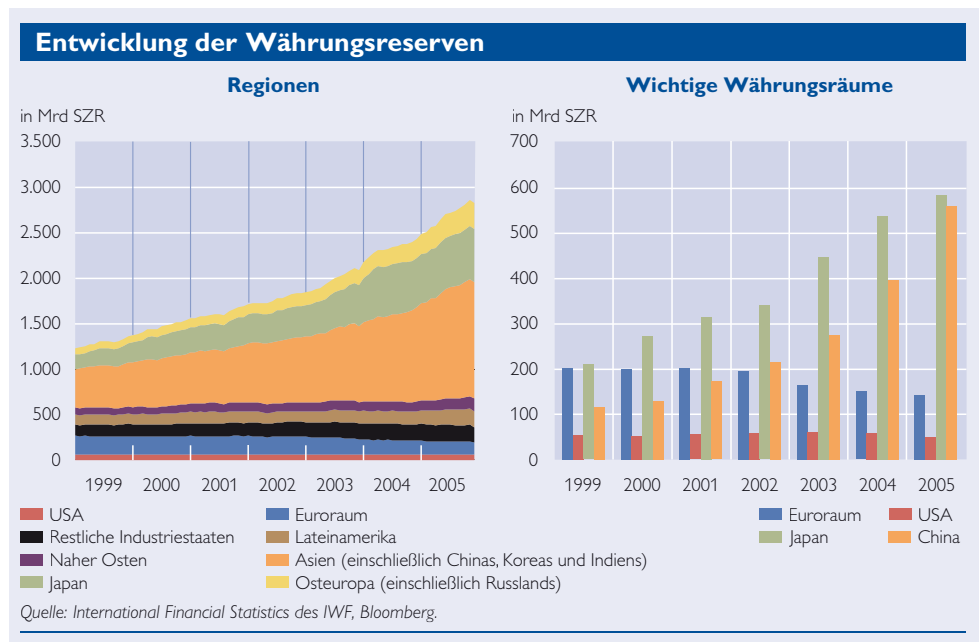
Kasten 5

Regionale Entwicklung der Weltwährungsreserven

Vor allem die asiatischen Länder (einschließlich Japans) haben immer mehr das Potenzial, über auch nur geringfügige Währungsumschichtungen innerhalb ihrer Portfolios die Wechselkurse maßgeblich zu beeinflussen. Die Grafik „Entwicklung der Währungsreserven – Regionen“ lässt die enorme Expansion der Währungsreserven¹ dieser Region gegenüber anderen westlichen Industrieländern (insbesondere den USA, dem Euroraum, aber auch gegenüber Ländern des Nahen Ostens) deutlich erkennen. Die rasante und nachhaltige regionale Umverteilung von Reserven setzte sich im Jahr 2005 unvermindert fort. Zu erwähnen ist auch, dass die osteuropäische Region und Russland immer mehr an relativer Bedeutung gewinnt.

Auch aus der Sicht einzelner wichtiger Volkswirtschaften lässt sich die Entwicklung der regionalen Reservenverteilung klar ablesen: Die Grafik „Entwicklung der Währungsreserven – Wichtige Währungsräume“ zeigt, dass die Reserven des Euroraums seit dem Jahr 2003 rückläufig sind und jene der USA auf niedrigem Niveau stagnieren, während die Reserven Japans und Chinas einem besonders dynamischen Wachstum ausgesetzt sind. Im Jahr 2005 schnellten die Währungsreserven Chinas um 45,2% von 396 Mrd SZR auf 575 Mrd SZR (bzw. 697 Mrd EUR), während Japans Reserven zwar weiterhin auf Rekordniveau (584 Mrd SZR bzw. 707 Mrd EUR) blieben, aber mit +8,7% im Vergleich zum Vorjahr wesentlich langsamer wuchsen. Das Eurosystem hatte zu Jahresende 2005 Währungsreserven von 142 Mrd SZR bzw. 172 Mrd EUR, das ist ein Rückgang in SZR im Vergleich zum Vorjahr um 4,9%.

¹ Die genannten Währungsreserven inkludieren die Bestände an konvertiblen Fremdwährungen, Gold (bewertet zu 35 SZR pro Feinunze) und Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Währungsreserven werden in SZR des IWF bewertet. Es handelt sich dabei um eine Recheneinheit, die auf Basis eines Währungskorbs erstellt wird. Der Währungskorb setzt sich aus festen Beträgen der Weltwährungen (US-Dollar, Euro, japanischer Yen und Pfund Sterling) zusammen und wird täglich neu bewertet. Zu Jahresende 2005 betrug der Wert eines SZR 1,429270 USD bzw. 1,211550 EUR.



sich die Renditen für US-Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit tendenziell zwischen 4% und 4,6% halten. Im Euro-Währungsgebiet erreichten die Langfristzinsen sogar historische Tiefststände: Die Renditen deutscher Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit fielen im September 2005 auf 3,0%. Die bereits erwähnte Anhebung der Leitzinsen in den USA ließ die amerikanische Renditenstrukturkurve deutlich abflachen. In etwas abgeschwächter Form führte dies auch zu einer Abflachung der Renditenstrukturkurve im Euroraum. Hohe Nachfrage prägte neben den Staatsanleihen auch die Unternehmensanleihen, deren Spreads (Renditeunterschiede) zu den Staatsanleihen deutlich zurückgingen. Tendenziell aufkommende Inflationsängste (wegen der Preishausse bei den Rohstoffmärkten) führten weiters zu erhöhtem Interesse an inflationsindexierten Anleihen. Die Volatilitäten auf den Anleihemärkten, die sich bereits ab Jahresmitte 2004 zurückgebildet hatten, waren im Jahr 2005 anhaltend niedrig.

Die OeNB veranlagt breit gestreutes Portfolio – Marktrisiko wird mit Risikotragfähigkeit der Bank genau abgestimmt

Das Treasury der OeNB veranlagt Währungsreserven und andere Vermögenswerte in Höhe von rund 21,5 Mrd EUR nach der für die OeNB geltenden Prioritätenreihung:

- (1) Sicherheit
- (2) Liquidität
- (3) Ertrag

Dieses Veranlagungsvolumen gliedert sich in verschiedene Teilportfolios mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Richtlinien: Gold-, Fremdwährungs- und Euro-Veranlagungen sowie Veranlagungen der Eigenmittel („own funds“), der an die EZB übertragenen Reserven, der Pensionsreserve und der für die Förderung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) gewidmeten Reservereposition.

Schon seit vielen Jahren betreibt die OeNB mit einem großen Teil der Goldreserven eine aktive Veranla-

gungspolitik, um auch aus diesem Teil der Aktiva zum Gewinn der Bank beizutragen. Da die Goldzinsen im kurzfristigen Bereich schon im Jahr 2004 auf nahezu null gesunken sind und seither auf diesem Niveau verharren, kann hier bei Neuveranlagungen derzeit kein Ertrag erzielt werden. Durch die rechtzeitige Veranlagung im langfristigen Bereich (bis zu zehn Jahren Laufzeit) gegen die Hereinnahme von entsprechenden Sicherheiten gelang es jedoch, attraktivere Zinssätze für die kommenden Jahre zu sichern. Im Rahmen des zweiten Goldabkommens der Zentralbanken (von September 2004 bis September 2009) wurde im Jahr 2005 in moderatem Ausmaß Gold verkauft. Die OeNB gehört beim Goldabkommen zu jenen Signataren, die ein geplantes Verkaufskontingent angegeben haben.

Bei der Veranlagung der Fremdwährungs- und Euro-Bestände bewährt sich schon seit vielen Jahren der Ansatz eines breit gestreuten Portfolios, insbesondere in Bezug auf die Auswahl der Währungen (Multi-Currency Portfolio) und der Veranlagungsinstrumente (Anlagekategorien). Ziel der breiten Streuung ist es primär, das Portfoliorisiko durch Aufteilung auf diverse Marktsegmente deutlich zu verringern. Darüber hinaus soll aber auch eine höhere Gesamtrendite erreicht werden. Das eingegangene Kreditrisiko (Risiko des Verlusts bei Ausfall eines Schuldners) kann insgesamt als sehr konservativ angesehen werden. Um aus komple-

xeren Produkten weitere Erträge bei niedrigem Risiko zu erwirtschaften, wurde zunehmend gezielt in Fonds veranlagt.

Das Marktrisiko des Portfolios wird über eine so genannte *strategische Benchmark* gesteuert, die als Vergleichsmaßstab die wesentlichen Eckdaten² hinsichtlich der Währungsstreuung und Fristigkeitsstruktur für die effektive Portfolioveranlagung liefert. Diese strategische Benchmark wird vom Treasury der OeNB auf Basis fundamentaler Marktanalysen und Marktprognosen entworfen und vom Direktorium der OeNB beschlossen. Mittels der so genannten Value-at-Risk-Methode³ werden genaue Berechnungen vorgenommen, um den Risikogehalt der Benchmark auf die speziellen Notwendigkeiten der OeNB abzustimmen. Dabei steht die Risikotragfähigkeit der Bank aufgrund ihrer passivseitigen Reserven im Mittelpunkt.

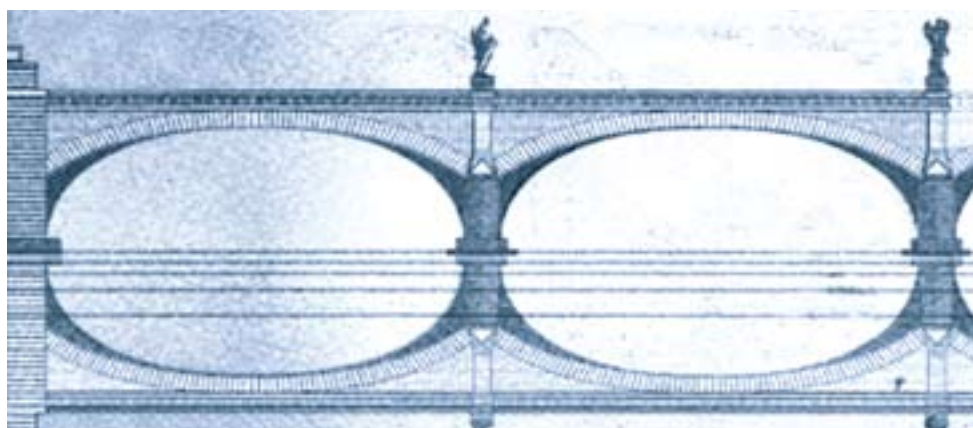
Innerhalb des von der strategischen Benchmark vorgegebenen Rahmens definiert ein regelmäßig tagendes Investmentkomitee die so genannte *taktische Benchmark*, die für das konkrete Portfoliomanagement in der Handelsabteilung die eigentliche Bezugsgröße darstellt. Im Gegensatz zur strategischen Benchmark, die vor allem auf das Abgrenzen des OeNB-relevanten Marktumfelds und auf längerfristige Markttrends abzielt, konzentriert sich die taktische Benchmark auf die kürzerfristigen Marktentwicklungen, auf die rasch und flexibel reagiert werden muss.

² Für die Währungsstreuung werden Zielgrößen bzw. Ober- und Untergrenzen pro Währung festgelegt, gleichartige Vorgaben gelten für das Zinsrisiko.

³ Das Konzept des Value at Risk (VaR) dient der Quantifizierung von Marktrisiken. Errechnet wird ein Risikomaß, das den geschätzten Verlust eines Marktwertes in einer vorgegebenen Periode angibt, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Auf diese Weise lässt sich das Marktrisiko auch differenzierter Portfolios gezielt steuern.

Der an die EZB übertragene Teil der Währungsreserven wird im Sinne eines dezentralen Ansatzes von der OeNB weiterhin im Namen und auf Rechnung der EZB gemäß den Richtlinien der EZB veranlagt. Diese Tätigkeit ist von allen anderen Aktivitäten des Treasury der OeNB strikt getrennt (Chinese Wall). Hinsichtlich der zu verwaltenden Währungen hat der EZB-Rat im Jahr 2005 eine wichtige Änderung beschlossen. Seit Jänner 2006 veranlagen die meisten natio-

nen Zentralbanken des Eurosystems nicht mehr in japanischen Yen und US-Dollar gemeinsam, sondern spezialisieren sich auf eine dieser Währungen. Die OeNB konzentriert sich seit Jänner 2006 im Rahmen der übertragenen EZB-Reserven ausschließlich auf die Veranlagung in japanischen Yen.⁴ Dieser Schritt steht auch in Einklang mit der Absicht, auf die immer wichtiger werdende Region Asien in Zukunft ein größeres Augenmerk zu richten.



⁴ Siehe auch EZB. 2006. *Portfoliomanagement der EZB. Monatsbericht April*. 83–95.

OeNB unterstützt Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität

Finanzmarktstabilität im österreichischen Finanzsektor weiter verbessert

Die österreichischen Banken können auf ein insgesamt erfreuliches Jahr 2005 zurückblicken. Sowohl der Inlandsmarkt, vor allem aber die Bankbeteiligungen in Zentral- und Osteuropa zeigten eine günstige Entwicklung. So ist die unkonsolidierte Bilanzsumme im Jahr 2005 mit 725 Mrd EUR bzw. +11,1% so stark gestiegen wie zuletzt im Verlauf des Jahres 2000 mit seiner guten konjunkturellen Entwicklung. Besonders das direkte Auslandsgeschäft verlief auch weiterhin dynamisch: Mit +22,7% hat das Wachstum der Auslandsaktiva (insgesamt 246 Mrd EUR) das der Inlandsaktiva (479 Mrd EUR; +5,9%) deutlich überstiegen.

Auch die Ertragssituation der österreichischen Banken entwickelte sich im Jahr 2005 positiv. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis betrug im Jahr 2005 5,6 Mrd EUR und lag mit +19,1% deutlich über dem Wert des Vergleichszeitraums 2004. Dabei wuchsen die unkonsolidierten Betriebserträge (15,7 Mrd EUR) mit +8% deutlich stärker als die Betriebsaufwendungen (10,1 Mrd EUR; +4,1%). Somit konnte die unkonsolidierte Aufwand/Ertrag-Relation („cost/income ratio“) im Jahr 2005 mit 63,4% einen historischen Tiefstand erreichen. Getrieben wurde diese Entwicklung von einem starken Provisions- und Beteiligungsergebnis, während das Zinsergebnis wie schon in den Jahren zuvor weitgehend konstant verlief. Dabei wuchsen die Forderungen der österreichischen Banken gegenüber den inländischen Kunden (265 Mrd EUR) im Jahr 2005 mit +4,8% wieder kräftiger und vor

allem stärker als die Einlagen (221 Mrd EUR; +4,7%), wodurch die weiter gesunkene Zinsspanne (2004: 1,21%, 2005: 1,1%) kompensiert wurde. Der erwartete Jahresüberschuss für das Jahr 2005 wird bei 3,9 Mrd EUR liegen. Damit betrug der unkonsolidierte Return on Assets (Gesamtkapitalrendite) 0,54%, was in der Betrachtung der letzten zehn Jahre den höchsten Wert bedeutet. Unterstützt wird diese Entwicklung durch einen weiter sinkenden Risikovorsorgebedarf, d. h., Banken erfreuten sich im Jahr 2005 an der gestiegenen Bonität ihres Kreditportfolios.

Auch auf konsolidierter Basis, in der auch die Geschäftstätigkeit der ausländischen Tochtergesellschaften enthalten ist, stiegen die Gewinne der österreichischen Banken im Jahr 2005 weiter an. Hauptauslöser dafür waren das Zins- und Provisionsergebnis, aber auch in geringem Ausmaß eine Entlastung bei den Risikovorsorgen.

Die österreichischen Banken profitieren besonders vom Wachstum in den zentral- und osteuropäischen Märkten. Auch im Jahr 2005 stieg die Zahl der österreichischen Tochterbanken in dieser Region weiter an, was letztlich auch die Ertragslage der heimischen Banken positiv beeinflusste. Mit einem Anteil an der Bilanzsumme von rund 15% trägt das Geschäft der zentral- und osteuropäischen Tochtergesellschaften inzwischen über ein Drittel zum konsolidierten Jahresgewinn der österreichischen Banken bei. In einigen Ländern liegt der Marktanteil der österreichischen Tochterbanken bereits bei bis zu 45%.

Die Bilanzsumme der heimischen Banken in Zentral- und Osteuropa ist in den letzten vier Jahren im Durch-

**Banken haben 2005
gut verdient**

**Über ein Drittel
des Gewinns der
österreichischen
Banken wird von
osteuropäischen
Töchtern
erwirtschaftet**

schnitt um 22 % pro Jahr gestiegen. Allerdings führt die zunehmende Präsenz westlicher Banken in Osteuropa zu einem verstärkten Wettbewerb, der nicht nur den Druck auf die Preise bei Privatisierungen erhöht, sondern auch künftig sinkende Margen erwarten lässt. Seitens der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) werden diese Entwicklungen genau beobachtet und beispielsweise im halbjährlich erscheinenden *Finanzmarktstabilitätsbericht* regelmäßig analysiert.

Einhergehend mit der verbesserten Gewinnsituation hat sich im Verlauf des Jahres 2005 auch die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken weiter verbessert. Mit zuletzt 14,4 % lag die unkonsolidierte Eigenmittelquote deutlich über den gesetzlichen Erfordernissen. Auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstests zeigen, dass die österreichischen Banken eine hohe Fähigkeit besitzen, Markt- bzw. Kreditrisikoszenarien gut bewältigen zu können.

Neben den Banken zeigen auch die anderen Finanzintermediäre eine erfreuliche Entwicklung. Investmentfonds und Pensionskassen konnten das günstige Marktumfeld nutzen. Die Versicherungen profitierten von stark gestiegenen Prämieinnahmen, Verbesserungen in den Kostenstrukturen und – wie auch die Banken – von ihrem Engagement in Zentral- und Osteuropa.

Betrachtet man die Finanzierungssituation des privaten Sektors, so fällt auf, dass die Summe der Fremdwährungskredite an private Haushalte und Unternehmen mit über 53 Mrd EUR – davon nahezu 90 % in Schweizer Franken – zum Jahresende 2005 einen neuen Rekordwert erreichte. Insbesondere bei den privaten Haushalten hält der

Boom ungebrochen an. Nahezu jeder dritte Kredit (31 % per Dezember 2005, siehe Grafik 18) an private Haushalte lautete schon auf eine fremde Währung. Die – abgesehen von einem leichten Anstieg in jüngster Zeit – seit dem Jahr 2002 deutlich rückläufige Zinsspanne zwischen dem Euro und dem Schweizer Franken deutet hierbei auf eine gestiegene Risikoexponiertheit der privaten Haushalte hin: sie nehmen vermehrt Wechselkursrisiken auf sich, obwohl der potenzielle Gewinn in Form einer niedrigeren Zinsbelastung in der Fremdwährung immer geringer wird. Dieser Trend steht im Gegensatz zur Entwicklung bei den Unternehmen, die anteilmäßig ihre Verschuldung in Fremdwährung seit geraumer Zeit reduzieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund stellt sich die Frage, inwieweit ein ausreichendes Risikobewusstsein der Haushalte in Bezug auf die mit Fremdwährungskrediten einhergehenden Risiken besteht. Die OeNB wird deshalb gemeinsam mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) im ersten Halbjahr 2006 einen Informationsfolder zu den Risiken von Fremdwährungskrediten herausgeben, um eine ausgewogene Betrachtungsweise von Chancen und Risiken zu erreichen.

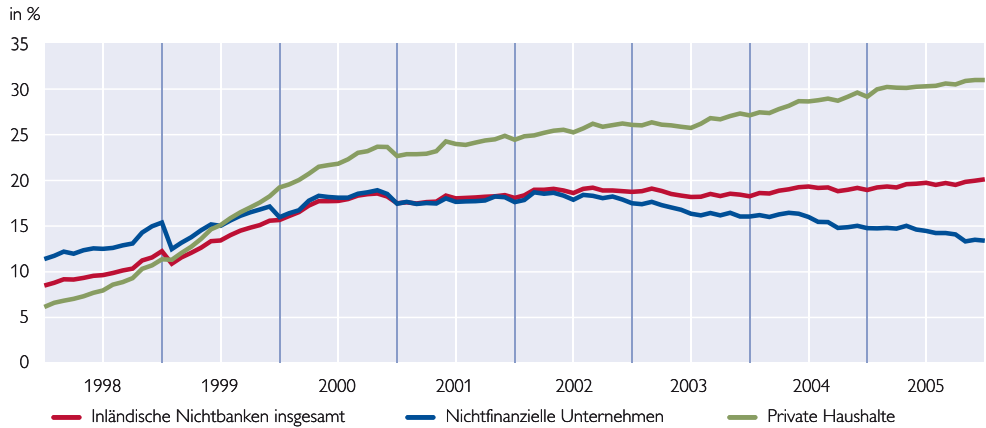
Neben Währungsrisiken übernehmen private Haushalte in ihrem Verschuldungsverhalten aber auch vermehrt das Risiko von Zinsschwankungen, da mehr als drei Viertel aller Haushaltskredite bereits variabel verzinst sind. Insgesamt setzen sich die Haushalte somit zunehmend Marktrisiken aus, was über einen längeren Horizont betrachtet die Qualität der Kreditportfolios der österreichischen Banken beeinflussen könnte.

**Auch Investmentfonds
und Versicherungen
entwickelten sich
2005 gut**

**Haushalte verschuldeten
sich 2005 nach wie vor
stark in Fremdwährung**

Grafik 18

Fremdwährungskreditanteil in Österreich



Quelle: OeNB.

Basel II-Umsetzung in der entscheidenden Phase

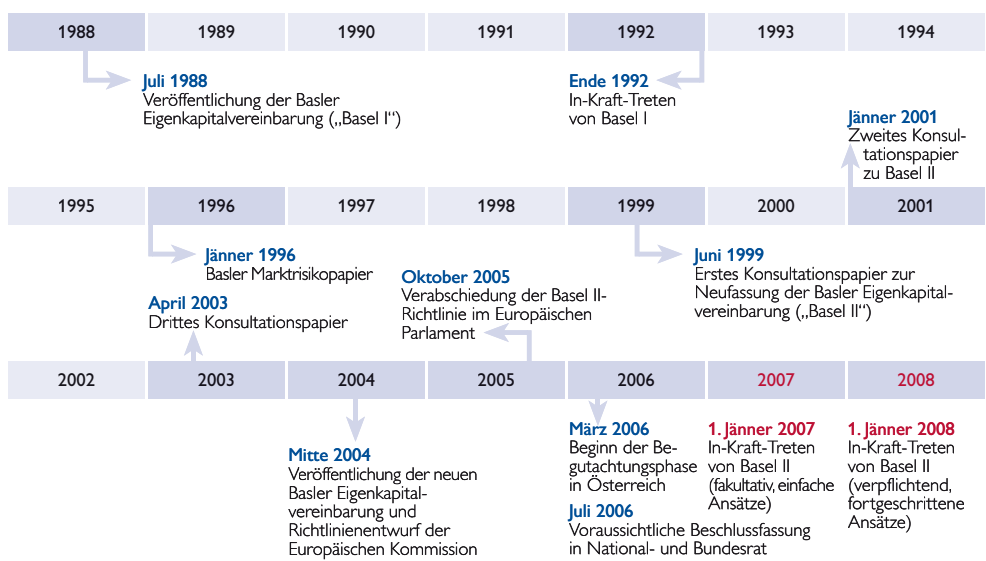
Im Frühherbst 2005 wurde mit der Annahme der Basel II-Richtlinie (Capital Requirements Directive – CRD) durch den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament das bisher wohl größte regulatorische Projekt für den Bankensektor auf europäischer Ebene erfolgreich abgeschlossen. Eine formelle Annahme erfolgt voraussichtlich im

ersten Halbjahr 2006 nach Vorliegen der in sprachlich-legistischer Hinsicht finalisierten Richtlinienentwürfe. Vorgeesehen ist nunmehr, dass das Basel II-Regelwerk – zeitlich gestaffelt – ab 1. Jänner 2007 in Kraft treten wird.

Angesichts des engen Zeitplans wurde daher in Österreich bereits im Frühjahr 2005 mit den Vorbereitungen für den Umsetzungsprozess in die nationale Rechtsordnung begonnen. Dabei wurde auf bewährte

Grafik 19

Zeitplan Basel II



Weise in enger Zusammenarbeit zwischen Bundesministerium für Finanzen (BMF), FMA und OeNB vorgegangen: Neben einem Basel II-Projektsekretariat, das bereits während des europäischen Verhandlungsprozesses die inhaltliche Abstimmung sicherstellte, wurden themenbezogene Expertenteams sowie ein aus Vertretern der drei Institutionen gebildetes Chefredakteursteam für legeristische Arbeiten eingesetzt.

Erleichterungen für österreichische Interessengruppen konnten erreicht werden

Auf europäischer Ebene ist es im Rahmen der Verhandlungen zu Basel II bereits gelungen, Erleichterungen für verschiedene österreichische Interessengruppen zu erreichen, die bei der Umsetzung in österreichisches Recht jedenfalls beibehalten werden sollen:

- Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) werden gegenüber Großunternehmen besser gestellt, d. h., bei gleicher Bonität ist die Risikovor-sorge der Banken für KMUs geringer. Ausleihungen unter 1 Mio EUR an KMUs werden wie Kre-

dite an Privatpersonen behandelt, was eine noch stärkere Begünstigung mit sich bringt. KMU-typische Sicherheiten (wie Immobilien) werden verstärkt anerkannt.

- Private „Häuslbauer“ profitieren von der begünstigten Behandlung von Wohnbaukrediten im Rahmen von Basel II. Rund zwei Drittel des Kreditvolumens an private Haushalte entfallen in Österreich auf Wohnbaukredite.
- Für Sparer und Anleger erhöht sich die Sicherheit ihrer Einlagen durch das verbesserte Risikomanagement der Banken.
- Gemeinnützige Organisationen (wie z. B. Religionsgemeinschaften, karitative Einrichtungen) fallen in eine günstige Ratingklasse.
- Für Banken selbst kommt das Proportionalitätsprinzip zur Anwendung, d. h., für kleinere Banken sind die Anforderungen an die Umsetzung von Basel II geringer als für größere Kreditinstitute.

Kasten 6

Das Risikoorientierte Meldewesen (ROM)

Im Rahmen der Basel II-Umsetzung mussten auch die Bestimmungen zum bankaufsichtlichen Meldewesen angepasst werden. Im Zuge der Diskussion zu Basel II wurde daher gemeinsam mit der FMA das Projekt „Risikoorientiertes Meldewesen (ROM)“ gestartet, das sowohl die Datenanforderungen für Basel II als auch jene für die neu entwickelten Modelle der Off-Site-Analyse abdeckt. Anfang November 2005 konnte nach intensiven, sehr konstruktiven Verhandlungen zwischen OeNB bzw. FMA auf der einen und Bankenvertretern auf der anderen Seite ein Kompromiss zum neuen ROM in Österreich erzielt werden.

In diesem Zusammenhang wird vor allem den geänderten Rahmenbedingungen in der heimischen Bankenlandschaft Rechnung getragen. Daraus folgt, dass zukünftig verstärkt Daten von Bankkonzernen und von Auslandstöchtern sowie detaillierte Risikoinformationen erhoben werden. Die erste Stufe des neu strukturierten aufsichtsrechtlichen Meldewesens wird per 1. Jänner 2007 in Kraft treten. Dabei werden die bisherigen bankenstatistischen Erhebungen der OeNB in Form des Monatsausweises (MAUS) und des Quartalsberichts (QUAB) künftig durch den Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis (VERA) sowie den Ordnungsnormenausweis (ORA) abgelöst.

Im Rahmen der Verhandlungen zum ROM wurden auch wesentliche Änderungen der Großkreditmeldungen vereinbart. Der Schwerpunkt lag dabei auf der vollständigen Abbildung der Forderungspositionen gegenüber einem Kreditnehmer sowie in der Anpassung der risikobezogenen Meldeinhalte an die Erfordernisse von Basel II.

Für jene Banken, die im Rahmen von Basel II auf die komplexeren Berechnungsmethoden der internen Ratingansätze zurückgreifen möchten, sind eine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden sowie umfangreiche und ressourcenintensive Vorbereitungsarbeiten notwendig. Um diese Vorbereitungen zu erleichtern, trat die OeNB daher im Jahr 2005 gemeinsam mit der FMA in eine intensive Konsultationsphase mit der Kreditwirtschaft ein. Auf Wunsch der interessierten Kreditinstitute wurde eine umfassende Beurteilung des Umsetzungsstands in der jeweiligen Bank durch die Aufsichtsbehörden durchgeführt, deren Ergebnisse dem Kreditinstitut auch mitgeteilt wurden. Aufgrund dieser so genannten Vorabkonsultationen konnten frühzeitig Bereiche identifiziert werden, in denen noch Handlungsbedarf für Kreditinstitute besteht, bzw. festgestellt werden, welche Bereiche schon

den gesetzlichen Vorgaben entsprechend umgesetzt wurden. Dies ermöglicht Investitions- und Planungssicherheit für Kreditwirtschaft und Aufsicht.

Enge Kooperation mit der FMA

Die Kooperation zwischen OeNB und FMA hat sich im Jahr 2005 infolge der gemäß Bankwesengesetz (BWG) vorgesehenen weit reichenden Einbindung der OeNB in die bankaufsichtlichen Agenden weiter intensiviert und gefestigt. Neben der EDV-mäßigen Verarbeitung, der Plausibilitätsprüfung von Meldedaten der österreichischen Kreditwirtschaft und den darauf basierenden Analyse-Ergebnissen, die sodann der FMA zur Verfügung gestellt werden, ist vor allem die intensive Vor-Ort-Prüfungstätigkeit zu erwähnen. Diese ergibt sich aus der gesetzlich verpflichtenden Beauftragung der OeNB mit der

Kasten 7

EU-Aktionsplan für Finanzdienstleistungen – Bessere Rechtsetzung

Nach Abschluss des so genannten Aktionsplans für Finanzdienstleistungen und auf Basis eines mehrjährigen Konsultationsprozesses, an dem auch die OeNB mitwirkte, veröffentlichte die Europäische Kommission im Jahr 2005 ihre Finanzdienstleistungsstrategie für die kommenden fünf Jahre. Durch folgende fünf Schwerpunkte soll erreicht werden, das bisher noch ungenützte wirtschaftliche und beschäftigungsmäßige Potenzial des EU-Finanzdienstleistungssektors durch weitere Fortschritte im Integrationsprozess zu erschließen:

- (1) die dynamische Konsolidierung der Fortschritte und die Gewährleistung einer soliden Um- und Durchsetzung der geltenden Vorschriften*
- (2) die Übertragung der Grundsätze der „besseren Rechtsetzung“ („Better Regulation“) auf alle Politikbereiche*
- (3) die Verstärkung der Konvergenz bei der Aufsicht*
- (4) den Ausbau des Wettbewerbs zwischen Dienstleistern, insbesondere im Privatkundenbereich*
- (5) die Ausweitung des Einflusses der EU auf den globalen Kapitalmärkten*

Mit dem verstärkten Fokus auf Konsolidierung und Implementierung soll daher auch dem Ruf der Industrie nach einer „regulatorischen Pause“ Rechnung getragen werden. Gleichzeitig soll durch das Konzept der Better Regulation erreicht werden, dass künftige regulatorische Maßnahmen zielgerichtet und auf Auswirkungsstudien basierend erlassen werden und dass ex-post überprüft wird, ob eine Maßnahme auch tatsächlich ihr Ziel erreicht hat.

**Regelr Meinnngs-
austausch zwischen den
für Finanzmarktstabilität
zuständigen Institutionen**

Vor-Ort-Prüfung von Markt- und Kreditrisiken bei Kreditinstituten. Ein Zeichen der guten Zusammenarbeit zwischen FMA und OeNB ist auch die optionale Teilnahme an Prüfungen der jeweils anderen Institution, die auch seitens der FMA wiederholt wahrgenommen wurde.

Abgesehen von den täglichen „routinemäßigen“ Kontakten werden in regelmäßigen Abständen Sitzungen auf Abteilungsleiter- und Managementebene von FMA und OeNB abgehalten, um Informationen auszutauschen und grundlegende Fragestellungen zu diskutieren. Darüber hinaus sind zahlreiche Arbeitsgruppen zu konkreten aufsichtlichen Themenstellungen eingerichtet, sodass zum einen das Know-how beider Institutionen optimal genutzt werden kann und zum anderen bereits frühzeitig eine abgestimmte Vorgangsweise im Sinne des österreichischen Finanzmarktes gewährleistet wird.

In der Kooperation mit dem BMF hat sich das gesetzlich normierte Finanzmarktkomitee bewährt, das den drei für die Finanzmarktstabilität verantwortlichen Institutionen (BMF, FMA und OeNB) als Plattform für die Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch sowie zur Abstimmung gesetzlicher Initiativen dient.

OeNB setzt Aktivitäten zur Förderung der Finanzmarktstabilität fort Weiterentwicklung der europäischen Aufsichtskooperation

Im Jahr 2005 arbeitete die OeNB wieder intensiv mit europäischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden zusammen und konnte dabei wichtige Impulse setzen. Im Rahmen

des Banking Supervision Committee (BSC) des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), eines gemeinsamen Forums von Zentralbanken und Bankenaufsehern der EU, wurden Entwicklungen des europäischen Finanzsektors aus Sicht der Finanzmarktstabilität analysiert sowie spezifische regulatorische und aufsichtliche Aspekte diskutiert (z. B. zum Finanzmarktkrisenmanagement). Durch den Vorsitz der OeNB in der Working Group on Banking Developments, einer Arbeitsgruppe des BSC, konnte wesentlich auf die Diskussionen des BSC Einfluss genommen werden. Im Jahr 2005 beschäftigte sich das BSC neben den regelmäßigen Berichten zur Entwicklung der Bankenstrukturen in der EU und zur Stabilität des Banken- und Finanzsektors insbesondere mit den Interaktionen von Banken mit Hedgefonds, den Bankenstrukturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten, den zunehmenden grenzüberschreitenden Bankaktivitäten und den möglichen Auswirkungen der internationalen Bilanzierungsstandards IFRS¹ auf die Finanzmarktstabilität.

In dem im Jahr 2004 gegründeten Ausschuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors – CEBS) ist die OeNB nicht nur als nationales Mitglied, sondern auch im CEBS-Bureau vertreten, das den Vorsitz in wesentlichen Fragestellungen proaktiv unterstützt und berät. CEBS hat dabei die Aufgabe, die Europäische Kommission insbesondere in Fragen der Bankenregulierung zu beraten, eine konsistente Implementierung von EU-Richtlinien im Bankensektor sicherzustellen und die Konvergenz

¹ IFRS: International Financial Reporting Standards.

der aufsichtlichen Praktiken sowie die Kooperation der Aufseher insgesamt zu fördern. Im Jahr 2005 führte CEBS eine Reihe von Konsultationsverfahren insbesondere zu Basel II durch (einheitliche Reporting-Standards; aufsichtlicher Überprüfungsprozess, d. i. Säule 2; Anerkennung externer Ratingagenturen; Validierung von Risikomess- und -managementmodellen; Zusammenarbeit zwischen Heimatland- und Gastlandaufsichtsbehörden etc.).

Das ESZB hat bereits im März 2003 ein so genanntes Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Bankaufsehern und Zentralbanken in der EU für die Zusammenarbeit bei Finanzmarktkrisen erarbeitet. Auf Basis dieses MoU wurde im Rahmen des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) der EU ein MoU zwischen Bankaufsichtsbehörden, Zentralbanken und Finanzministerien für Krisensituationen entwickelt, das im Juli 2005 in Kraft getreten ist. Im April 2005 wurden die Krisenmanagementregeln des Eurosystems einer Überprüfung ihrer Tauglichkeit in Zeiten krisenhafter Entwicklungen erfolgreich einem ersten Test unterzogen.

In Österreich wurden im Jahr 2005 zwei aus Sicht der OeNB wesentliche Arbeiten zum Management von Finanzmarktkrisen erfolgreich beendet: die Schaffung der Krisenmanagementorganisation des Finanzmarktkomitees und die Erstellung des Krisenmanagementhandbuchs der OeNB. Beide Regelwerke erweitern die notwendigen aufbau- und ablauforganisatorischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Krisenmanagement.

Weit reichende Professionalisierung der Analyseinstrumente der OeNB

Die Off-Site-Analyse von Banken spielt in Österreich eine besonders wichtige Rolle im Aufsichtsprozess, da Vor-Ort-Prüfungen (On-Site Inspection) aufgrund der großen Bankendichte nicht in hoher Frequenz durchgeführt werden können. Daher wurde in einer Zusammenarbeit zwischen OeNB, FMA und der Universität Wien die Analyselandschaft ausgebaut und um moderne, risikobasierte Off-Site-Analysemodelle erweitert.

Auch die Vernetzung der europäischen Kreditevidenzen stellt einen weiteren Beitrag der OeNB zur Sicherung der Finanzmarktstabilität dar. Seit Anfang Oktober 2005 hat die OeNB die rechtliche Ermächtigung,² Kreditdaten mit den Kreditevidenzen der Zentralbanken Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens auszutauschen. Diese Zusammenarbeit bedeutet eine Verbesserung des Informationsstands zur Verschuldung österreichischer Kreditnehmer im Ausland und bietet überdies die Möglichkeit, die Verschuldung ausländischer Kreditnehmer der Teilnehmerländer im Anlassfall rasch und zuverlässig abzufragen. Diese Erweiterung der Meldeinhalte der Großkreditevidenz bedeutet nicht nur eine zusätzliche Servicefunktion für die Melder der Großkreditevidenz, sondern bietet auch den Aufsichtsinstitutionen wesentliche Informationen für eine zielgerichtete und Ressourcen schonende Off-Site-Analyse.

Im Bereich der Stabilitätsanalyse für das gesamte Bankensystem wurde

Weitere Vorkehrungen gegen Finanzmarktkrisen wurden getroffen

² Gemäß § 75 Abs. 5a BWG sowie der 299. Verordnung der FMA „Internationaler Austausch von Daten der Großkreditevidenz“.

**Systemic Risk Monitor
untersucht
Ansteckungsrisiko im
Interbankenbereich**

mit dem *Systemic Risk Monitor* ein Tool entwickelt, das eine Ergänzung der Off-Site-Analysewerkzeuge darstellt. Dabei werden Kredit- und Marktrisiken auf Ebene der einzelnen Institute quantifiziert und durch zwei innovative Modellierungsansätze in einen systemischen Kontext gestellt: zum einen durch die gemeinsame statistische Modellierung jener Risikofaktoren, die das Kredit- und Marktrisiko treiben, wodurch die Analyse des gleichzeitigen Einwirkens dieser Faktoren auf das Bankensystem ermöglicht wird; zum anderen durch die explizite Berücksichtigung der Beziehungen der Banken aufgrund ihrer Interbankenverbindlichkeiten und gegenseitigen Beteiligungen, was die Quantifizierung des Ansteckungsrisikos ermöglicht.

Neben dem Off-Site-Analysebereich wurde auch die Vor-Ort-Prüfungstätigkeit durch ein innovatives Softwaretool (Bank On-Site Supervision – BOSS) weiter entwickelt, das maßgeblich dazu beitragen wird, einen strukturierten und vereinheitlichten Vor-Ort-Prüfungsprozess zu gestalten. Seit Oktober 2005 steht BOSS im Echtbetrieb vor Ort im Einsatz und ermöglicht u. a. im Rahmen einer integrierten Stärken-/Schwächenanalyse eine rasche und grafisch einprägsame Auswertung der wichtigsten Ergebnisse einer Vor-Ort-Prüfung. Künftig werden alle Vor-Ort-Prüfungen durch BOSS unterstützt und dokumentiert sein.

Mit der Veröffentlichung zweier Leitfäden haben OeNB und FMA im Jahr 2005 ihre gemeinsame Publikationsreihe zu Basel II erweitert: Der Leitfaden „Management des operativen Risikos“ beschäftigt sich mit den durch Menschen, Infrastruktur,

Informationstechnologie, Prozesse und durch externe Ereignisse hervorgerufenen Risiken und deren Management. Den Anforderungen an die bankinterne Risikovorsorge, also jenen Risikomanagement-Methoden, die Banken unabhängig von regulatorischen Anforderungen treffen, widmet sich der Leitfaden „Gesamtbankrisikosteuerung“.³

**Vielfältige Aktivitäten der
Zahlungssystemaufsicht**

Im Jahr 2005 war die OeNB sehr eng in die Arbeiten zum neuen Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im europäischen Binnenmarkt eingebunden. Auf europäischer Ebene betraf dies vor allem die Unterstützung des BMF in den entsprechenden Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission. Auf nationaler Ebene führte die OeNB eine Erhebung durch, um die potenziellen Wirkungen der in der Richtlinie vorgesehenen Einführung von Zahlungsinstituten auf den österreichischen Finanzmarkt abschätzen zu können. Die Ergebnisse wurden mit Vertretern der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank, mit Teilnehmern von österreichischen Behörden und mit Marktteilnehmern auf einem OeNB-Workshop im Herbst 2005 diskutiert.

Zusätzliche Aktivitäten der OeNB im Rahmen der Weiterentwicklung und Harmonisierung der Zahlungssystemaufsicht des Eurosystems waren im Jahr 2005 die Entwicklung eines harmonisierten Aufsichtsinstrumentariums für Kartenzahlungssysteme, wozu die bestehenden Aufsichtsprinzipien und Leitfäden der OeNB als wesentliche Diskussionsgrundlage herangezogen wurden, und

³ Beide Leitfäden sind auf der Website der OeNB abrufbar.

Aufgaben der Zahlungssystemaufsicht

Gemäß § 44a Nationalbankgesetz 1984 obliegt der OeNB die Aufsicht über die Zahlungssysteme. Diesem Gesetzesauftrag entsprechend überwacht die OeNB die Systemsicherheit der in Österreich betriebenen multilateralen Zahlungssysteme sowie die sichere Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen. Die Überwachung erfolgt sowohl durch die seit Jahresbeginn 2004 eingerichtete Zahlungssystemstatistik als auch durch Überprüfungen, die anhand publizierter Leitfäden erfolgen. Bei diesen Überprüfungen werden die zur Gewährleistung der rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und technischen Systemsicherheit getroffenen Maßnahmen evaluiert. In ihrer Prüftätigkeit wird die OeNB in den mit der organisatorischen und technischen Systemsicherheit in Zusammenhang stehenden Aufsichtsfragen vom Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt.

Im Rahmen der zahlreichen Prüfungen konnte die OeNB auch im Jahr 2005 einen hohen Grad an Systemstabilität feststellen. Die aufgetretenen Störungen waren eher geringfügiger Natur und blieben ohne spürbare Folgewirkungen für das österreichische Finanzsystem.

die Erarbeitung von Standards für die Wertpapierabwicklung im Euroraum.

Ende Jänner 2005 hat die CCP Austria Abwicklungsstelle für Börsengeschäfte GmbH (CCP.A), ein gemeinsames Tochterunternehmen der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) und der Wiener Börse AG, den Betrieb als Abwicklungsstelle und zentrale Vertragspartei für alle an der Wiener Börse abgeschlossenen Börsengeschäfte (Kassa- und Terminhandel) aufgenommen. Das bei der CCP.A neu eingerichtete und betriebene Abwicklungssystem für Wertpapiere wurde durch die OeNB als System gemäß Finalitätsgesetz anerkannt und unterliegt somit ebenfalls der Zahlungssystemaufsicht.

Anhand einer von der finnischen Zentralbank Suomen Pankki – Finlands Bank zur Verfügung gestellten Simulationssoftware hat die OeNB im Jahr 2005 die Auswirkungen des systemischen Risikos auf das Großbetragszahlungssystem ARTIS⁴ untersucht. Anhand einer Simulation poten-

zieller Risikoszenarien wurden die Auswirkungen operationaler Probleme auf die Liquiditätssituation des Systems und der einzelnen Teilnehmer sowie auf etwaige systemische Risiken analysiert. Die Ergebnisse der Simulation zeigten, dass ARTIS bei den derzeit gegebenen Vorkehrungen einen hohen Grad an operationaler Verlässlichkeit aufweist und – unter dieser Prämisse – selbst in einem Stressszenario reibungslos funktioniert.

Vertiefung der Analysen zur Finanzmarktstabilität

Das Thema Finanzmarktstabilität stand auch im Mittelpunkt der 33. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB im Mai 2005.⁵ Finanzmarktinstabilität erschwert die Vorhersage des Wirkungszusammenhangs zwischen Geldpolitik und Realwirtschaft, wodurch die erfolgreiche Umsetzung der Geldpolitik beeinträchtigt würde. Die Europäische Zentralbank (EZB) und das gesamte Eurosystem haben daher von Beginn an der makropruden-

⁴ ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement.

⁵ Siehe dazu auch den Tagungsband, abrufbar auf der Website der OeNB.

Statistikangebot der OeNB wird von der Öffentlichkeit intensiv genutzt

Studien zu Fremdwährungskrediten und Hedgefonds ergänzen die Stabilitätsanalyse

ziellen Finanzmarktanalyse große Bedeutung beigemessen. Diese Analyse ermöglicht in weiterer Folge, präventive Maßnahmen zu setzen bzw. frühzeitig unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern. Die Relevanz vorbeugender Maßnahmen gegen Finanzmarktinstabilität wurde wiederholt betont und die große Bedeutung der makroprudenziellen Finanzmarktanalyse seitens der Zentralbanken aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Preisstabilität und Finanzmarktstabilität unterstrichen.

Die OeNB analysiert regelmäßig Entwicklungen des österreichischen Finanzmarktes, um potenzielle Risiken für die Finanzmarktstabilität frühzeitig erkennen zu können. Die Ergebnisse dieser Analysen werden u. a. im halbjährlich publizierten *Finanzmarktstabilitätsbericht* dargestellt oder im Rahmen von Pressekonferenzen der Öffentlichkeit präsentiert. Spezifische stabilitätsrelevante Themen umfassten im Jahr 2005 insbesondere die weitere Aufklärung über die Risiken von Fremdwährungskrediten sowie die Auswirkungen der Verbindungen von Banken mit Hedgefonds auf die Finanzmarktstabilität. Zum letztgenannten Thema wurde eine Bankenbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse zusammen mit regulatorischen Überlegungen in einer Studie⁶ im Finanzmarktstabilitätsbericht 10 der OeNB dargestellt wurden. Darüber hinaus wurden im Rahmen von Stresstests die Auswirkungen möglicher Verluste aus Hedgefonds-Investments für österreichische Banken berechnet.

OeNB als Kompetenzzentrum für Finanzstatistik

Auch im Jahr 2005 hat die OeNB sowohl auf europäischer Ebene (ESZB, Eurostat) als auch national in vielen Fragen aktiv an der Gestaltung des jeweiligen statistischen Regelwerks mitgearbeitet. Aber auch im Kundenservice wurden wieder große Fortschritte in Bezug auf den Zugang zu den statistischen Informationen der OeNB erzielt. Das zeigen einerseits die steigenden Zugriffe auf die über 1.800 Seiten des Bereichs *Statistik und Melderservice* auf der Website der OeNB, die im Jahr 2005 eine Anzahl von rund 3,5 Millionen erreichten, und andererseits die über 2.200 (+22%) Anfragen via Telefon und E-Mail an die Statistik-Hotline. Parallel dazu wurde an der weiteren Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit des Statistikangebots auf der Website gearbeitet. Das Datenangebot wurde u. a. durch eine Initiative der Zentralbanken des Eurosystems um eine neue Facette erweitert: so bietet die OeNB – zusammen mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems – seit Dezember 2005 für ausgewählte Daten Vergleichstabellen für alle Länder des Euroraums an. Eine Ausweitung des Angebots ist in Vorbereitung.

Die konsolidierte Betrachtung von Kreditinstituten, also die integrierte Sichtweise von Einzelkreditinstitutsdaten und Konzerndaten bzw. Daten von Kreditinstitutsgruppen, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dies spiegelt sich auch in den zahlreichen Datenanforderungen internationaler

⁶ Endlich E., M. S. Schwaiger, G. Stöffler. 2005. Die Risikopositionen von Banken gegenüber Hedgefonds in Österreich und regulatorische Aspekte. In: *Finanzmarktstabilitätsbericht 10*. 80–89. Abrufbar auf der Website der OeNB.

Zentralbankanforderungen und -erwartungen an die Amtliche Statistik**Zitate aus einer Rede von Gouverneur Klaus Liebscher
anlässlich des Tags der Amtlichen Statistik am 20. September 2005¹**

- „Verantwortliche Politik muss auf verlässlichen Informationen aufbauen. Diese Daten dienen aber nicht nur als Entscheidungsgrundlage, sondern auch dazu, um die getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar und die Auswirkungen transparent zu machen. Dazu braucht man wissenschaftlich fundierte Konzepte und darauf aufbauende, qualitativ hoch stehende Daten.“
- „Zentralbanken müssen sich darauf verlassen können, dass die amtlichen Daten, die sie als Basis für ihre Entscheidungen verwenden, von hoher Qualität sind.“
- „Die statistischen Anforderungen und Erwartungen der Zentralbanken gehen aber über den Kreis der spezifischen Notenbankaufgaben hinaus.“
- „Eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft braucht daher auch ein sich dynamisch entwickelndes Statistikangebot, eine dynamische Amtliche Statistik. Gleichzeitig muss auch die Qualität der Daten in diesem sich ständig ändernden Umfeld nachhaltig gesichert werden.“
- „Die zunehmende politische Bedeutung von Statistiken – wie z. B. im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Defiziten oder im Rahmen des Konvergenzprozesses – bringt es mit sich, dass die für die Erstellung der Daten Verantwortlichen politischem Druck ausgesetzt sein können. Daher ist eine klare Absicherung der methodischen, personellen und auch finanziellen Unabhängigkeit der Amtlichen Statistik von zentraler Bedeutung. Hier könnte das bewährte Modell des ESZB als eine Zukunftsperspektive für das Europäische Statistische System dienen.“
- „Auch die nach besten wissenschaftlichen Kriterien erstellten Daten ‚sprechen nicht für sich‘, d. h. sie müssen entsprechend kommuniziert und interpretiert werden, damit sie auch richtig verstanden und damit auch geglaubt werden. Darin liegt ein wichtiger Aspekt der ‚Verantwortlichkeit‘ der Amtlichen Statistik wie auch anderer Statistik-Produzenten.“
- „Die notwendigen Ressourcen für verlässliche Statistiken zur Verfügung zu stellen, das sind die politischen Entscheidungsträger den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Länder und Europas schuldig.“

¹ Der volle Text der Rede ist im Heft Q4/05 der OeNB-Reihe „Statistiken – Daten & Analysen“ abgedruckt und kann auch auf der Website der OeNB abgerufen werden.

Organisationen (z. B. EZB, IWF) wider. Deshalb wurde im Jahr 2005 eine weitest gehend automatisationsunterstützte Berechnung von konsolidierten Daten zur Ertragslage, zur Geschäftsstruktur und zu den Eigenmitteln von Kreditinstituten realisiert. Diese Daten werden auch im Rahmen der Consolidated Banking Data-Erhebung an die EZB übermittelt.

Eine weitere neue Datenanforderung einer internationalen Organisation stellen die Financial Soundness

Indicators (FSIs) des IWF dar. Ein entsprechendes Projekt wurde vom IWF als Reaktion auf die Finanzkrisen in den späten Neunzigerjahren gestartet. Mithilfe der FSIs soll die regelmäßige Analyse und Beurteilung von Finanzsystemen gestärkt, die Transparenz erhöht und Stärken wie Schwächen von Finanzsystemen festgestellt werden. Insgesamt beteiligen sich derzeit neben Österreich über 60 Länder (inklusive aller EU-Mitgliedstaaten) an dieser Initiative.

Neues außenwirtschaftliches Erhebungssystem

Die Qualität von Statistiken beruht auf verlässlichen Informationen

Als kleine Volkswirtschaft im gemeinsamen europäischen Markt hat Österreich einen hohen Grad der Offenheit erreicht. Die Export- und Importquoten von Gütern und Dienstleistungen liegen bei jeweils mehr als 50% des BIP, das Veranlagungsvolumen der Österreicher auf den internationalen Kapitalmärkten belief sich im Jahr 2005 auf rund 65 Mrd EUR. Der Wohlstand Österreichs wird damit in hohem und zunehmendem Ausmaß von den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland bestimmt. Ohne verlässliche Zahlungsbilanzdaten kann daher kein richtiges Bild über die österreichische Wirtschaft gezeichnet werden.

Die OeNB, die zur Erstellung der Außenwirtschaftsstatistiken für Österreich (insbesondere der Zahlungsbilanz und der Internationalen Vermögensposition) per Gesetzesauftrag verpflichtet ist, steht vor der Herausforderung, den wachsenden Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland hinreichend zu erfassen und dabei den Meldeaufwand für die österreichische Wirtschaft möglichst gering zu halten. Mit Anfang 2006 hat die OeNB deshalb ein neues Erhebungssystem eingeführt, das auf qualifizierten Konzentrationsstichproben bei den Außenwirtschaftstreibenden beruht und so weit wie möglich bestehende Verwaltungsdaten nutzt.

Sowohl im Interesse der Melder als auch der Kunden makroökonomischer Statistiken ist die OeNB bemüht, bestehende Datenbasen zu verwenden. Im Bereich des Kapitalverkehrs nutzt die Zahlungsbilanz z. B. die Monetärstatistik der EZB (Grundlage der Berechnung der Geldmenge im Euroraum). Die Zahlungsbilanzstatistik erhebt die OeNB in enger Kooperation mit Statistik Austria (ST.AT). Durch Spezialisierung auf die jeweilige Expertise – ST.AT auf Realwirtschaft, die OeNB auf Finanzwirtschaft – können Synergien bestmöglich genutzt und qualitativ hoch stehende Statistiken mit einer möglichst geringen Belastung der Melder erstellt werden.

Erste Erfahrungen mit dem neuen Meldesystem bestätigen die gute Zusammenarbeit der Wirtschaftsakteure mit der OeNB. Unsicherheiten, die die neuen Meldeinhalte und die Technik betreffen, können dank der gut eingespielten direkten Kontakte von OeNB und ST.AT zu den Respondenten sukzessive behoben werden.

OeNB gewährleistet sichere Zahlungsverkehrssysteme und reibungslöse Bargeldversorgung

EU strebt Effizienzsteigerung durch einheitlichen europäischen Zahlungs- verkehrsraum an

Am 1. Dezember 2005 wurde der endgültige Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zu einem neuen Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr veröffentlicht. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie sollen ein moderner, harmonisierter rechtlicher Rahmen für einen integrierten Zahlungsverkehrsmarkt in der Europäischen Union (EU) geschaffen und bestehende rechtliche Hindernisse beseitigt werden. Ziel ist es, grenzüberschreitende bargeldlose Zahlungen – ob per Zahlungskarte, elektronischer Banküberweisung oder Lastschrift – so einfach, billig und sicher zu machen wie Zahlungen innerhalb eines Mitgliedstaates. Die neue Richtlinie soll einen fairen und ungehinderten Zugang zu den Zahlungsmärkten garantieren, die Transparenz im Zahlungsverkehr erhöhen und EU-weit gleiche Verbraucherschutzstandards gewährleisten.

Die Richtlinie wird für alle Mitgliedstaaten und EU-Währungen gelten, gleichzeitig aber auch die notwendige rechtliche Grundlage für den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA) schaffen, der spätestens bis zum Jahr 2010 verwirklicht sein soll. Zwischen nationalen und grenzübergreifenden Zahlungssystemen werden dann keine spürbaren Unterschiede mehr bestehen.

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) unterstützt die Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung eines einheitlichen

Rechtsrahmens für den europäischen Zahlungsverkehr und steht mit den zuständigen Stellen der EU in engem Austausch. So ist die OeNB auch in relevanten Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene vertreten.

Im Jahr 2000 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Lissabon und legten im Rahmen der Lissabon-Agenda das Ziel fest, dass die EU bis zum Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste Markt der Welt werden soll.

Als ein wichtiger Teilschritt für dieses Ziel wurde die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsmarktes definiert. Die erfolgreiche Euro-Umstellung stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels dar. Nach dieser Konsolidierung im Währungsbereich soll nun die Infrastruktur im Zahlungsverkehr vereinheitlicht werden. Es gilt der Grundsatz: „Für die Bürger des Euro-Währungsgebiets wird SEPA dann erreicht sein, wenn sie im gesamten Euroraum Zahlungen von einem einzigen Bankkonto unter Verwendung einheitlicher Zahlungsinstrumente genauso einfach und sicher wie derzeit auf nationaler Ebene tätigen können.“ Für den Kunden sollte es keinen Unterschied machen, wo oder bei welcher Bank im Euroraum dieses Konto geführt wird. Das im Juni 2002 durch europäische Banken und Bankenverbände zur Umsetzung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums gegründete European Payments Council (EPC) agiert dabei als zentrale Stelle und hat u. a. zur Aufgabe, ein Rahmenwerk für die Abwicklung von Kartenzahlungen zu erstellen sowie einheitliche Verfahrensrichtlinien für

**Neuer Rechtsrahmen
für einen einheitlichen
Zahlungsverkehr –
EU-weit bezahlen wie
zu Hause**

**SEPA – Meilensteine auf
dem Weg zum einheitlichen
europäischen
Zahlungsverkehrsraum**

**Grundsatzklärung des
ESZB bestätigt das
Engagement der OeNB
im Massenzahlungs-
verkehr**

Euro-Überweisungen und den Euro-Lastschriftverkehr zu definieren. Im August 2005 wurden die Kriterien für die EU-weit einheitliche Abwicklung von Kartenzahlungen veröffentlicht, im September 2005 folgte jenes für Überweisungen und Lastschriften. In diesen Rahmenwerken werden jeweils die allgemeinen Anforderungen und erforderlichen Abläufe in Bezug auf die einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsabwicklung dargestellt. Generell dienen diese als Basis für die entsprechende Umsetzung auf nationaler Ebene. Das heißt, die heute in Österreich im Einsatz befindlichen Zahlungsverkehrssysteme müssen an die neuen Verfahren angepasst werden, denn langfristig sollen ausschließlich SEPA-konforme Systeme betrieben werden. Nationale Zentralbanken – und somit auch die OeNB – haben die Aufgabe, die Banken bei diesem Umstellungsprozess zu unterstützen. Da nur eine koordinierte Herangehensweise unter Einbindung aller Marktteilnehmer zum gemeinsamen Ziel, den österreichischen Finanzplatz in den künftigen einheitlichen Zahlungsverkehrsraum zu integrieren, führen kann, hat die OeNB die Gründung des Austrian Payments Council (APC) in der Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH Anfang 2005 initiiert. Das APC erfüllt die Aufgaben einer zentralen Koordinierungsstelle zur nationalen Umsetzung der SEPA-Kriterien und hat dafür eine Arbeitsgruppenstruktur analog zu der des EPC geschaffen.

Die Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums verfolgen letztlich das Ziel, dass alle im Euroraum getätigten Zahlungen zu Binnenmarktzahlungen werden und ein Sicherheits- und Effizienzniveau erreichen, das

mindestens ebenso hoch ist, wie es bereits heute bei den leistungsfähigsten nationalen Zahlungssystemen der Fall ist.

**Standardisierung der
Zahlungsverkehrssysteme soll
Abwicklung beschleunigen**

Die Bereitstellung eines offenen und neutralen Zugangs zur europaweiten Massenzahlungsplattform STEP2 durch die OeNB wurde vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) durch die am 4. August 2005 publizierte Grundsatzklärung zur „Bereitstellung von Dienstleistungen für Kreditinstitute im Euro-Massenzahlungsverkehr durch die Zentralbanken“ inhaltlich bestätigt. So betonte das ESZB den gesetzlichen Auftrag der nationalen Zentralbanken, das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs zu fördern, und unterstrich die Bedeutung der Bereitstellung von Abwicklungseinrichtungen im Euro-Massenzahlungsverkehr durch die nationalen Zentralbanken.

Dank erfolgreicher Kooperationen der OeNB mit in- und ausländischen Banken steigen die über die OeNB an STEP2 weitergeleiteten Transaktionszahlen. Die Nachfrage des heimischen Finanzplatzes nach einer allen Marktteilnehmern gleichermaßen offen stehenden STEP2-Anbindung hat sich im Jahr 2005 durch den Anstieg der von der OeNB täglich abgewickelten europaweiten Standardüberweisungen um 6,97% im Vergleich zum Vorjahr bestätigt. Damit leisten die OeNB und ihre Teilnehmer mit rund 7% des gesamteuropäischen STEP2-Volumens im Jahresdurchschnitt 2005 einen überdurchschnittlichen Beitrag zur weiteren Marktdurchdringung standardisierter und somit kosteneffizienter Abwicklungssysteme im europäischen

Massenzahlungsverkehr, wovon nicht nur der Finanzsektor, sondern alle Marktteilnehmer – Banken ebenso wie Unternehmen und Endkunden – profitieren. Neben Kreditinstituten aus Österreich nutzen Banken aus Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei (hier u. a. auch die slowakische Notenbank *Národná banka Slovenska*), Ungarn und Malta den STEP2-Zugang der OeNB. Innerhalb kurzer Zeit wurde die OeNB somit zu einem der größten STEP2-Teilnehmer. 157 Banken, d. h. mehr als 10 % aller indirekten Teilnehmer in ganz Europa, sind als Teilnehmer über die OeNB angemeldet.

Der Erfolg des STEP2-Zugangs der OeNB hat gezeigt, dass der Interbankenzahlungsverkehr durch eine Bündelung der Kräfte und eine gemeinsame Abwicklung besser gemeistert werden kann. Dieses Erfolgsrezept wird die OeNB nunmehr auch auf den innerösterreichischen Zahlungsverkehr anwenden. Daher entschied sich die OeNB im Jahr 2005, ihr Zahlungsverkehrsangebot um eine Drehscheibe für den Inlandszahlungsverkehr zu erweitern. Von diesem neutralen Service sollen heimische Banken – egal welcher Größe – profitieren. Die OeNB verschreibt sich dabei auch dem Kostendeckungsprinzip und wird ab Mitte 2007 ein für alle Banken offenes, neutrales Service anbieten. Österreich schließt damit zu den 23 EU-Mitgliedstaaten auf, die ein Clearingsystem anbieten. Bei der Errichtung von Clearinghäusern waren bzw. sind nationale Zentralbanken aktiv eingebunden.

Die OeNB erweitert bis Mitte 2007 ihren eigenen Zugang zur euro-

paweiten automatisierten Clearingstelle STEP2 um die Verarbeitung von Interbankentransaktionen österreichischer Banken. Dieses STEP.AT genannte Service ist der logisch nächste Schritt zu gesteigerter Effizienz und Sicherheit im österreichischen Zahlungsverkehr. Dadurch reduziert sich der (Umstellungs-)Aufwand erheblich, der auf die Banken in den nächsten Jahren zukommt.

Durch die Erweiterung des STEP2-Zugangs der OeNB können künftig Parallelstrukturen vermieden und die Standardisierung im Zahlungsverkehr erhöht werden. Bei zukünftig notwendigen Investitionen in die Zahlungsverkehrsinfrastruktur können dadurch Einsparungen erzielt werden.

Im Gegensatz zum derzeit verwendeten Korrespondenzbanksystem, das auf bilateralen Beziehungen zwischen den Banken basiert, verringert ein einheitliches Clearingservice für nationale Interbankenmassenzahlungen den Aufwand im täglichen Betrieb. STEP.AT ist ein wichtiger Schritt, um Österreich „SEPA-fit“ zu machen. Das System wird zum ehest möglichen Zeitpunkt mit der Verarbeitung der europaweit einheitlichen SEPA-Formate für Lastschriften und Überweisungen beginnen.

Die OeNB betreibt eines von 16 Euro-RTGS-Systemen¹ in der EU, die gemeinsam mit dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB die Großbetragszahlungsverkehrsplattform TARGET² bilden. Als eines der größten Zahlungsverkehrssysteme weltweit verarbeitete TARGET im Jahr 2005 täglich durchschnittlich 296.306 nationale und grenzüberschreitende Trans-

STEP.AT – OeNB schafft Drehscheibe für den österreichischen Interbankenzahlungsverkehr

OeNB sichert erfolgreichen Betrieb von ARTIS/TARGET

¹ RTGS: Real Time Gross Settlement.

² TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer.

**TARGET2 – Einheitliche
europäische Standards
im Großbetragszahlungs-
verkehr ab 2007**

aktionen mit einem Gesamtwert von 1.900 Mrd EUR pro Tag. Da die Buchungen in TARGET in Echtzeit, brutto und mit unmittelbarer Finalität erfolgen, trägt TARGET wesentlich zur Reduzierung des Systemrisikos bei. Das österreichische RTGS-System, ARTIS³, verzeichnete im Jahr 2005 anzahlmäßig sowohl bei den nationalen (2.387.806) als auch bei grenzüberschreitenden (543.615) RTGS-Zahlungsaufträgen eine Steigerung im Ausmaß von 12,7% bzw. 4,4% im Vergleich zum Vorjahr.

Im November 2007 soll die Gemeinschaftsplattform (Single Shared Platform – SSP) für TARGET2 in Betrieb gehen, die das bestehende TARGET-System ablösen wird. Neben einem erweiterten und für ganz Europa einheitlichen Funktionsumfang wird TARGET2 auch eine einheitliche Preisstruktur für alle Teilnehmer anbieten.

Da sich das ESZB darauf verständigt hat, zukünftig statt den heute bestehenden 16 RTGS-Systemen nur die SSP für die Abwicklung von TARGET-Transaktionen zu verwenden, wird eine technische Migration aller an TARGET2 teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten notwendig. Die EU-weite Migration auf die SSP soll in vier Schritten (Migrationsfenstern) erfolgen, wobei das letzte Fenster ausschließlich außerplanmäßigen Anbindungen an die SSP vorbehalten ist. Insgesamt soll die Migration auf die SSP innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen sein. Für die OeNB und die österreichischen Banken ist die technische Migration auf die SSP im ersten Migrationsfenster vorgesehen.

Das geplante Preisschema für TARGET2 sieht eine Wahlmöglich-

keit zwischen einer niedrigeren monatlichen Grundgebühr zuzüglich einer fixen Transaktionsgebühr oder einer höheren monatlichen Grundgebühr zuzüglich einer nach Transaktionen gestaffelten Transaktionsgebühr vor. Nach der Evaluation der Marktkon-sultation Anfang 2006 wird der EZB-Rat ein Preisschema für TARGET2 beschließen. Dieses soll ab Mai 2008 die heute gültigen TARGET-Preise ablösen.

Die OeNB hat bereits alle notwendigen Schritte für die Anbindung an die SSP eingeleitet. Im Rahmen des nationalen Migrationsteams, in technischen Workshops und in Veranstaltungen der STUZZA werden die Banken kontinuierlich von der OeNB über die neuesten Entwicklungen zu TARGET2 informiert.

**Neue strategische
Ausrichtung der OeNB-
Tochtergesellschaften im
unbaren Zahlungsverkehr**

Die Positionierung der OeNB im unbaren Zahlungsverkehr war im Jahr 2005 durch einen strategischen Veränderungsprozess geprägt. Die OeNB hat ihren Anteil von 38% an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH verkauft sowie Vorbereitungen getroffen, ihren Anteil von 9,1% an der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH im Jahr 2006 zu verkaufen. Beide für den österreichischen Zahlungsverkehr bedeutende Infrastrukturen werden dem Finanzmarkt aber weiterhin mit gewohnter Servicequalität zur Verfügung stehen. AUSTRIA CARD Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H., eine 100-prozentige

³ ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement.

Grafik 20



Tochtergesellschaft der OeNB, hat für den österreichischen und internationalen Markt auch im Jahr 2005 hochwertige Chipkarten produziert. Die Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH, an der die OeNB zu 25 % beteiligt ist, hat im Jahr 2005 mit dem APC eine neue und wichtige Funktion bekommen.

Die APSS ist seit 25 Jahren als Dienstleistungsunternehmen im bargeldlosen Zahlungsverkehr tätig. Bislang zur Gänze im Eigentum der österreichischen Banken (62 %) und der OeNB (38 %), positionierte sich die APSS als unabhängiger Anbieter von Zahlungslösungen für (Kredit-)Kartenorganisationen und Banken. Die OeNB war seit dem Jahr 1995 Gesellschafter und hat sich mit dem Ziel beteiligt, die Sicherheit im österreichischen Kartenzahlungsverkehr zu erhöhen. Neben der Abwicklung von rund 393 Millionen Transaktionen pro Jahr betreibt die APSS das Bankomat- und POS-Netzwerk⁴ in Österreich und ist ein hoch spezialisierter Softwareentwickler im Umfeld des kartenbasierten Zahlungsverkehrs. Die APSS stand stets für ein

Höchstmaß an Qualität und Sicherheit.

Die Eigentümer der APSS haben alle Maßnahmen zur Sicherstellung dieser Qualität immer aktiv unterstützt. Um eine Expansion in neue Märkte und Geschäftsfelder zu ermöglichen, sind in Zukunft neue Strategien gefordert. Aus diesem Grund wurde der Entschluss gefasst, die APSS an einen strategischen Partner zu verkaufen. Nach intensiven Verhandlungen mit einigen global tätigen Unternehmen wurde mit einem Verkauf an First Data International (FDI) die für die APSS beste Entscheidung getroffen.

Für eine Expansion auf die Zukunftsmärkte in Ost- und Südosteuropa hat die APSS mit FDI einen strategisch bedeutenden Mitbewerber auf dem Markt als Eigentümer erhalten. Für das Kerngeschäft der FDI ist der Erwerb der gut positionierten APSS die optimale strategische Ergänzung: FDI gehört zu den weltweit führenden Anbietern von Zahlungslösungen und baut mit dem Erwerb der APSS seine Präsenz in Zentral- und Osteuropa weiter aus.

**APSS mit neuem
Eigentümer First Data
International**

⁴ POS: Point of Sale.

Die APSS, die nun unter dem neuen Namen First Data Austria agieren wird, behält für mindestens fünf Jahre alle wesentlichen Aufgaben in Österreich und wird darüber hinaus als Kompetenzzentrum im Rahmen des FDI-Konzerns eine strategisch wichtige Position bei der Weiterentwicklung von SEPA-konformen Kartenzahlungssystemen einnehmen.

Die OeNB ist gemäß Nationalbankgesetz 1984 (NBG) und ESZB-Statut zur Förderung sicherer und effizienter Zahlungsverkehrssysteme verpflichtet. Durch die im NBG vorgesehene Aufsichtsfunktion der OeNB sind die Rahmenbedingungen für einen sicheren Kartenzahlungsverkehr in Österreich auch weiterhin gewährleistet. Daher gibt es für den Konsumenten durch den Eigentümerwechsel beim wichtigsten österreichischen Infrastrukturbetreiber für den Kartenzahlungsverkehr keine Änderung: Bankomat- und POS-Kassen stehen nach wie vor rund um die Uhr für die Nutzung von rund sieben Millionen Bankomat- und Kreditkarten zur Verfügung.

Die digitale Signatur stellt ein Werkzeug zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich der elektronischen Kommunikation dar. Dies gilt insbesondere für die Kommunikation über das Internet. Aus diesem Grund ist die digitale Signatur zur Abdeckung der Sicherheitsanforderungen für den elektronischen Zahlungsverkehr (z. B. eBanking), für das eBusiness insgesamt und für den eGovernment Bereich gut nutzbar.

Die Sicherheit im elektronischen Zahlungsverkehr zu erhöhen, ist ein besonderes Anliegen der OeNB.

Die *A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH* wurde Anfang des Jahres 2000 mit dem Ziel gegründet, den

sich entwickelnden Markt für die sichere elektronische Signatur von Beginn an zu unterstützen und für den Finanzplatz Österreich eine dem Signaturgesetz entsprechende sichere Infrastruktur aufzubauen. Aus diesem Grund hat sich die OeNB an der Gründung der A-Trust beteiligt.

Die gesetzeskonforme Infrastruktur steht nun in einem hoch entwickelten Maß zur Verfügung.

Nach fünfjähriger strategischer Aufbauarbeit hat sich die OeNB per Februar 2006 von ihren Anteilen am Unternehmen getrennt. Sie wird die Weiterentwicklung und Verwendung der digitalen Signatur im nationalen und internationalen Zahlungsverkehr im Interesse des Finanzmarktes Österreich weiterhin vorantreiben. Im Sicherheitskonzept der OeNB bleiben die Produkte der A-Trust weiterhin ein wesentlicher Bestandteil.

Die *STUZZA* wurde im Herbst 1991 als gemeinsames Unternehmen von heimischen Banken und der OeNB gegründet. Nach zahlreichen Projekten zur Steigerung des Automationsgrads im Zahlungsverkehr fungierte die *STUZZA* im Rahmen der Euro-Umstellung als unerlässliche Kommunikationsdrehscheibe. Nach der erfolgreichen Bargeldeinführung gilt es nun auch im unbaren Bereich, den Zahlungsverkehr in Europa zu konsolidieren und bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums bis zum Jahr 2010 aktiv mitzuwirken. Dafür wurden Anfang 2005 in der *STUZZA* entsprechende Arbeitsgruppen gegründet.

Die STUZZA – Eine erfolgreiche Plattform zur Erarbeitung von Methoden und Normen im Zahlungsverkehr

OeNB gibt A-Trust-Anteile nach fünfjähriger erfolgreicher strategischer Aufbauarbeit für die Bereitstellung eines sicheren digitalen Signaturverfahrens ab

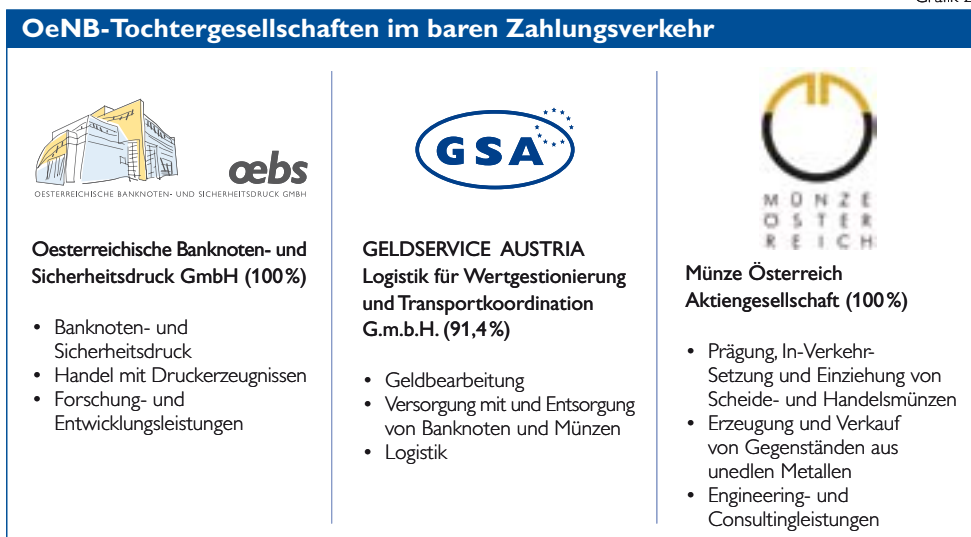
OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

Der Unternehmensgegenstand der *Münze Österreich Aktiengesellschaft* umfasst Prägung, In-Verkehr-Setzung und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen sowie Erzeugung und Verkauf von Produkten aus edlen und unedlen Metallen. Die Erzeugnisse dieser Beteiligungsgesellschaft verdanken ihren nationalen und internationalen Erfolg v. a. der Prägequalität und den ansprechenden Motiven. Der international geschätzte Qualitätsstandard ist auch wesentlich auf die hochwertigen Zwischenprodukte zurückzuführen – die Münze Österreich Aktiengesellschaft kann ihr Know-how weltweit z. B. als Lieferant von Edelmetallronden von höchster Qualität einbringen. Das gesamte kundenorientierte Produktangebot der Münze Österreich (z. B. Sammler- und Gedenkmünzen, die Bullionmünze „Wiener Philharmoniker“) trägt wesentlich dazu bei, dass die grundlegende Aufgabe der OeNB – die Produktion von Bargeld – kosten- und qualitätsoptimiert durchgeführt werden kann.

Die Aufgaben der *Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* (OeBS), die neben dem Banknoten- und Sicherheitsdruck auch den Handel mit Druckerzeugnissen sowie Forschungs- und Entwicklungsleistungen umfassen, werden unter Beachtung höchster Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe wahrgenommen. Zur Sicherung einer optimalen Ressourcennutzung und zum Vorteil der Kunden, zu denen neben der OeNB die EZB und andere nationale Zentralbanken des Eurosystems zählen, wird auf konsequentes Qualitätsmanagement gesetzt. Forschung und Entwicklung sowie die Geschäftstätigkeit sind darauf ausgerichtet, hinsichtlich der Sicherheitsstandards wie bisher führend tätig zu sein und damit eine hervorragende Positionierung vor allem im Hinblick auf die nächste Euro-Banknotenserie zu erreichen.

Die *GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.* (GSA) ist Österreichs führendes Unternehmen bei der Bargeldabwicklung und führt die Geldbearbeitung, die Ver- und Entsorgung von Banknoten und Mün-

Grafik 21



**Bargeldumlauf im
Euroraum und
in Österreich**

zen, den Valutenhandel sowie Wertetransporte durch. Die Gesellschaft verfügt über ein bestens eingeführtes Cash-Management-System, wobei die Aufgaben unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards durchgeführt werden. Angestrebt wird eine Optimierung der Wirtschaftlichkeit der Bargeldbearbeitung und -logistik, wobei auf höchste Qualität und kurze Bearbeitungszeiten Wert gelegt wird. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der GSA liegt in ihrer Funktion als Serviceeinrichtung für den Zahlungsverkehr. Neben dem Bestreben, die Kosten der Bargeldlogistik gering zu halten, wird auch zur technischen Weiterentwicklung der Bargeldbearbeitung beigetragen.

Im strategischen Bereich werden durch die bestmögliche Kombination von zuvor getrennten Geschäftsfeldern und die Bündelung von Aufgabenbereichen Synergiepotenziale realisiert. Insbesondere konnten durch Zusammenlegung von Funktionen und die Koordination von Aktivitäten im Vertriebsbereich der Bargeld produzierenden Beteiligungsunternehmen Münze Österreich Aktiengesellschaft und OeBS beachtliche Erfolge erreicht werden. Durch die verknüpfte Nutzung von Ressourcen sowohl

beim Humankapital als auch bei den Sachmitteln können laufend Kostenoptimierungen erzielt werden.

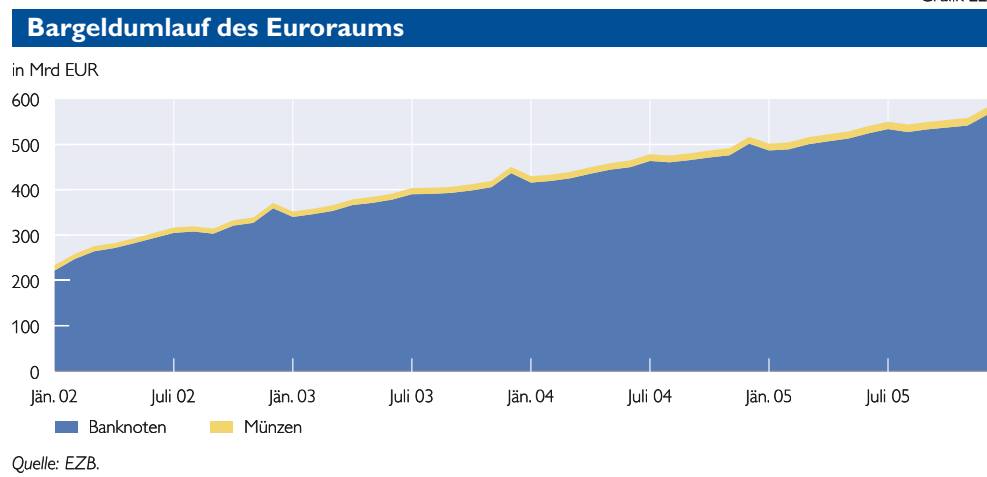
Die OeNB kann durch die Beteiligungen Sicherheitsüberlegungen und vertrauensbildende Maßnahmen im Bargeldbereich operativ einbringen. Durch positive Effekte für die Volkswirtschaft und den Finanzplatz Österreich unterstützen die Beteiligungsgesellschaften die OeNB in ihrer Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems.

**Nachfrage nach Bargeld
weiter ungebrochen hoch**

Der Bargeldumlauf im gesamten Euroraum belief sich Ende 2005 auf 10,4 Milliarden Banknoten im Wert von 565,2 Mrd EUR und 63 Milliarden Münzen im Wert von 16,6 Mrd EUR. Das bedeutet für das Jahr 2005 eine wertmäßige Steigerung des Banknotenumlaufs um 13% und des Münzumlaufs um 8%.

Die Euro-Umlaufentwicklung in Österreich verlief im Jahr 2005 analog zu den Vorjahren. Aufgrund des freien Flusses des Euro über die Grenzen und des verstärkten Rückflusses von Euro-Banknoten kam es zu einer stetigen Verringerung des logistischen Banknotenumlaufs (Volumen

Grafik 22



der von der OeNB ausgegebenen abzüglich der rückgelieferten Banknoten bzw. Münzen) in Österreich. Per Ende 2005 blieb der österreichische logistische Banknotenumlauf mit –174 Millionen Stück negativ, während der logistische Münzumlauf auf 2,6 Milliarden Stück gestiegen ist. Die OeNB schätzt den tatsächlichen österreichischen Banknotenumlauf aufgrund der Transaktionszahlen auf 330 bis 350 Millionen Stück. Bei den Münzen decken sich der logistische und der tatsächliche Umlauf weitgehend.

Dass die Nachfrage nach Euro-Bargeld weiterhin ungebrochen hoch ist, liegt einerseits am hohen Anteil von Bargeld bei Zahlungen in den Ländern des Euroraums und andererseits an der zunehmenden Akzeptanz von Euro-Zahlungen in Drittstaaten, insbesondere den neuen EU-Mitgliedstaaten und den Beitritts- bzw. Kandidatenländern der EU.

Insgesamt wurden im Jahr 2005 in Österreich 7.127 gefälschte Banknoten aus dem Umlauf sichergestellt; dies bedeutet einen Rückgang um 46,8%. Und das, obwohl 2005 in Österreich 950 Millionen Euro-Banknoten (+18,7% im Vergleich zum Vorjahr) von der OeNB ausgegeben wurden. Auch europaweit gab es einen leichten Rückgang der Fälschungen auf 579.000 Stück.

Im Jahr 2005 waren mehr als die Hälfte der Fälschungen 50 Euro-Banknoten. Damit ging der Trend weg von den höheren hin zu den niedrigeren Denominationen. Diese Tendenz spiegelt sich auch beim Schaden wider, der im Jahr 2005 durch Fälschungen entstanden ist. Dieser verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 853.735 EUR (–57%). Der Schwerpunkt des Falschgeldaufkommens liegt unverändert in und um

Wien. So traten im Jahr 2005 53% aller Fälschungen in der Bundeshauptstadt und in Niederösterreich auf.

Um die Bevölkerung möglichst vor Fälschungen zu schützen, ist es notwendig, dass alle Beteiligten des Sicherheitsnetzwerks – OeNB, Banken, Exekutive und Handel – effizient zusammenarbeiten. Der Hauptfokus der OeNB liegt dabei in der Produktion von hochwertigen Zahlungsmitteln, der ständigen Kontrolle derselben sowie der Information der Bevölkerung.

Bei der Produktion der Euro-Banknoten wurde sehr viel Wert auf jene Sicherheitsmerkmale gelegt, die von der Öffentlichkeit ohne technische Hilfsmittel überprüft werden können. Diese Strategie hat sich bewährt und so können nach wie vor alle bis jetzt aufgetretenen Fälschungen mittels der Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN (Kasten 11) erkannt werden.

Die Einführung der neuen Serie von Euro-Banknoten stellt nach der Euro-Einführung das nächste Großprojekt im Bargeldbereich dar. Da es sich bei Banknoten um hochtechnologische Produkte handelt, die in sehr großen Mengen erzeugt werden, wurde mit der Vorbereitung der Nachfolgeserie bereits im Jahr 2004 begonnen. Die OeNB verfolgt im Rahmen der Weiterentwicklung der Euro-Banknoten folgende Ziele:

- Die Sicherheitsmerkmale sollen noch besser in das Design der Banknote eingebunden werden.
- Der leicht verständliche und eingängige Slogan FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN soll auch künftig beibehalten werden.

Mit der Ausgabe der zweiten Banknotenserie wird gegen Ende dieses Jahrzehnts begonnen, wobei die verschiedenen Denominationen zeitver-

**Sicherheitsnetzwerk
schützt die Bevölkerung**

**Deutlicher Rückgang bei
den Fälschungen**

Sicherheitsmerkmale FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN

Prüfschritte für Euro-Banknoten

FÜHLEN

Fühlen Sie die erhabene Oberfläche auf der Vorderseite der Banknote. Durch den Druck im Tiefdruckverfahren wird ein fühlbares Relief erzeugt. Sie spüren diese erhabene Oberfläche bei der Abkürzung der Europäischen Zentralbank, der Wertzahlen und den Abbildungen der Fenster bzw. Tore.



SEHEN

Sehen Sie sich die Banknote gegen eine gute Lichtquelle an. Im Gegenlicht werden das Wasserzeichen, der Sicherheitsfaden und das Durchsichtregister sichtbar. Alle drei Merkmale sind sowohl auf der Vorder- als auch auf der Rückseite echter Banknoten zu erkennen



KIPPEN

Beim Kippen der 5, 10 und 20 Euro-Banknoten erscheint als Hologramm auf der Vorderseite der Banknoten das Euro-Symbol und die Wertbezeichnung im Folienstreifen. Auf der Rückseite der Banknote erkennt man beim Kippen des aufgebrauchten Iridinstreifens gegen eine Lichtquelle einen glänzenden Streifen, der seine Farbe von hellgelb bis goldgelb verändert.



Beim Kippen der 50, 100, 200 und 500 Euro-Banknoten erscheint als Hologramm auf der Vorderseite der Banknoten das Architekturmotiv und die Wertbezeichnung im Folienelement. Auf der Rückseite der Banknote verändert sich beim Kippen die Farbe der Wertzahl rechts unten von purpurrot zu olivgrün oder braun.

setzt gegen die neuen Banknoten eingetauscht werden. Als erste Kategorie der neuen Serie wird voraussichtlich die 50 Euro-Banknote in Umlauf gebracht werden.

Eine wichtige Voraussetzung zur Überprüfung einer Banknote auf Echtheit ist ihre Qualität. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich die Sicherheitsmerkmale – insbesondere das Papier und der Tiefdruck – überprüfen. Um dies für den österreichischen Umlauf zu gewährleisten, sind im Jahr 2005 über eine Milliarde Banknoten durch die Bearbeitungsmaschinen der OeNB und der GSA gelaufen. Das bedeutet, dass jede Banknote in Österreich im

statistischen Schnitt drei- bis viermal überprüft und bei schlechter Qualität aus dem Verkehr gezogen wird. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Bargeldsicherheit geleistet.

All die Bemühungen um die technische Ausrüstung der Banknoten und deren Umlaufqualität sind jedoch nur dann zielführend, wenn die Nutzer des Bargelds die Sicherheitsmerkmale auch kennen. Aus diesem Grund hat die Information über Banknoten höchste Priorität. In erster Linie sollen hierbei die Bargeldexperten informiert werden. Dabei handelt es sich um Kassiere aus Banken oder dem Handel sowie die Exekutive. Diese Gruppe leistet den wichtigsten Bei-

trag zum Schutz der Bevölkerung vor Fälschungen. Im Jahr 2005 konnten in 132 mehrstündigen Schulungen, im Rahmen der Euro-Tour 2005 sowie bei Messeauftritten oder messeähnlichen Veranstaltungen rund 64.000 Personen mit Mini-Schulungen erreicht werden. Dabei hat sich auch das im Jahr 2004 neu organisierte Regionalbetreuungsnetzwerk der OeNB bestens bewährt.

Die Exekutive konnte im Jahr 2005 ebenfalls beachtliche Erfolge erzielen. Das Bundeskriminalamt setzte bei der Falschgeldbekämpfung verstärkt auf internationale Zusammenarbeit. Durch die Einbindung von Europol und Interpol gelang es, mehrere in Europa operierende Falschgeld-Druckereien auszuheben. Die Fahnder verzeichneten z. B. nach der Schließung einer Produktionsstätte in Litauen einen eklatanten Rückgang von Fälschungen der 100 Euro-Banknote. Ein weiterer Faktor für die positive Bilanz war die Zerschlagung einiger Verteilerringe. So beschlagnahmten österreichische Falschgeldermittler in den letzten Jahren 4.771 Falschgeldnoten im Wert von 1.148.640 EUR, noch ehe sie in den Verkehr gelangten.

Ausgehend von einem Projekt, das die Überprüfung der Einsatzmöglichkeiten von Cash-Recyclinggeräten zum Ziel hatte, erfolgte die Implementierung eines Testzentrums für Banknotenprüfgeräte, Zähl- und Sortiermaschinen, Cash-Recycler und Münzzählgeräte. Im Jahr 2005 wurde die Infrastruktur für Tests geschaffen und in der Folge 60 Geräte durch das OeNB-Testzentrum kostenfrei geprüft. Seit dem Jahr 2005 werden die Testergebnisse über die Website der OeNB publiziert und damit der Öffentlichkeit – vor allem den Unternehmen – zugänglich gemacht. Die

OeNB nimmt in diesem Bereich eine Vorreiterrolle im ESZB ein. Bisher haben 21 Hersteller bzw. Vertriebsgesellschaften ihre Geräte im neuen Testzentrum der OeNB prüfen lassen. Einige dieser Hersteller nutzen dieses Service auch für Dauer- und Belastungstests.

Bereits zum vierten Mal war der Euro-Bus in ganz Österreich unterwegs, um Schilling-Restbestände gratis in Euro zu tauschen und die österreichische Bevölkerung über den Euro und seine Sicherheitsmerkmale zu informieren.

An 89 Stationen in 85 Städten und Gemeinden konnten vom 13. Mai bis 30. August 2005 104.000 Kundenkontakte beim Euro-Bus verzeichnet werden. In Summe wurden 73,4 Mio ATS in Euro getauscht. Beachtlich ist, dass im Durchschnitt pro Station 824.674 ATS in Euro gewechselt wurden, das entspricht einer Steigerung von 36 % gegenüber der bereits sehr erfolgreichen Euro-Tour 2004.

Neben dem kostenlosen Wechselservice für die letzten Schilling-Restbestände ist auch das Informationsbedürfnis über den Euro bei der Bevölkerung sehr hoch. Mit der Euro-Tour konnten wichtige Nationalbank-Dienstleistungen wie z. B. der Euro-Sicherheitscheck und die Information über die Sicherheitsmerkmale des Euro direkt und in ganz Österreich der Bevölkerung vermittelt werden. Der Euro-Bus wird weiterhin unterwegs sein, eine Tour im Jahr 2006 ist bereits geplant.

Am 30. August 2005 endete die Präklusivfrist der 1.000 Schilling-Banknote mit dem Portrait von Bertha von Suttner, die bereits im Jahr 1985 außer Kraft gesetzt wurde. Es war die erste Schilling-Banknote, die seit der Euro-Einführung ihre Gültigkeit verloren hat. Daher war es

**Euro-Bus bringt
OeNB-Dienstleistungen
zum Kunden**

**Testzentrum auf- und
ausgebaut**

**Präklusivtermin
„Bertha von Suttner“**

für die OeNB besonders wichtig, die österreichische Bevölkerung noch rechtzeitig über das Ende der Ein-tauschfrist zu informieren. Viele Kunden nutzten das Umtauschservice der OeNB – sowohl an den Kassen in Wien und in den Zweiganstalten als auch im Euro-Bus. Dennoch wurden insgesamt 457.403 Stück dieser Banknote nicht an die OeNB rückgeliefert. Der Gegenwert der ausständigen Banknoten (33.240.772,37 EUR) wurde am 31. August 2005 dem Bundesministerium für Finanzen durch Überweisung auf das bei der OeNB geführte Girokonto gutgeschrieben.

Auch in den nächsten Jahren werden die Österreicher aufgefordert, jene Banknoten umzutauschen, die zum Zeitpunkt der Euro-Einführung bereits mit einem „Ablaufdatum“ versehen waren. Die Schilling-Münzen und Schilling-Banknoten der letzten Serie können ohne zeitliches Limit gratis bei der OeNB getauscht werden.

Am 28. November 2006 endet als nächstes die Präklusivfrist der 100 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Angelika Kauffmann. Per 31. Dezember 2005 waren noch 2.904.324 Stück mit einem Gegenwert von rund 21.106.546 EUR ausständig.

Kasten 12

Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)



Notenkategorie: **100** (V. Form)
Porträt Vorderseite: **Angelika Kauffmann**
Ausgabedatum: 19. Oktober 1970
Präklusivtermin: **28. November 2006**



Notenkategorie: **500** (II. Form)
Porträt Vorderseite: **Josef Ressel**
Ausgabedatum: 24. Oktober 1966
Präklusivtermin: **31. August 2007**



Notenkategorie: **50** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Ferdinand Raimund**
Ausgabedatum: 15. Februar 1972
Präklusivtermin: **31. August 2008**



Notenkategorie: **20** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Carl Ritter von Ghega**
Ausgabedatum: 4. November 1968
Präklusivtermin: **30. September 2009**



Notenkategorie: **500** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Otto Wagner**
Ausgabedatum: 20. Oktober 1986
Präklusivtermin: **20. April 2018**



Notenkategorie: **1.000** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Erwin Schrödinger**
Ausgabedatum: 14. November 1983
Präklusivtermin: **20. April 2018**

OeNB kommuniziert Stabilität und Sicherheit

„Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“ – Die Informationsarbeit der OeNB im Jahr 2005

Geld ist nicht nur ein volkswirtschaftliches, sondern auch ein emotional besetztes Thema. Aus diesem Grund unternimmt die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) neben ihrer ökonomischen Analyse auch große Anstrengungen zur Information der österreichischen Bevölkerung und leistet damit einen wichtigen Beitrag für das Vertrauen der Menschen in den Euro als eine stabile und sichere Währung.

Im Jahr 2005 setzte die OeNB ihre Informationskampagne mit dem Slogan „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist“ fort. Zusätzlich nutzte die OeNB neben Inseraten in Tages- und Wochenzeitungen auch TV-Spots und Medienkoope-

rationen, um über thematische Schwerpunkte wie *Stabilität des Euro*, *Sicherheit des Euro-Bargelds* und *Funktionen der OeNB im Eurosystem* zu informieren.

Die Kampagne zeigt anhand von Alltagssituationen, wie schwer Geld zu verdienen ist und wie wichtig es deshalb ist, dass der Euro seinen Wert behält und ein sicheres Zahlungsmittel bleibt. Dafür sorgt die OeNB im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik des Eurosystems.

Zusätzlich zu den bestehenden Sujets („Schuhe“, „Zirkus“ und „Fahrschule“) wurden für die Informationskampagne 2005 zwei neue Sujets („Friseur“ und „Stiegenhaus“) sowie ein TV-Spot („Katze“) entwickelt und darin an sich komplexe Themen wie Preisstabilität und Bargeldsicherheit humorvoll und verständlich transportiert. Die Erkenntnis ist immer die gleiche: „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“

Informationskampagne
„Stabilität und
Sicherheit.“





Herbstkampagne 2005

**Service-Hotline
oft kontaktiert**

**Über 160 Presse-
aussendungen und fast
1.500 Medienberichte**

Über ihre Aufgaben für die Wirtschaft und die Bevölkerung in Österreich informierte die OeNB in Themeninseraten, die im Rahmen von Medienkooperationen in den auflagen- und reichweitenstärksten Medien des Landes publiziert wurden. Die Inhalte gliederten sich in die vier großen Aufgabenbereiche *Geldpolitik – Analyse/Daten/Dialog – Sicheres Geld – Finanzmarktstabilität/Bankenaufsicht*. Ergänzend dazu wurden so genannte Teaser-Inserate geschaltet, in denen Begriffe und Einzelthemen (z. B. „Was heißt eigentlich Kaufkraft?“ oder „Wer kontrolliert die Banken?“) erläutert wurden.

Parallel dazu intensivierte die OeNB u. a. durch Kooperationen mit zielgruppenadäquaten Medien ihre Informationsarbeit zur Neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) und veranstaltete gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) Roadshows für Klein- und Mittelbetriebe.

Die in den Inseraten kommunizierte Service-Hotline der OeNB (01/404 20-6666) erfreute sich auch im Jahr 2005 reger Nachfrage. Die Gesamtzahl der Anfragen blieb mit etwas über 31.000 gegenüber dem Vorjahr konstant, die Zusammensetzung hat sich aber deutlich verändert. Während sich der Anteil der E-Mail-Anfragen von 22 % (2004) auf knapp 31 % im Jahr 2005 erhöhte, ging jener der Telefonanfragen von 78 % auf nunmehr 69 % zurück.

Im Jahr 2005 stand die Pressearbeit ganz im Zeichen der Vertiefung von Journalistenkontakten. Dazu wurden nicht nur die Journalisten-seminare in Modulbauweise fortgesetzt, sondern auch speziell für Jungjournalisten bis zum Alter von 35 Jahren erweitert. Die Seminarreihe erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit und wird von den Journalisten als sehr förderlich beurteilt.

Insgesamt veröffentlichte die OeNB im Jahr 2005 162 Presseaussendungen,

die in Kombination mit journalistischen Anfragen und Kontakten zu rund 1.500 Berichten in Printmedien führten.

Neue Unterrichtsmaterialien der EZB und der OeNB

Im Zuge der akkordierten Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit des Eurosystems wurde nach dreijähriger Arbeit das von der Europäischen Zentralbank (EZB) initiierte und in Kooperation mit den nationalen Zentralbanken erstellte Schulpaket für die Altersgruppe der 14- bis 16-Jährigen mit dem Titel „Preisstabilität: Warum ist sie für dich wichtig?“ finalisiert, medial präsentiert und verteilt. Dieses dreiteilige Paket¹ besteht aus einem umfangreichen Lehrerheft, einer Schülerbroschüre sowie einem achtminütigen Zeichentrickfilm, der auf spielerische Weise den Begriff Preisstabilität erklärt und den Schülern näher bringt. Für die Auswahl des Designs und der im Film dargestellten Charaktere arbeiteten die EZB und die nationalen Zentralbanken EU-weit mit Partnerschulen zusammen und engagierten renommierte Schauspieler für die Synchronstimmen. In Österreich wurden bereits weit über 1.000 Pakete verteilt.

Bildungsaktivitäten im Schulbereich stellen traditionell einen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Informationsauftrags der OeNB dar: Bereits seit mehreren Jahren steht das Unterrichtspaket zum Thema Geld und Währung im Zentrum der Bemühungen der OeNB, Lehrenden volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln und sie bei der Aufbereitung der Thematik

für den Unterricht zu unterstützen. Die bislang nur in gedruckter Version zur Verfügung stehenden Unterrichtsmaterialien der OeNB wurden der Öffentlichkeit im Dezember 2005 von Gouverneur Klaus Liebscher gemeinsam mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler erstmals auch in elektronischer Fassung auf CD-ROM präsentiert. Diese wurde in der Folge österreichweit an mehr als 4.500 Schulen (Hauptschulen, Allgemeinbildende bzw. Berufsbildende Höhere Schulen) versandt.

Als zusätzlicher Service der OeNB im Bildungsbereich wurde parallel zur Präsentation der neuen Unterrichts-CD-ROM im Dezember 2005 der neu konzipierte und inhaltlich erweiterte Themenbereich „Schule und Jugend“ auf der Website der OeNB (www.oenb.at) eingerichtet. Dort stehen die Broschüren „Das Geld“, „Das österreichische Finanzwesen“ sowie „Die Oesterreichische Nationalbank im Europäischen System der Zentralbanken“ inklusive der Schülerarbeitsblätter und Präsentationsvorlagen für Lehrende zur Verfügung. Die didaktischen Vorschläge zur Aufbereitung der Unterrichtsmaterialien werden den Lehrenden jedoch ausschließlich auf der CD-ROM zur Verfügung gestellt. In Kombination mit weiteren Innovationen im Maßnahmenkatalog wurde im Jahr 2005 auch eine grundlegende Überarbeitung der Bildungsaktivitäten der OeNB eingeleitet. Um den Kundennutzen zu optimieren, ging der Neugestaltung eine systematische Bedarfserhebung voraus.

Eingebettet in diesen neuen Bereich der OeNB-Website stellt das interaktive Wissensquiz „T€MPO“

Schulpaket der EZB

Unterrichtspaket der OeNB

Interaktives Wissensquiz „T€MPO“

¹ Das Schulpaket wird in den 20 Amtssprachen der Europäischen Union angeboten und ist auf der Website der EZB (www.ecb.int) abrufbar.

eine weitere Premiere im Bereich der OeNB-Bildungsaktivitäten dar: Als Ergänzung zu den Unterrichtsmaterialien auf CD-ROM bietet das Online-quiz die Gelegenheit, das im Unterricht Gelernte spielerisch zu überprüfen und zu erweitern. Eine neu geschaffene Comicfigur für den Jugendbereich führt durch das Spiel. Als zusätzlicher Anreiz ist das Quiz mit einem Gewinnspiel für Schüler von der 5. bis zur 13. Schulstufe gekoppelt. Die Verlosung der Sachpreise erfolgte Ende März 2006.

**Besuchsservice
der OeNB**

Auf großes Interesse traf erneut das ganzjährige Besuchsservice der OeNB für Schulen, das einen einstündigen Informationsvortrag und eine Gruppenführung durch das Geldmuseum enthält. Im Jahr 2005 besuchten 111 Schulklassen die Hauptanstalt der OeNB in Wien. Ergänzend wurden in den übrigen Bundesländern im Rahmen einer Wanderausstellung speziell für Schulen (AHS) Vorträge über wirtschaftliche und währungspolitische Zusammenhänge betreut, wodurch rund 7.700 Schüler bzw. deren Lehrer in ganz Österreich erreicht werden konnten.

**Erfolgreiches
Veranstaltungs-
management**

Zusätzlich unterstützte die OeNB nach wie vor Fortbildungsseminare für Lehrer zum Thema Wirtschafts- und Währungspolitik, die von rund 300 Pädagogen besucht wurden.

OeNB baut Funktion als internationale Dialog- drehscheibe weiter aus

Über den ständigen Informations- und Meinungsaustausch mit anderen Notenbanken hinausgehend engagiert sich die OeNB auch in den so genannten Twinning-Projekten. Diese Partnerschaften zwischen den Ländern des Eurosystems und den neuen EU-Mitgliedstaaten gehen auf eine Initiative der Europäischen Kommission

zurück und dienen der Unterstützung der neuen Mitglieder bei der Vorbereitung auf die Euro-Einführung vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Die OeNB ist z. B. Twinning-Partner der ungarischen Notenbank Magyar Nemzeti Bank. Während mehrerer Treffen sowohl in Budapest als auch in Wien wurden die verschiedensten Aspekte der Euro-Einführung diskutiert und dargestellt. Die Themenbereiche umfassten die Koordination nationaler Maßnahmen und Vorgaben, Unterlagen zur Sprache und Terminologie des Eurosystems, genaue Zielgruppen- und Medienanalysen, die Frage nach einem idealen Kommunikationsmix, die Rollen der nationalen Partner und Plattformen sowie die Produktion und Verteilung der Broschüren und Produkte an die Zielgruppen.

In der Rolle als nationaler und internationaler Dialogpartner organisierte die OeNB im Jahr 2005 insgesamt 279 Veranstaltungstage mit 11.600 Teilnehmern. Das Veranstaltungsaufkommen war damit ähnlich hoch wie in den Vorjahren. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB stellt das hauseigene Veranstaltungsmanagement damit ein wesentliches Kommunikationsinstrument dar.

Aus der Vielzahl an Tagungen, Konferenzen und Workshops ragten im Jahr 2005 die 33. Volkswirtschaftliche Tagung im Mai und die in Kooperation mit der EZB und dem Center for Financial Studies (Frankfurt) veranstaltete Conference on European Economic Integration (CEEI) im November heraus. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Volkswirtschaftlichen Tagung (Thema: „Geldpolitik und Finanzmarktstabilität“) widmeten sich in mehreren Tagungsblöcken den Bereichen *Wirtschaftspolitik und*

**OeNB engagiert sich in
EU-Twinning-Projekten**

Finanzmarktstabilität, Institutionelle und aufsichtsrechtliche Fragen sowie Herausforderungen für Finanzinstitute auf der Mikroebene. Die CEEI 2005 rückte das Thema „Finanzmarktintegration“ in den Brennpunkt: Durch die EU-Erweiterung im Mai 2004 und die neue Nachbarschaftspolitik der EU erhielt die Vertiefung der Integration der Finanzmärkte eine breitere geographische sowie inhaltliche Dimension. Die Finanzmarktentwicklung und -integration kann einen wesentlichen Beitrag zum ökonomischen Aufholprozess der zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder leisten. Im Rahmen der Konferenzen diskutierten namhafte wirtschaftspolitische Akteure, Finanzmarkt-Praktiker und Wissenschaftler.

Mit diesen beiden großen internationalen Veranstaltungen betonte die OeNB ihre Funktion als internationale Diskussions- und Dialogdrehscheibe.

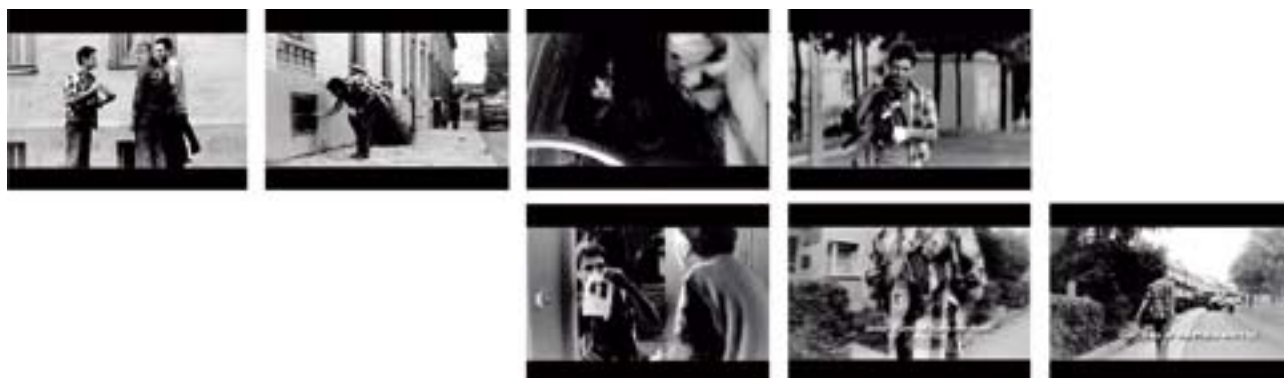
Geldmuseum als Ort der Begegnung

Im Jahr 2005 konnte die Besucherzahl des Geldmuseums um 6% im Vergleich zum Vorjahr auf rund 11.200 Personen gesteigert werden. Die Zahl der Führungen nahm sogar um 25% zu. Das Geldmuseum hatte im Rahmen der „Langen Nacht der Museen“ geöffnet, beteiligte sich am

Ferienspiel der Stadt Wien und nahm erstmals an der Kinderuniversität im Sommer teil.

Das Geldmuseum der OeNB veranstaltete im Jahr 2005 mehrere Sonderausstellungen:

- „Der Euro im Entwurf“: In der ersten Jahreshälfte wurde die erfolgreiche Ausstellung, in der alle Entwürfe für Euro-Banknoten gezeigt wurden, weitergeführt.
- „Kupferstecher der OeNB in den letzten 40 Jahren“: Zu Beginn des Jahres wurde in Kooperation mit der Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) diese Sonderausstellung über drei Kupferstecher der OeNB gezeigt.
- „Der Blick hinter die Fassaden“: Mitte September wurde diese Ausstellung eröffnet, in der die Architektur von Nationalbankgebäuden der 25 Mitgliedstaaten des Europäischen Systems der Zentralbanken im Spannungsfeld der Architekturepochen präsentiert wurde. Die Ausstellung schloss mit der Präsentation des Wettbewerbs für das neue EZB-Gebäude.
- „Geld in Österreich – Von der Antike bis zur Gegenwart“: Diese Ausstellung wurde im Frühjahr 2005 adaptiert und wird auch in Zukunft als Standardführung für Schulklassen gezeigt.



Objekte aus den Sammlungen des Geldmuseums konnten auch im Jahr 2005 wieder in zahlreichen Ausstellungskooperationen gesehen werden. Ausstellungen, bei denen das Geld-

museum als Leihgeber oder Kooperationspartner fungierte, wurden von über 760.000 Besuchern gesehen. Dies stellt einen bedeutenden Faktor für die Außenwirkung der OeNB dar.

**Jeder Euro ist hart verdient.
Darum muss der Wert des Geldes
jederzeit gesichert sein.**

Der Wert unseres Geldes soll stabil sein und bleiben, denn eine stabile Währung stärkt unsere Wirtschaft und kommt jedem Einzelnen zugute. Die Oesterreichische Nationalbank sorgt dafür.

Der Wert des Geldes bildet die Basis für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung. Ist zu viel Geld im Umlauf, steigen die Preise und die Kaufkraft sinkt. Bewegt sich der Preisanstieg mittelfristig unter, aber nahe bei 1% gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), sprechen wir von

Preisstabilität. Diese ist das vorrangige Ziel des Eurosystems.

Die Oesterreichische Nationalbank setzt diese Geldpolitik in Österreich um. Sie versorgt die österreichischen Banken - und damit Bevölkerung und Wirtschaft - mit genügend Geld und steuert die Geldversorgung im Sinne eines stabilen Geldwertes. Mit der verantwortungsvollen Veranlagung der Währungsreserven trägt die Oesterreichische Nationalbank dazu bei, allfällige Währungskrisen und Spekulationen abzuwenden. Gewinne aus der Veranlagung der Reserven

kommen allen Österreicherinnen und Österreichern wieder zugute.

Gut zu wissen:
Das sich die Oesterreichische Nationalbank für einen stabilen Geldwert einsetzt. Aber wissen Sie auch, dass die OeNB darüber hinaus für sichere Bezüge und sicheren Zahlungsverkehr sorgt, zur Stabilität der Finanzmärkte und des Bankwesens beiträgt, analysiert, untersucht und steuert? Mehr dazu finden Sie auf www.oenb.at.





OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
Stabilität und Sicherheit.

Die OeNB – Ein leistungsorientiertes und effizientes Unternehmen

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) als integraler Bestandteil des Eurosystems hat ein heterogenes Aufgabenfeld wahrzunehmen. Ihre Aktivitäten sind geprägt von laufenden Effizienzsteigerungen, hohem Kostenbewusstsein und starker Kundenorientierung. Dazu gehört die ständige Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, die permanente und modernsten Entwicklungen Rechnung tragende Implementierung von Innovationen zur Verbesserung des Leistungsportfolios und die verlässliche Bereitstellung einer gut funktionierenden technischen Infrastruktur. Ergänzt durch ein umfassendes Serviceangebot soll damit ein optimaler Nutzen bei den Kunden der OeNB gestiftet werden.

Einen Überblick über Entwicklungen der innerbetrieblichen Strukturen, der getätigten Innovationen, des Beziehungsnetzwerks sowie des Humankapitals der OeNB gibt die *Wissensbilanz 2005* mit einer Reihe von Kennzahlen, die als Bericht gesondert publiziert wird. Aus diesem Grund sind die nachstehenden Ausführungen zu den innerbetrieblichen Aktivitäten kompakt dargestellt.

Im Jahr 2005 wurden zahlreiche Projekte erfolgreich abgeschlossen. Rund 15,4% der Mitarbeiterkapazitäten waren mit Projektarbeit, d.h. mit der Weiterentwicklung des Leistungsportfolios befasst.

Im Berichtsjahr hat die OeNB ihren Kurs einer modernen, schlanken Zentralbank durch konsequente Organisationsentwicklung weiter fortgeführt. Dieses Ziel wurde insbesondere durch interne Organisations- und Prozessanalysen erreicht, die in folgenden Bereichen durchgeführt wurden.

- Bei der Bargeldversorgung konnten wesentliche Effizienzsteigerungen und Einsparungen durch eine Optimierung der Transport- und Lagerlogistik sowie durch die Standardisierung der Bargeldverpackung vor allem im internationalen Bereich erreicht werden. Die OeNB positioniert sich als „Bank der Bürger“ und hat ihr Kassenservice, z. B. Kassenöffnungszeiten, bedarfsorientiert an die Kundenerfordernisse ausgedehnt.
- In der Öffentlichkeitsarbeit wurden Prozesse und Serviceleistungen neu strukturiert und weiterentwickelt. So wurden z. B. die Öffnungszeiten des Geldmuseums der OeNB an die veränderten Kundenbedürfnisse angepasst.
- Die Aktivitäten der Hauptabteilung Volkswirtschaft wurden in einer Prozessanalyse optimiert.
- Im Bereich Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice wurden durch den verstärkten Einsatz von elektronischen Medien die Postbearbeitung und -verteilung neu organisiert, die damit verbundenen Prozesse gestrafft und der Papierverbrauch der OeNB sowie der damit verbundene Manipulationsaufwand weiter reduziert.
- Beim technischen Service und im Einkaufsmanagement wurde die Aufgabenstruktur den aktuellen Markterfordernissen angepasst. Maßgebliche Einsparungspotenziale ergaben sich auch durch Bündelung des Einkaufs im Konzern.
- Durch eine Sonderaktion im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens mit dem Themenschwerpunkt „Wirtschaftlichkeit

**Zahlreiche
Innovations- und
Veränderungsprojekte**

**Operationales
Risikomanagement in der
OeNB etabliert**

und effiziente Arbeitsorganisation“ wurde das Innovationspotenzial der Mitarbeiter maßgeblich genutzt.

Das *Operationale Risikomanagement in der OeNB* (ORION) ist etabliert und wird durch das laufende Monitoring regelmäßig evaluiert und aktualisiert. Dadurch ist die Reduktion der operationalen Risiken für den laufenden Geschäftsbetrieb und die Krisenrobustheit der OeNB auf hohem Niveau gesichert.

Die Prinzipien des ORION wurden auf den Finanzplatz Österreich ausgeweitet. Es wurde ein Finanzmarktkrisenmanual erstellt, das die organisatorischen Rahmenbedingungen für ein abgestimmtes Vorgehen bei Krisen auf dem Finanzplatz beschreibt. Aus aktuellem Anlass wurde ORION um einen Pandemieplan erweitert, der die OeNB in die Lage versetzt, auf eventuelle Bedrohungen durch Epidemien rasch und effizient reagieren zu können.

**Strukturen gewährleisten
effiziente und kunden-
orientierte
Leistungsbringung**

Im Berichtsjahr wurde die OeNB-interne Unternehmenssteuerung einer Managementsystemanalyse unterzogen. Mit Unterstützung eines externen Beraters wurde die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der in der OeNB eingesetzten betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente analysiert. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die wirkungsvolle und konsistente Umsetzung von strategischen Plänen in konkrete Maßnahmen und operative Aktivitäten gelegt.

**Verbesserte
Sicherheitsstandards in
der IT-Infrastruktur**

Einen wesentlichen Schwerpunkt stellte im Berichtsjahr die Weiterentwicklung der Kostenrechnung dar. Insbesondere wurde der Eurosystemweiten Harmonisierung durch einen Grundsatzbeschluss des EZB-Rats über eine vereinheitlichte Methodik zu Jahresbeginn 2005 zum Durch-

bruch verholfen. Erklärtes Ziel des Eurosystems ist die einheitliche Kalkulation von Produkten und Dienstleistungen zum Zweck der Optimierung und Effizienzsteigerung.

In Ergänzung dazu wurden in der Kostenrechnung auch OeNB-interne Weiterentwicklungen durchgeführt. Diese betrafen vor allem die Verfeinerung der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung. Generell sollen mittels verursachergerechter Kostenzuordnung die Verantwortlichkeiten verdeutlicht und in weiterer Folge ein straffes Kostenmanagement erreicht werden.

Die OeNB unterliegt als öffentlicher Auftraggeber dem Bundesvergabe-gesetz, sodass bei Beschaffungen ab einem bestimmten Auftragsvolumen Ausschreibungen durchzuführen sind. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 25 derartige Ausschreibungen abgewickelt, wobei signifikante Kosteneinsparungen erzielt werden konnten. Daneben gibt es auch noch die bestehende Einkäuferplattform im OeNB-Konzern, wodurch Synergien im Einkauf genützt werden.

Neben den internen Optimierungsmaßnahmen verfolgt die OeNB auch weiterhin den Grundsatz der gezielten Kundenorientierung. Das vor einigen Jahren eingeführte Produktmanagement ist mittlerweile voll etabliert. Die Produktverbesserung und Nutzensteigerung erfolgen in engem Kontakt mit den Kunden. Die Produktmanager sind zunehmend in die strategische und operative Planung einbezogen.

Schwerpunkte waren die Definition und Implementierung verbesserter Sicherheitsstandards für die wichtigsten in der OeNB verwendeten Plattformen. Dazu gehören neue Sicherheitsrichtlinien für Eigen- und Fremdentwicklungen, die Schaffung

einer speziellen Anwendung zur einfacheren Überprüfung der Konsistenz der Berechtigungen in der OeNB und die Umsetzung eines Konzepts zur sicheren Administration von Netzwerkkomponenten.

Im Zuge der geplanten Weiterentwicklung der Informationstechnologie der OeNB wurde im Jahr 2005 die Konsolidierung der Plattformen konsequent weiter verfolgt.

Im Personalentwicklungsbereich wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, Anreize und Möglichkeiten zur Erhöhung der Mitarbeitermobilität zu schaffen. Mit dem Einsatz einer neuen elektronischen Plattform wurde das Informationsangebot über so genannte Jobrotations, die für bestimmte Zeit innerhalb der OeNB, bei der EZB, bei nationalen Zentralbanken oder in anderen Institutionen erfolgen können, weiter ausgebaut. Im Berichtsjahr fanden 63 Jobrotations statt, davon 25 im internationalen Bereich. Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung wird durch Teilzeit, Teleworking und Sabbatical gefördert und verstärkt genutzt.¹

Mobilität und Flexibilität gewinnen auch im internationalen Kontext zunehmend an Bedeutung. Eine einheitliche Grundausbildung für Führungskräfte und neu eintretende Mitarbeiter soll das gemeinsame Verständnis des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB)/Eurosystems fördern und verstärken. Die Zusammenarbeit bei der Konzeption und die Abhaltung von Seminaren zu den verschiedensten Sachgebieten im ESZB/Eurosystem unterstützen das einheitliche Aus- und Weiterbildungsangebot.

Mit dem neuen Programm „Potenzialerkennung und Potenzialförderung“ sollen Mitarbeiter mit hohem Entwicklungspotenzial leichter identifiziert und bestmöglich gefördert werden. Als Basis dafür wurde ein Anforderungsprofil für zukünftige Führungskräfte und Fachexperten entwickelt. Die Umsetzung erfolgte im Jahr 2005 in Form eines sehr erfolgreichen Pilotprojekts.

Die OeNB förderte über ihre Mitwirkung im Rahmen des European Recovery Program (ERP) auch im Jahr 2005 zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe. Mit insgesamt 280 Mio EUR – das waren 54% der gesamten Förderungen des ERP-Fonds für das Jahr 2005 – wurden Internationalisierung, Innovation und Strukturverbesserung gefördert. Einen weiteren aktuellen Schwerpunkt im Jahr 2005 stellte die Förderung von Ersatzinvestitionen nach der sommerlichen Hochwasserkatastrophe in den westlichen Bundesländern Österreichs dar.

Die OeNB ist traditioneller Weise eng in die österreichische Exportförderung und -finanzierung eingebunden. Unter vorrangiger Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation Österreichs und der Abnehmerstaaten der bundesgarantierten Exporte ist die OeNB an einer optimalen Abwicklung dieser Geschäfte beteiligt. Die gemeinsamen Beratungen der OeNB mit den anderen in die Exportförderung eingebundenen Institutionen stellen einen Beitrag zur Unterstützung der österreichischen Exporteure dar.

**OeNB fördert
Flexibilität und Mobilität
der Mitarbeiter**

**Mitarbeit der OeNB
im Bereich der
Wirtschaftsförderung**

¹ Details dazu können in der Wissensbilanz 2005 nachgelesen werden.

**OeNB beweist
Verantwortung für
Forschung, Wissenschaft,
Kultur und Umwelt**

Ein wichtiges Anliegen der OeNB ist es, zur Zukunftssicherung Österreichs beizutragen. Daher unterstützt die OeNB seit fast 40 Jahren die heimische Forschung mit namhaften Mitteln. Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der OeNB im Jahr 1966 wurde der Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gegründet. Seit damals hat der Jubiläumsfonds für fast 8.500 Projekte rund 668 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt und sich damit als wichtiger Eckpfeiler der österreichischen Forschungsförderung etabliert. Deshalb bleibt diese Förderschiene zur Finanzierung einer exzellenten Grundlagenforschung auch nach der Errichtung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) als Direktförderung an österreichische Forscher weiterhin erhalten.

Im Jahr 2005 wurden im Bereich der von der OeNB direkt zu vergebenden Mittel 161 Forschungsprojekte mit rund 9,4 Mio EUR aus den Disziplinen Wirtschaftswissenschaften, Medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie Sozial- und Geisteswissenschaften neu bewilligt, wobei besonderes Schwergewicht auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt wurde.

Im Rahmen des *Forums Jubiläumsfonds* werden laufend interessante Projektergebnisse (aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften und Humanmedizin) einer Fachöffentlichkeit präsentiert.

Die FTE-Nationalstiftung ist Grundlage und Garant für eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung österreichischer Forschungsinitiati-

ven. Besonderer Fokus dieser Bemühungen liegt dabei auf der Unterstützung von langfristig verwertbaren, interdisziplinären Forschungsvorhaben. Die nachhaltige Finanzierung dieser Initiativen trägt zur sichtbaren Positionierung und Internationalisierung österreichischer Forschungsexzellenz bei. Im Berichtsjahr wurden der FTE-Nationalstiftung von der OeNB insgesamt 75 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Es wurden überdies 3,6 Mio EUR für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten, und zwar für das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) zur Verfügung gestellt. Weiters wurde das vierte Forschungsjahr des Instituts für Molekulare Biotechnologie GmbH der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit 1,0 Mio EUR unterstützt.

Besonderes Augenmerk richtet die OeNB auch auf die Kulturförderung. Ihre Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente besteht derzeit aus 34 Instrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen, an österreichische Orchester und an Kammermusikensembles verliehen werden. Sie zählt mittlerweile zu einer der bedeutendsten Sammlungen Europas. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, die Instrumente einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ende 2005 waren 28 dieser Meisterwerke der Geigenbaukunst in einer Sonderausstellung im Kunsthistorischen Museum zu sehen.

Die OeNB hat im Jahr 2005 ein Kunstbuch über ihre Sammlung „Österreichische Malerei der Zwischenkriegszeit“ herausgegeben, in

dem u. a. Werke von Oskar Kokoschka, Albin Egger-Lienz, Max Oppenheimer, Alfons Walde, Wilhelm Thöny, Josef Floch, Carl Moll, Anton Kolig, Greta Freist und Franz Sedlacek vorgestellt werden.

Mit der Einführung des Umweltmanagements nach EMAS-Zertifizierung² hat die OeNB an allen Standorten in Österreich ihr starkes Engagement im Umweltschutz weiter gefestigt. Damit geht sie beim betrieblichen Umweltschutz weit über die rechtlich vorgesehenen Maßnahmen hinaus und nimmt so auch ihre Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen wahr. Dabei sind insbesondere die Optimierungsmaßnah-

men im Energiebereich sowie die beinahe komplette Umstellung auf Recyclingpapier hervorzuheben.

Grundlage für die Messung der Umweltleistung bilden betriebsökologische Kennzahlen auf Basis von Input/Output-Daten. Damit wird regelmäßig die Verbesserung der Umweltleistung bewertet; Vergleiche mit anderen Unternehmen der Branche werden angestellt und somit nachhaltige Verbesserungspotenziale identifiziert. Tabelle 4 zeigt einen kurzen Überblick über betriebsökologische Kennzahlen der OeNB sowie den Vergleich zu anderen Finanzdienstleistungsunternehmen.³

Tabelle 4

Betriebsökologische Kennzahlen der OeNB								Benchmark ²		
Energie	Standort	2005	2004	2003	2002	2001	Einheit ¹	+	~	-
Stromverbrauch	Wien	8,3	8,4	8,4	8,7	9,2	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch	Wien	66	73	80	135	119	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Wasser										
Wasserverbrauch	Wien	114	121	114	128	131	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch										
Papierverbrauch insgesamt	Alle	159	212	186	254	467	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	11.830	12.330	20.958	25.377	27.797	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclingpapieranteil	Alle	90	90	65	34	34	%	> 30	20	< 10
Reinigungsmittelverbrauch	Wien	22	31	105	105	105	g/m ²	keine Angaben		
CO₂-Emissionen (insgesamt)										
CO ₂ -Emissionen ³	Alle	2,9	3,0	4,1	4,3	4,9	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA=Mitarbeiter.

² Quelle: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik.

³ Betrieb und Dienstreisen.

² Die Abkürzung EMAS steht für „eco-management and audit scheme“, was so viel wie Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (Umweltauudit) bedeutet. Das Ziel von EMAS ist die kontinuierliche Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Mithilfe von EMAS können ökologische und ökonomische Schwachstellen beseitigt, Material, Energie und somit Kosten eingespart werden. EMAS ist daher ein effizientes Instrument zur Implementierung eines vorsorgenden Umweltschutzes.

³ Weitere Details können der jährlich publizierten Umwelterklärung der OeNB entnommen werden.



Jahresabschluss 2005
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2005

Aktiva	31. Dezember 2005 in EUR	31. Dezember 2004 in EUR
1 Gold und Goldforderungen	4.229.152.318,69	3.179.012.958,74
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.786.985.589,54	5.589.745.328,36
2.1 Forderungen an den IVWF	512.056.414,91	722.997.433,49
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	5.274.929.174,63	4.866.747.894,87
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.132.332.872,37	746.608.748,13
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	434.254.091,19	617.603.102,40
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	434.254.091,19	617.603.102,40
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	12.511.816.494,00	8.853.559.167,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.307.000.000,00	8.029.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.204.816.494,00	824.559.167,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	104.558,34	136.214,40
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	3.181.050.094,26	3.085.653.396,16
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	419.956.629,70	362.922.577,16
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	9.980.534.553,24	4.148.728.298,24
9.1 Beteiligung an der EZB	116.475.959,82	116.475.959,82
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.157.451.203,42	1.157.451.203,42
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	8.706.607.390,00	2.874.801.135,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	93.593.378,76	90.938.617,90
11 Sonstige Aktiva	8.620.004.487,34	8.908.155.713,87
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	162.808.807,41	210.722.512,58
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	156.223.313,73	163.644.100,60
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.866.730.342,43	7.176.598.738,76
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	7.015.432,92	6.792.217,76
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	385.321.338,14	294.596.508,26
11.6 Sonstiges	1.041.905.252,71	1.055.801.635,91
	46.389.785.067,43	35.583.064.122,36

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2005 in EUR	31. Dezember 2004 in EUR
1 Banknotenumlauf	15.128.006.240,00	13.416.143.605,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4.975.937.306,98	4.000.043.265,50
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.969.837.306,98	3.993.473.265,50
2.2 Einlagefazilität	6.100.000,00	6.570.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	7.785.714,85	7.626.156,01
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	3.878.973,09	6.903.198,34
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	3.906.741,76	722.957,67
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8.133.374,73	6.292.924,74
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	47.603,90	47.360,94
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	501.654,30	156.255,63
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	501.654,30	156.255,63
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IVF zugeteilte Sonderziehungsrechte	216.626.545,50	204.039.682,00
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	15.712.996.024,99	9.000.500.379,24
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	15.712.996.024,99	9.000.500.379,24
11 Schwebende Verrechnungen	–	–
12 Sonstige Passiva	651.428.588,97	597.408.380,49
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	2.831.748,60	907.327,70
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	43.874.231,84	20.271.797,34
12.3 Sonstiges	604.722.608,53	576.229.255,45
13 Rückstellungen	2.227.186.837,52	2.280.637.317,78
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	3.307.525.203,79	1.935.987.262,97
15 Kapital und Rücklagen	4.117.008.962,34	4.104.427.565,58
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.105.008.962,34	4.092.427.565,58
16 Bilanzgewinn	36.601.009,56	29.753.966,48
	46.389.785.067,43	35.583.064.122,36

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2005

	Geschäftsjahr 2005 in EUR	Geschäftsjahr 2004 in EUR
1.1 Zinserträge	908.835.336,59	691.121.580,37
1.2 Zinsaufwendungen	-457.404.954,92	-242.510.370,53
1 Nettozinsergebnis	451.430.381,67	448.611.209,84
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	218.151.499,02	264.521.726,71
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-44.291.261,03	-263.543.394,87
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	8.097.746,79	214.178.897,52
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	181.957.984,78	215.157.229,36
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	3.707.251,01	3.304.450,43
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-2.927.529,40	-2.316.197,10
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	779.721,61	988.253,33
4 Erträge aus Beteiligungen	68.424.721,58	21.096.009,05
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	7.053.357,45	-30.871.847,36
6 Sonstige Erträge	21.157.284,59	7.506.145,76
Nettoerträge insgesamt	730.803.451,68	662.486.999,98
7 Personalaufwendungen	-104.910.021,29	-98.034.796,58
8 Sachaufwendungen	-85.322.038,76	-89.901.715,55
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-15.236.889,89	-16.181.905,35
10 Aufwendungen für Banknoten	-16.184.763,09	-7.157.705,06
11 Sonstige Aufwendungen	-21.136.277,78	-393.203,54
Aufwendungen insgesamt	-242.789.990,81	-211.669.326,08
	488.013.460,87	450.817.673,90
12 Körperschaftsteuer	-122.003.365,22	-153.278.009,13
	366.010.095,65	297.539.664,77
13 Gewinnanteil des Bundes	-329.409.086,09	-267.785.698,29
14 Bilanzgewinn	36.601.009,56	29.753.966,48

Anhang zum Jahresabschluss 2005

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 161/2004 unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 5. Dezember 2002 (EZB/2002/10) beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 und 69 sowie § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz (ReLÄG) 2004 wurde für die OeNB eine Regelung im § 68 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie Abs. 3 Z 2 und 5 HGB im NBG in der Fassung des BGBl. I Nr. 161/2004 geschaffen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. HGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2005 nicht gegeben.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Die EZB und die zwölf nationalen Zentralbanken der Länder des Euro-raums, die zusammen das Eurosystem bilden, geben seit dem 1. Jänner 2002 auf Euro lautende Banknoten aus. Die jeweiligen Anteile am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs werden jeden Monat am letzten Geschäftstag nach dem Banknotenverteilungsschlüssel ermittelt.¹ Vom Gesamtwert der umlaufenden Euro-Banknoten entfallen 8% auf die EZB und die übrigen 92% auf die nationalen Zentralbanken des Eurosystems. Die nationalen Zentralbanken weisen ihren so ermittelten Anteil im Passivposten 1 *Banknotenumlauf* aus.

Die Differenzbeträge zwischen dem Euro-Banknotenwert, der den einzelnen nationalen Zentralbanken aufgrund des Banknotenverteilungsschlüssels zugerechnet wird, und dem Wert der Euro-Banknoten, die sie tatsächlich in Umlauf gebracht haben, stellen Intra-Eurosystem-Forderungen bzw. -Verbindlichkeiten dar. Im Jahresabschluss 2005 der OeNB werden diese gegen die anderen Teilnehmer am ESZB gerichteten Beträge saldiert im Aktivposten 9.4 *Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

¹ Als Banknotenverteilungsschlüssel werden jene Prozentsätze bezeichnet, die sich unter Berücksichtigung des Anteils der EZB an den insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten aus der Anwendung des Kapitalzeichnungsschlüssels für die einzelnen Zentralbanken ergeben.

Von 2002 bis 2007 werden die aus der Verteilung der Euro-Banknoten resultierenden Intra-Eurosystem-Salden angepasst, um beträchtliche Verschiebungen in der Gewinnsituation der nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Vorjahren zu vermeiden. Ausgangspunkt für die Anpassung ist die Differenz zwischen dem durchschnittlichen nationalen Banknotenumlauf im Zeitraum von Juli 1999 bis Juni 2001 und dem durchschnittlichen Anteil am Banknotenumlauf, der in diesem Zeitraum auf die jeweiligen nationalen Zentralbanken nach dem Kapitalzeichnungsschlüssel der EZB entfallen wäre. Diese Differenz wird bis Ende 2007 berücksichtigt, wobei der Grad der Anpassung jedes Jahr verringert wird. Ab 2008 richtet sich die Verteilung der monetären Einkünfte nur noch nach dem voll eingezahlten Anteil einer nationalen Zentralbank am Kapital der EZB. Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats werden die Seigniorage-Einkünfte der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf als Folge der Bildung einer Risikovorsorge in der Bilanz der EZB nicht ausgeschüttet.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Die Erfassung von Transaktionen kann auf Basis der Leitlinie der EZB vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10) am Erfüllungstag (d. h. zum Zeitpunkt der Zahlung) oder bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise am Abschlussstag erfolgen, wobei ab 1. Jänner 2007 ausschließlich die Erfassung am Abschlussstag zu erfolgen hat.

Mit 27. Mai 2005 wurden die Verbuchung von Gold- und Fremdwährungsgeschäften sowie die Rechnungsabgrenzung vom Erfüllungstag auf den Abschlussstag umgestellt. Hinsichtlich der Behandlung von Futures-Kontrakten erfolgte die Umstellung am Ende des ersten Quartals 2005.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte. Die Bewertung von Forward Rate Agreements erfolgt auf Basis der LIBOR-Zinskurve der jeweiligen

Währung. Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden.

Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Die im *Sonstigen Anlagevermögen* ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt.

Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien² der Bank auf Basis der gegebenen Gesetzeslage beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* (Kursdifferenzenreserve) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem festgelegten Gold- und Fremdwährungsbestand und einer fest-

² Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

gelegten Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5 %) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*, der *Ausgleichsposten aus Neubewertung* (unter Berücksichtigung des Netting-Verbots), die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* und die *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken* herangezogen.

Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können aufgrund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapital) jeder Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre
- Gebäude: 25 Jahre

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000,00 EUR festgelegt.

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005

Tabelle 1

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2	Veränderung der buchmäßigen Gewinne
	(Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)			(Verrechnung über Neubewertungskonten)
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold	45.331	–	–	+1.089.743
Fremdwährungen				
Eigenbestand	100.992	7.314	13.109 ¹	+356.040
Eigenmittelveranlagung	22	278	2.989 ¹	–1.836
Wertpapiere				
Eigenbestand	78.197	62.658	19.579	–38.893
Eigenmittelveranlagung	20.133	1.896	8.327	–14.787
Euro-Bestände des IWF	51.894	–	–	–
Beteiligungen				
der Eigenmittelveranlagung	–	–	186	+11.059
Außerbilanzielle Geschäfte				
Eigenbestand	16.875	21.670	101	+223
Eigenmittelveranlagung	1.357	2.834	–	–
Insgesamt	314.801	96.650	44.291	+1.401.549

¹ Durch die gleich hohe Auflösung der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen erfolgsneutral gehalten.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem Rulebook, das vom OeNB-Direktorium beschlossen wurde, festgelegt. Die Veranlagung der Währungsreserven erfolgt im Rahmen eines Benchmarksystems sowie durch Vorgabe von Limiten und Durationen. Weiters werden die Währungsreserven nach unterschiedlichen Veranlagungsportfolios und nach Währungen getrennt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an ein Investmentkomitee und das OeNB-Direktorium. Neue Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Hinsichtlich der Wechselkursänderungen erfolgt die Risikosteuerung über ein duales Benchmarksystem. Eine vom OeNB-Direktorium – in der Regel für ein Jahr – beschlossene strategische Benchmark definiert auch die Risikoobergrenze. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Sitzungen des

Investmentkomitees wird eine taktische Benchmark festgelegt, die unter anderem auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Das Zinsänderungsrisiko wird über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Für die Ermittlung des Wechselkurs- und Zinsänderungsrisikos sowie der übrigen Marktrisiken werden anerkannte VaR-Berechnungsmodelle herangezogen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Geschäftspartnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und daraus entsprechende Expertisen erstellt. Kreditrisikoberichte werden in den Sitzungen des Investmentkomitees und periodisch im Direktorium behandelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Partner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können bzw. die OeNB nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt, um auch ihre Verpflichtungen erfüllen zu können. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern bester Bonität und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei insbesondere auf Sicherheit und Liquidität bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereiht.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das operationale Risiko der OeNB ist im „ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement“ geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

Das finanzielle Risiko und die in diesem Zusammenhang stehenden Vorsorgen zum 31. Dezember 2005 können Tabelle 2 entnommen werden.

Tabelle 2

Risiko	Risikoermittlung		Finanzielle Vorsorgen	
		in Mio EUR	in Mio EUR	
Goldrisiko	VaR	618	618 ¹	Neubewertungskonto
Fremdwährungsrisiko	VaR	1.778	492	Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen
			394	Neubewertungskonten
			844	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			48	Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken
		1.778	1.778	
Zinsänderungs- und anteiliges Eurosystemrisiko	VaR	1.129	1.129	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
Insgesamt		3.525	3.525	

¹ Der Stand des Neubewertungskontos beträgt 1.833 Mio EUR.

Kapitalbewegungen

Tabelle 3

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2005	31. 12. 2004	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2005
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Rücklagen				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
Gewinnlättrungsrücklage	2.226	–	–	2.226
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	585.439	12.581	–	598.020
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	31.500	–	–	31.500
Originärer Jubiläumfonds	1.500.000	–	–	1.500.000
	4.092.428	12.581	–	4.105.009
Bilanzgewinn	29.754	6.847	–	36.601
Insgesamt	4.134.182	19.428	–	4.153.610
Ausgleichsposten aus Neubewertung				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	537.349	–	45.491	491.858
Reserve aus Initial Valuation	281.151	–	874	280.277
Neubewertungskonten	1.117.487	1.476.407	58.504	2.535.390
Insgesamt	1.935.987	1.476.407	104.869	3.307.525

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2005

Tabelle 4

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	4.229.152	3.179.013	+1.050.139	+33,0
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹	7.664.347	7.129.312	+535.035	+7,5
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.132.333	746.609	+385.724	+51,7
Sonstige Aktiva	185.019	22.932	+162.087	+706,8
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	47	47	–	–
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	502	156	+346	+221,8
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	216.627	204.040	+12.587	+6,2
Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	409	712	–303	–42,6
Sonstige Passiva	4.382	–	+4.382	–
Ausgleichsposten aus Neubewertung ²	23.431	59.326	–35.895	–60,5
	12.965.453	10.813.585	+2.151.868	+19,9
<i>abzüglich:</i>				
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	759.223	–	+759.223	
Insgesamt	12.206.230	10.813.585	+1.392.645	+12,9

¹ Ohne den auf Euro lautenden nicht abgerufenen Teil der Quote des IWF.

² Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR
31. 12. 2005	4.229.152
31. 12. 2004	3.179.013
Veränderung	+1.050.139 (+33,0%)

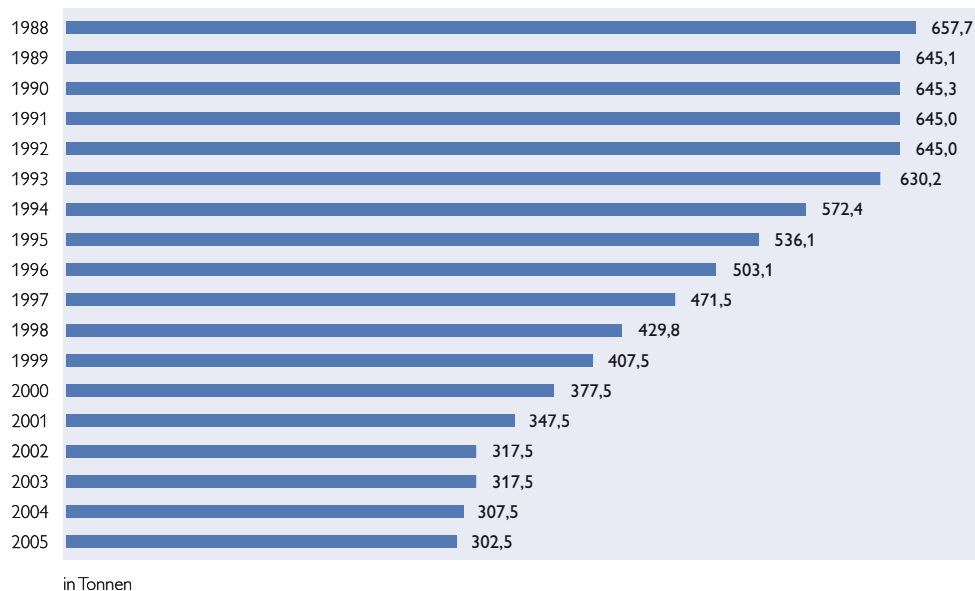
In diesem Posten ist der physische und buchmäßige Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich zum 31. Dezember 2005 auf 302 Tonnen.

Auf Basis des Bewertungspreises von 434,856 EUR/ozf (das sind 13.980,94 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 4.229.152 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2005 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 1.089.743 Tsd EUR.

Während des Jahres 2005 wurden Goldverkäufe über 5 Tonnen im Gegenwert von 56.782 Tsd EUR durchgeführt (2004: 10 Tonnen im Gegenwert von 107.454 Tsd EUR). Die Verkäufe wurden im Rahmen des im März 2004 mit Wirksamkeit ab 27. September 2004 von 14 europäischen Zentralbanken (darunter auch der OeNB) und der EZB abgeschlossenen Joint Statement on Gold getätigt. Die dabei realisierten Kursgewinne über 45.331 Tsd EUR (2004: 84.551 Tsd EUR) wurden im GuV-Posten 2.1 *Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* erfasst.

Goldbestände der OeNB



Quelle: OeNB.

Anmerkung: In den Jahren 1995, 1996 und 1997 sind die im SWAP-Wege in das EWM/die EZB eingebrachten Goldbestände mit 101,3, 89,2 bzw. 71,1 Tonnen inkludiert.

Das Goldabkommen sieht vor, dass die jährlichen Goldverkäufe, die über die nächsten fünf Jahre durchgeführt werden können, 500 Tonnen bzw. dass die Gesamtverkäufe über die Fünf-Jahres-Periode 2.500 Tonnen nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen die Goldleihen bzw. die Verwendung von Goldfutures und -optionen in diesem Zeithorizont nicht ausgeweitet werden.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31. 12. 2005	5.786.985
31. 12. 2004	5.589.745
Veränderung	+197.240 (+3,5%)

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex Internationaler Währungsfonds Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Der Subposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 5 ersichtlich.

Tabelle 5

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.265.296	2.133.673	+131.623	+6,2
abzüglich:				
Nicht abberufener Teil der Quote	1.877.361	1.539.566	+337.795	+21,9
Forderung aus der Beteiligung am IWF	387.935	594.107	-206.172	-34,7
Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF	124.121	117.494	+6.627	+5,6
Sonstige Forderungen gegen den IWF	–	11.396	-11.396	-100,0
Insgesamt	512.056	722.997	-210.941	-29,2

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Euro-Bestände des *Nicht abberufenen Teils der Quote* durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 73.298 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten um 411.093 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote (+130.968 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+655 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 2,22% und 3,03% p.a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*³ stehen zum 31. Dezember 2005 mit einem Gegenwert von 124.121 Tsd EUR, das entspricht 103 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2005 eingetretene Zunahme um per saldo 6.627 Tsd EUR ist durch Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen (+13.034 Tsd EUR), durch SZR-Verkäufe (per saldo –11.406 Tsd EUR) und durch Bewertungsdifferenzen beeinflusst.

Käufe aufgrund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2005 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wurden sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF erfasst, zuletzt im Zusammenhang mit der Beteiligung der Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützte die Ziele des IWF durch Gewährung von sehr günstigen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen. Die letzten Rückzahlungen aus diesem Titel erfolgten planmäßig im August 2005.

Der Subposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Tabelle 6

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.260.593	861.379	+399.214	+46,3
Wertpapiere	4.008.794	4.000.386	+8.408	+0,2
Sonstige Forderungen	5.542	4.983	+559	+11,2
Insgesamt	5.274.929	4.866.748	+408.181	+8,4

³ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiven einzustellen.

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 7 enthalten.

Tabelle 7

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	440.100	286.195	+153.905	+53,8
Wertpapiere	692.233	460.414	+231.819	+50,4
Insgesamt	1.132.333	746.609	+385.724	+51,7

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und Konten bei Geschäftspartnern, die ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2004 und 2005 ist in Tabelle 8 dargestellt.

Tabelle 8

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Veranlagungen in Wertpapieren	426.008	373.613	+52.395	+14,0
Sonstige Veranlagungen	8.246	243.990	-235.744	-96,6
Insgesamt	434.254	617.603	-183.349	-29,7

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten (Tabelle 9) sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Tabelle 9

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.307.000	8.029.000	+1.278.000	+15,9
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.204.816	824.559	+2.380.257	+288,7
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	–	–	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	12.511.816	8.853.559	+3.658.257	+41,3

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie wurden von den nationalen Zentralbanken in wöchentlichem Abstand im Rahmen von Standardtendern (Zinstendern) durchgeführt. Die Laufzeit des Standardtenders beträgt seit dem 8. März 2004 eine Woche. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Diesem Hauptrefinanzierungsinstrument kommt bei der Verfolgung der Ziele der Offenmarktgeschäfte des Eurosystems eine Schlüsselrolle zu. Über die *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* wird dem Finanzsektor der größte Teil des Refinanzierungsvolumens zur Verfügung gestellt.

Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 1. Dezember 2005 wurde der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung vom 6. Dezember 2005 um 0,25 Prozentpunkte auf 2,25 % erhöht.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäften* durchgeführten Tender wurden im Jahr 2005 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2005 wurden zwei derartige Geschäfte mit einem Geschäftspartner mit einem Gesamtvolumen von 890.000 Tsd EUR durchgeführt.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes.

Die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* wurde im Jahr 2005 mehrfach in Anspruch genommen.

Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 1. Dezember 2005 wurde der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität mit Wirkung vom 6. Dezember 2005 um 0,25 Prozentpunkte auf 3,25 % erhöht.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	104	
31. 12. 2004	136	
Veränderung	-32	(-23,2%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	3.181.050	
31. 12. 2004	3.085.653	
Veränderung	+95.397	(+3,1%)

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere, die nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen be-

stimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	419.957	
31. 12. 2004	362.923	
Veränderung	+57.034	(+15,7%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundeschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert

auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen, um von der Münze Österreich Aktiengesellschaft direkt eingezogene Münzen sowie um Tilgungen. Die Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich Aktiengesellschaft bis zum vertraglich festgelegten Überweisungstermin (15. Dezember jeden Jahres) realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2005 beträgt die Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.219.881 Tsd EUR.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 66.753 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss 2004 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 9.719 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2005	9.980.534	
31.12.2004	4.148.728	
Veränderung	+5.831.806	(+140,6%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven

an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen.

Der im Bilanzformat enthaltene Subposten 9.3 *Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen* (Promissory Notes) ist für die OeNB nicht relevant, da er ausschließlich die EZB betrifft.

Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2004 und 2005 kann Tabelle 10 entnommen werden.

Tabelle 10

	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	116.476	116.476	–	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.157.451	1.157.451	–	–
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	8.706.607	2.874.801	+5.831.806	+202,9
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–	–	–
Insgesamt	9.980.534	4.148.728	+5.831.806	+140,6

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Anteile am Kapital der EZB können gemäß Art. 28 der ESZB-Satzung nur die nationalen Zentralbanken zeichnen, wobei der Verteilungsschlüssel auf Gewichtungen beruht, die gemäß Art. 29.3 der ESZB-Satzung alle fünf Jahre anzupassen sind. Die erste derartige Anpassung seit Gründung der EZB wurde am 1. Jänner 2004 wirksam. Eine weitere Anpassung war danach am 1. Mai 2004 im Rahmen des EU-Beitritts der zehn neuen Mitgliedstaaten vorzunehmen. Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB beträgt seit 1. Mai 2004 unverändert 2,0800%, jener am (von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken) voll eingezahlten Kapital beträgt seit 1. Mai 2004 unverändert 2,9095%.

Auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1009/2000 des Rates vom 8. Mai 2000 über Kapitalerhöhungen der Europäischen Zentralbank ist der EZB-Rat ermächtigt, das Kapital der EZB über den im Art. 28.1 der ESZB-Satzung festgelegten Betrag von rund 5,6 Mrd EUR um höchstens weitere 5 Mrd EUR zu erhöhen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

Die Forderung der OeNB aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB ist mit jenem Euro-Gegenwert ausgewiesen, zu dem sie bei der EZB eingebracht wurde. Sie wird mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag für die unverzinsten Goldbestände) verzinst.

Die im Jahresabschluss 2005 ausgewiesene Forderung ist seit 1. Mai 2004 unverändert geblieben.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

Die Verbindlichkeiten aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf und die Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ergeben zusammen die Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Sie stellen in ihrer Gesamtheit zum 31. Dezember 2005 eine Nettoforderung in Höhe von 8.706.607 Tsd EUR dar, die aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs resultiert (siehe den Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen“).

9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)

In diesem Posten sind die TARGET-Salden und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden auszuweisen, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer Gesamtheit als Nettoforderung darstellen. Da zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 aus diesem Titel eine Nettoverbindlichkeit resultiert, ist die Entwicklung im Passivposten 10.4 *Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)* dargestellt.

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2005, die Anfang Jänner 2006 durch Zahlung ausgeglichen wurden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 11 dargestellt.

Tabelle 11

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	162.809	210.723	-47.914	-22,7
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	156.223	163.644	-7.421	-4,5
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.866.730	7.176.599	-309.869	-4,3
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	7.016	6.792	+224	+3,3
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	385.321	294.596	+90.725	+30,8
11.6 Sonstiges	1.041.905	1.055.802	-13.897	-1,3
Insgesamt	8.620.004	8.908.156	-288.152	-3,2

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der Bank an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke* zeigt Tabelle 12.

Tabelle 12	
in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31. 12. 2004 ¹	124.766
Zugänge im Jahr 2005	562
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2005 ²	7.470
Kumulierte Abschreibungen	22.468
Buchwert 31. 12. 2005	95.390
Buchwert 31. 12. 2004	100.700
Abschreibungen des Jahres 2005	4.481

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

² Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 1.391 Tsd EUR

Die Zugänge im Jahr 2005 sind im Wesentlichen auf die Aktivierung von Investitionen zurückzuführen. Die Abgänge (Buchwertabgang: 1.391 Tsd EUR) resultieren aus dem Verkauf von OeNB-Liegenschaften im Jahr 2005, wobei Erträge in Höhe von per saldo 11.921 Tsd EUR lukriert wurden.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 13 dargestellt.

Tabelle 13	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31. 12. 2004	83.636
Zugänge im Jahr 2005	8.692
Abgänge im Jahr 2005 (zu Anschaffungskosten) ¹	6.820
Kumulierte Abschreibungen	61.402
Buchwert 31. 12. 2005	24.106
Buchwert 31. 12. 2004	26.205
Abschreibungen des Jahres 2005	10.741

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 50 Tsd EUR.

Die *Mobilen Sachwerte* in Höhe von 36.100 Tsd EUR umfassen die Sammlung historischer Streichinstrumente (35.615 Tsd EUR) sowie die Münzensammlung, für die seit dem Jahr 2004 485 Tsd EUR aktiviert wurden. Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2005 aus 26 Violinen, 5 Violoncelli und 3 Violen und ist damit gegenüber dem Bilanzstichtag vom Vorjahr unverändert geblieben.

Die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht) zeigt Tabelle 14.

Tabelle 14	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31. 12. 2004	720
Zugänge im Jahr 2005	–
Abgänge im Jahr 2005	–
Kumulierte Abschreibungen	93
Buchwert 31. 12. 2005	627
Buchwert 31. 12. 2004	643
Abschreibungen des Jahres 2005	16

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 15 dargestellt.

Tabelle 15

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	5.739.070	6.020.453	-281.383	-4,7
Beteiligungen	835.091	814.355	+20.736	+2,5
Sonstige Veranlagungen	292.569	341.791	-49.222	-14,4
Insgesamt	6.866.730	7.176.599	-309.869	-4,3

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.657.795 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.549.053 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.516.705 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.532.222 Tsd EUR.⁴ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 84.302 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 8.369 Tsd EUR gegenüberstehen. Aus der Fremdwährungsbewertung stammen buchmäßige Kursverluste über 2.989 Tsd EUR.

Von den *Beteiligungen* sind 523.025 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 312.066 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 16.

Tabelle 16

in Tsd EUR	
Substanzwert zum 31. 12. 2004	814.355
Zugänge im Jahr 2005	8.930
Abgänge im Jahr 2005 (zu Buchwerten)	8.528
Abschreibungen des Jahres 2005	186
Neubewertung im Jahr 2005	20.520
Substanzwert zum 31. 12. 2005	835.091

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 32.933 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 1.617 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 23.408 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 234.611 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

⁴ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutaren Kursdifferenzen sowie die Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung der *Sonstigen Vermögensgegenstände* kann Tabelle 17 entnommen werden.

Tabelle 17

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	828.865	649.991	+178.874	+27,5
Geldmarkt-Veranlagungen für die Vergabe von ERP-Krediten	111.110	277.216	-166.106	-59,9
ERP-Fonds-Nationalbankblock	939.975	927.207	+12.768	+1,4
Schilling-Scheidemünzen	23.064	88.566	-65.502	-74,0
Gesellschafterdarlehen	5.824	6.720	-896	-13,3
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.141	6.734	+407	+6,0
Forderung aus Körperschaftsteuervorauszahlungen 2005	37.406	–	+37.406	x
Forderungen aus Liegenschaftsverkäufen	6.667	–	+6.667	x
Sonstige Forderungen	21.828	26.575	-4.747	-17,9
Insgesamt	1.041.905	1.055.802	-13.897	-1,3

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe angesammelter Zinsenüberschüsse. Zum 31. Dezember 2005 beliefen sich diese auf 598.020 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2005 auf insgesamt 939.975 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 21.828 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	15.128.006	
31. 12. 2004	13.416.143	
Veränderung	+1.711.863	(+12,8%)

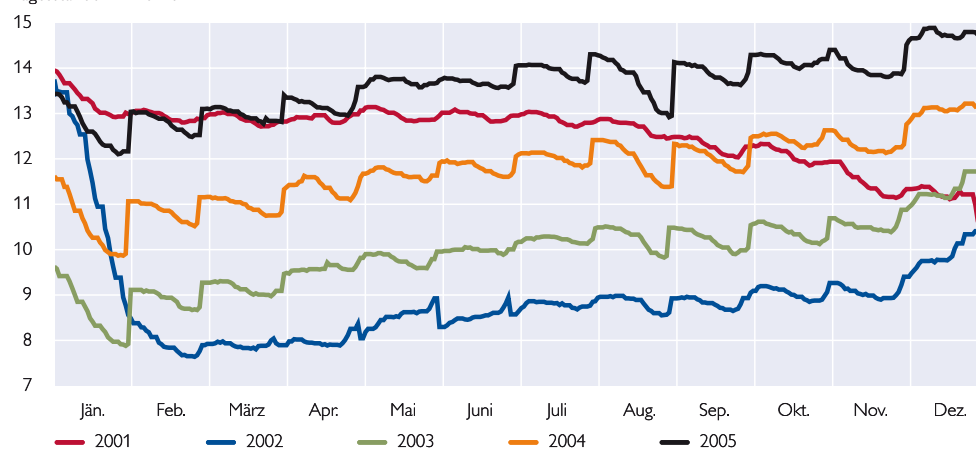
Dieser Bilanzposten beinhaltet den Anteil der OeNB nach dem Banknotenverteilungsschlüssel⁵ an den insgesamt im Eurosystem ausgegebenen Euro-Banknoten (Darstellung siehe Tabelle 18):

Tabelle 18

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	6.421.399	10.541.342	-4.119.943
abzüglich:			
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.315.581	-1.166.712	-148.869
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	+10.022.188	+4.041.513	+5.980.675
Banknotenumlauf	15.128.006	13.416.143	+1.711.863

OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Im Geschäftsjahr 2002 enthielt der OeNB-Banknotenumlauf zwei Komponenten:

1. Euro-Banknotenumlauf-Verbindlichkeit (2,68% OeNB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf des Eurosystems zum Stichtag 1. Jänner 2002 bzw. zu jedem Monatsende zuzüglich kumulierter Transaktionen der OeNB seit diesem Stichtag);
2. Schilling-Banknotenumlauf (Ausweis nur bis 31. Dezember 2002).

⁵ Für die OeNB beträgt dieser Schlüssel seit 1. Mai 2004 2,6765%. Dieser errechnet sich aus dem OeNB-Anteil an 92% der voll eingezahlten Kapitalanteile an der EZB.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 19 entnommen werden.

Tabelle 19

	Veränderung	
	in Mio EUR	in %
2001	12.519	-332
2002	8.887	-3.632
2003	9.913	+1.026
2004	11.751	+1.838
2005	13.618	+1.867

¹ Der Wert für das Jahr 2001 stellt den Schilling-Banknotenumlauf dar. Im Jahr 2002 sind darin sowohl der Euro- wie auch der Schilling-Banknotenumlauf ausgewiesen. Ab dem Jahr 2003 wird nur mehr der Euro-Banknotenumlauf dargestellt.

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 20 entnommen werden.

Tabelle 20

	31. 12. 2005		31. 12. 2004		Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.969.837	3.993.473	+976.364	+24,4		
2.2 Einlagefazilität	6.100	6.570	-470	-7,2		
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–		
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–		
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–		
Insgesamt	4.975.937	4.000.043	+975.894	+24,4		

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Die Mindestreserve-Erfüllungsperiode beginnt jeweils an jenem Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, der auf die erste Sitzung des EZB-Rats im Monat folgt. Die Dauer der Mindestreserve-Erfüllungsperioden hat im Jahr 2005 zwischen 20 und 43 Tagen betragen.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2005 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 9.007 Tsd EUR durchgeführt.

Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 1. Dezember 2005 wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität mit Wirkung vom 6. Dezember 2005 um 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 % erhöht.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	7.786	
31. 12. 2004	7.626	
Veränderung	+160	(+2,1%)

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 3.879 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	8.133	
31. 12. 2004	6.293	
Veränderung	+1.840	(+29,2%)

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	216.627	
31. 12. 2004	204.040	
Veränderung	+12.587	(+6,2%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31. 12. 2005	15.712.996	
31. 12. 2004	9.000.500	
Veränderung	+6.712.496	(+74,6%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den elf anderen Zentralbanken des Eurosystems, mit den drei

nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken (Bank of England, Sveriges Riksbank und Danmarks Nationalbank) sowie mit der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der allfälligen anteiligen Rückverteilung des EZB-Seignioragegewinns sowie jene Salden ausgewiesen, die sich aus Korrespondenzkonten⁶ mit einzelnen Zentralbanken ergeben.

Die aus Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation). Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

⁶ Die Korrespondenzkonten können z.B. im Fall einer vorübergehenden Störung von TARGET für eine begrenzte Zahl von Transaktionen verwendet werden.

12 Sonstige Passiva

Die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva* zeigt Tabelle 21.

Tabelle 21

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	2.832	907	+1.925	+212,2
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	43.874	20.272	+23.602	+116,4
12.3 Sonstiges	604.723	576.229	+28.494	+4,9
Insgesamt	651.429	597.408	+54.021	+9,0

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, und Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 22 dargestellt.

Tabelle 22

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	329.409	267.786	+61.623	+23,0
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	192.233	232.028	-39.795	-17,2
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	22.879	22.915	-36	-0,2
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	45.123	43.614	+1.509	+3,5
Sonstiges	15.079	9.886	+5.193	+52,5
Insgesamt	604.723	576.229	+28.494	+4,9

Der *Satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90 % des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2004 gemäß Beschluss der Generalversammlung 12.579 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2005 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 38.383 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2005 wurden davon 15.504 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 22.879 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2005 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 19.441 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 162 Projekte 10.345 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 3.579 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 667.755 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Förderungsmittel des Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung in Höhe von 45.123 Tsd EUR resultieren aus den zweckgewidmeten

Veranlagungserträgen für das Jahr 2005 und werden am Tag nach der Generalversammlung an die FTE-Nationalstiftung zur Auszahlung gebracht.

13 Rückstellungen

Tabelle 23

	31. 12. 2004	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2005
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.879.000	-93.593	+107.709	1.893.116
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	43.817	-2.351	+4.724	46.190
Dienstnehmerjubiläen	10.050	-1.046	+1.628	10.632
Nicht konsumierte Urlaube	9.492	-4	+303	9.791
Sabbatical	38	-18	-	20
Gesetzliche Sozialabgaben	74	-74	+84	84
Gehaltsanteile 2005	405	-405	+448	448
Rückstellungen für				
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	234.231	-19.389	-	214.842
allgemeine Währungsrisiken	40.000	-	+8.000	48.000
einbehaltene monetäre Einkünfte	39.569	-39.569	-	-
Körperschaftsteuer	10.278	-10.278	-	-
Projektabschluss der Umbauarbeiten OeNB I und Bürogebäude Nord	5.088	-3.460	-	1.628
Lieferungen und Leistungen	1.313	-1.313	+923	923
Hausverwaltungsbereich	1.438	-1.438	-	-
Leistungen von Konzerngesellschaften	5.195	-5.195	+848	848
Sonstiges	649	-416	+432	665
Insgesamt	2.280.637	-178.549	+125.099	2.227.187

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine Pensionsreserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionszahlungen der OeNB werden aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen des Jahres 2005 haben gegenüber dem Vorjahr um 2.655 Tsd EUR oder 2,9% auf 93.593 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 4.139 Tsd EUR (2004: 4.043 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses der Pensionsreserve zugeführt, womit sie mit dem versicherungsmathematisch berechneten Barwert ausgewiesen wird. Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2005 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p.a. angewendet.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50 % p.a. angewendet wird.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Tabelle 24 zeigt die *Ausgleichsposten aus Neubewertung*.

Tabelle 24

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung
	<i>in Tsd EUR</i>	<i>in Tsd EUR</i>	<i>in Tsd EUR</i>
Neubewertungskonten			
Gold	1.833.123	743.380	+1.089.743
Fremdwährungen	393.793	39.588	+354.205
Wertpapiere	105.140	151.928	-46.788
Beteiligungen	196.319	175.799	+20.520
Außerbilanzielle Geschäfte	7.015	6.792	+223
Insgesamt	2.535.390	1.117.487	+1.417.903
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	1.423	1.423	0
Beteiligungen	278.854	279.728	-874
Insgesamt	280.277	281.151	-874
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)	491.858	537.349	-45.491
Insgesamt	3.307.525	1.935.987	+1.371.538

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2005 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Salden der Neubewertungskonten werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen herangezogen.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (Initial Valuation) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB bilanziert gemäß § 69 Abs. 1 NBG zur Deckung von Kursrisiken die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*. Die im Jahresabschluss 2005 ausgewiesene Reservehöhe beinhaltet die aus den Jahren vor Beginn des Eurosystems verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 491.858 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Gold- und Fremdwährungsverkäufen realisierten – Kursgewinnen verwendet. Weiters wird sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, aufgelöst. Mit ihrem verbleibenden Saldo dient sie der Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die *Neubewertungskonten* gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

15 Kapital und Rücklagen

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 25 dargestellt.

Tabelle 25

	31. 12. 2005	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Gewinnglättungsrücklage	2.226	2.226	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	598.020	585.439	+12.581	+2,1
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Insgesamt	4.105.009	4.092.428	+12.581	+0,3

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* wird für die Abdeckung des ermittelten Risikos herangezogen. Detaillierte Angaben über das Risikomanagement der OeNB sind dem Abschnitt „Risikomanagement“ zu entnehmen.

Der Jubiläumfonds von 1.531.500 Tsd EUR setzt sich seit dem Jahr 2003 aus zwei Teilbereichen zusammen, und zwar einerseits aus dem originären Jubiläumfonds in Höhe von 31.500 Tsd EUR sowie andererseits aus Mitteln für die Förderung der FTE-Nationalstiftung im Ausmaß von 1.500.000 Tsd EUR.

Die dem originären Jubiläumfonds zugeordneten 31.500 Tsd EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7.267 Tsd EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24.233 Tsd EUR zugeführt worden.

Die der FTE-Nationalstiftung zugeordneten 1.500.000 Tsd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545.000 Tsd EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955.000 Tsd EUR) zweckgebunden umgewidmet.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen* dient vor allem dem Zweck, Ausfälle aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks abzudecken.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten)

Zum 31. Dezember 2005 waren außer den in der Bilanz erfassten Posten nachfolgende finanzielle Verpflichtungen bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Swaps bzw. Termingeschäfte in Euro und Fremdwährungen unter An- und Verkäufen auf Termin (1.251.584 Tsd EUR bzw. 1.254.007 Tsd EUR)
- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 493.639 Tsd EUR
- Gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 525.758 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit Emergency Assistance for Natural Disasters im Gegenwert von 8.469 Tsd EUR
- Nachschussverpflichtung von 38.856 Tsd EUR (Gegenwert von 32.115 Tsd SZR) auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel

- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 15.744 Tsd EUR
- Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 16.896 Tsd EUR
- Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 1.040.000 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern
- Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 104.000 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Mittel einzufordern und damit ihr eingezahltes Kapital um weitere 5 Mrd EUR aufzustocken
- Eventualverpflichtung aus Gewährleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der OeNB-Anteile an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH in Höhe von 20.520 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien in Höhe von 111.001 Tsd EUR und Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien in Höhe von 2.278 Tsd EUR

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Die Bestände der derivativen Finanzinstrumente zum 31. Dezember 2005 zeigt Tabelle 26.

	Zugrunde liegendes Nominale <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert positiv <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert negativ <i>in Tsd EUR</i>
Zinsswaps			
Verkauf	237.199	6.707	101

Die Marktwerte resultieren aus der Bewertung zum 31. Dezember 2005. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 7.015 Tsd EUR (verrechnet in Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 308 Tsd EUR. Der negative Marktwert wurde als *Abschreibung auf Finanzanlagen und -positionen* über die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV-Posten 2.2) verrechnet.

Ferner wurden im Jahr 2005 Fremdwährungsoptionen sowie Wertpapieroptionen gehandelt, wobei sämtliche Optionen vor dem Jahresultimo fällig waren. Die erfolgsmäßige Auswirkung dieser Geschäfte wurde im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

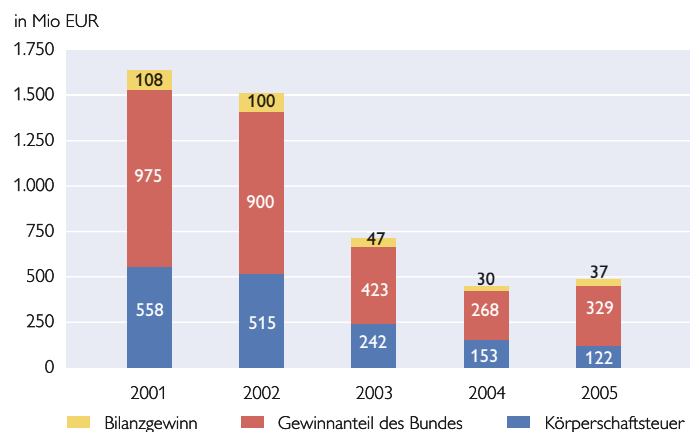
Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 27

	2005	2004	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	451.430	448.611	+2.819	+0,6
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	181.958	215.157	-33.199	-15,4
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	780	989	-209	-21,1
4 Erträge aus Beteiligungen	68.425	21.096	+47.329	+224,3
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	7.053	-30.872	+37.925	+122,8
6 Sonstige Erträge	21.157	7.506	+13.651	+181,9
Nettoerträge insgesamt	730.803	662.487	+68.316	+10,3
7 Personalaufwendungen	-104.910	-98.035	+6.875	+7,0
8 Sachaufwendungen	-85.322	-89.902	-4.580	-5,1
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-15.237	-16.182	-945	-5,8
10 Aufwendungen für Banknoten	-16.185	-7.157	+9.028	+126,1
11 Sonstige Aufwendungen	-21.136	-393	+20.743	
Aufwendungen insgesamt	-242.790	-211.669	+31.121	+14,7
Geschäftliches Ergebnis	488.013	450.818	+37.195	+8,3
12 Körperschaftsteuer	-122.003	-153.278	-31.275	-20,4
	366.010	297.540	+68.470	+23,0
13 Gewinnanteil des Bundes	-329.409	-267.786	+61.623	+23,0
14 Bilanzgewinn	36.601	29.754	+6.847	+23,0

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Geschäftliches Ergebnis im Fünf-Jahres-Überblick



1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden mit per saldo 257.273 Tsd EUR (+654 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen mit per saldo 115.126 Tsd EUR (-8.050 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 224.803 Tsd EUR (+109.330 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 20.662 Tsd EUR (+541 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus den Intra-Eurosystem-

Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Euro-systems Erträge von per saldo 146.017 Tsd EUR (+113.805 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 96.579 Tsd EUR (+8.283 Tsd EUR) aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 268.865 Tsd EUR (+183.228 Tsd EUR) stammen aus der Verzinsung der TARGET-Salden.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 5 Tonnen Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 46.370 Tsd EUR (oder 17,5 %) auf 218.151 Tsd EUR abgenommen. Davon stammen im Wesentlichen 190.647 Tsd EUR (+22.444 Tsd EUR) aus Gold- und Fremdwährungstransaktionen sowie 33.776 Tsd EUR (−61.443 Tsd EUR) aus Wertpapiertransaktionen.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 16.098 Tsd EUR (−238.081 Tsd EUR), auf Wertpapiere 27.906 Tsd EUR (+19.746 Tsd EUR), auf derivative Finanzinstrumente 101 Tsd EUR (−111 Tsd EUR) und auf Beteiligungen 186 Tsd EUR (−806 Tsd EUR).

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken* wird die Auflösung der vor 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* zur Abdeckung der buchmäßigen Währungskursverluste von 16.098 Tsd EUR ausgewiesen, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Demgegenüber wurden aufgrund der vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutarischen Beständen der *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken* 8.000 Tsd EUR zugeführt.

4 Erträge aus Beteiligungen

In diesem Posten wurde der Nettoertrag aus dem Verkauf des OeNB-Anteils an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH in Höhe von per saldo 42.316 Tsd EUR verrechnet. Weiters beinhaltet dieser Posten die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2004 der Münze Österreich Aktiengesellschaft (18.000 Tsd EUR) und der BIZ (2.276 Tsd EUR). Aus den Gewinnausschüttungen der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. bzw. der APSS resultieren 3.350 Tsd EUR bzw. 1.900 Tsd EUR. In diesem Posten ist auch die Rücküberweisung der EZB der nicht benötigten Verlustabdeckung 2004 in Höhe von 583 Tsd EUR enthalten.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Der Begriff der monetären Einkünfte gemäß Art. 32 der ESZB-Satzung umfasst jenen Teil der Erträge der am Eurosystem teilnehmenden nationalen Zentralbanken, der ihnen aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben im Eurosystem zufließt. Der Betrag der monetären Einkünfte einer nationalen Zentralbank im Sinne der ESZB-Satzung entspricht ihren jährlichen Einkünften aus jenen Vermögenswerten, die sie als Gegenposten zum Bargeldumlauf und ihren Verbindlichkeiten aus Einlagen der Kreditinstitute (monetäre Basis) hält. Für diesen Teil der Einkünfte ist im Art. 32.2 der ESZB-Satzung eine gesonderte Erfassung bzw. die Umverteilung auf Ebene der nationalen Zentralbanken gemäß einer vom EZB-Rat zu erlassenden Leitlinie vorgesehen.

Neben den Nettoerträgen sind auch jene Aufwendungen, die im Zuge des Einsatzes von liquiditätsabsorbierenden geldpolitischen Instrumenten anfallen, von Relevanz. Insbesondere hat die Regelung der Mindestreserve im Eurosystem wesentlichen Einfluss auf die Berechnung der monetären Einkünfte, da die von den nationalen Zentralbanken an Kreditinstitute gezahlten Zinsen auf Mindestreserve-Einlagen von den zusammenzulegenden Erträgen in Abzug gebracht werden.

Die so ermittelten monetären Einkünfte sind von den einzelnen nationalen Zentralbanken des Eurosystems in einen gemeinsamen Topf abzuführen und werden sodann entsprechend ihrer Anteile am eingezahlten EZB-Kapital rückverteilt. Für die OeNB ergibt sich aus der Bemessung der monetären Einkünfte für das Jahr 2005 per saldo ein Ertrag von 7.076 Tsd EUR, der aus der Differenz zwischen den in den gemeinsamen Topf eingebrachten Einkünften in Höhe von 278.139 Tsd EUR und dem rückverteilten Anteil von 285.215 Tsd EUR resultiert. Unter Berücksichtigung einer Aufrollung aus dem Vorjahr wurden Anfang Jänner 2006 per saldo 7.053 Tsd EUR überwiesen.

6 Sonstige Erträge

Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus dem Verkaufserlös von OeNB-Liegenschaften und Wohnungen.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5 % der gesamten Schemabezüge – für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25 % zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2 % zu leisten.

Die *Gehälter* abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 526 Tsd EUR oder 0,6% auf 83.293 Tsd EUR abgenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.568 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge⁷ sowie Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) in Höhe von insgesamt 1.042 Tsd EUR (2004: 1.030 Tsd EUR) erhalten. In Tabelle 28 ist eine entsprechende Aufgliederung enthalten.

Tabelle 28

	Bezüge in Tsd EUR	Sachbezüge in Tsd EUR	Insgesamt in Tsd EUR
Gouverneur Dr. Liebscher	268	8	276
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatzcek	253	10	263
Direktor Mag. Dr. Zöllner	246	10	256
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Christl	238	8	246

Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2005 107 Tsd EUR (2004: 106 Tsd EUR sowie 35 Tsd EUR als Nachzahlung für das Jahr 2003) vergütet.

Das auf Basis der Vorgaben des Rechnungshofs für die Einkommenserhebung ermittelte Jahresdurchschnittseinkommen eines OeNB-Mitarbeiters beläuft sich für das Geschäftsjahr 2005 auf 77 Tsd EUR (2004: 76 Tsd EUR).

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 29 gezeigt.

Tabelle 29

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2005	2004	Veränderung	2005	2004	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	947,5	970,3	-22,8	962,8	957,3	+5,5
Insgesamt	1.114,5	1.148,5	-34,0	1.131,2	1.161,8	-30,6

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.
² Ohne die außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

Die *Gesetzlichen Sozialabgaben* über insgesamt 12.883 Tsd EUR (das sind +55 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.533 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (6.484 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.795 Tsd EUR).

⁷ Limitiert gemäß Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 25 % (31. Dezember 2004: 34 %) ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Gewinnanteil des Bundes

Der *Gewinnanteil des Bundes* in Höhe von 329.409 Tsd EUR (2004: 267.786 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses.

Direktorium

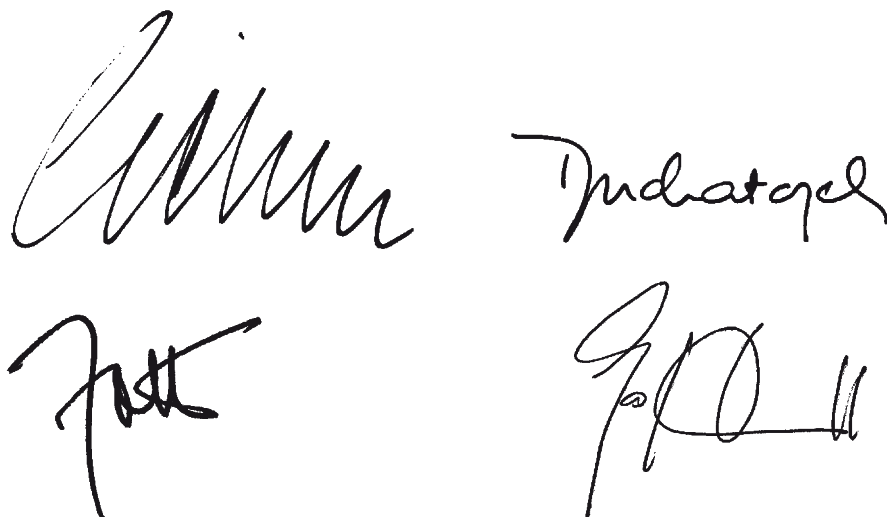
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Generalrat

Präsident Herbert Schimetschek
Vizepräsident Dr. Manfred Frey
Dipl.-Ing. August Astl
Mag. Christian Domany (bis 24. Mai 2005)
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth
Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
Direktor Manfred Hofmann (ab 24. Mai 2005)
Univ.-Prof. Mag. Dr. Herbert Kofler
Mag. Georg Kovarik
Dipl.-Ing. Johann Marihart
Mag. Werner Muhm
Dkfm. Gerhard Randa
Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Dkfm. Johann Zwettler

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter.

Wien, am 29. März 2006



Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 der Oesterreichischen Nationalbank unter Beachtung der in Österreich berufsüblichen Grundsätze, wie sie in den Fachgutachten, in den Richtlinien und in den Stellungnahmen des Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer empfohlen werden, geprüft. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, daher erteilen wir einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 der Oesterreichischen Nationalbank nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank mittels der Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10) erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der vorgenannten Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2005 bzw. für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2005. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 Nationalbankgesetz 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 161/2004 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 29. März 2006

Dr. Pipin Henzl

Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf

Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 329.409 Tsd EUR (2004: 267.786 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Bilanzgewinn 2005 von 36.601.009,56 EUR.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 12. April 2006 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR		1.200.000,00
Zuweisung an die Leopold Museum-Privatstiftung		4.501.718,71
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft:		
für Förderungen durch die OeNB	12.579.460,15	
für Förderungen durch die FTE-Nationalstiftung	18.319.830,70	30.899.290,85
		36.601.009,56

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2005

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2005 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 24. Mai 2005 gewählten Rechnungsprüfern – den Wirtschafts-

prüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 27. April 2006 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2005 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2005 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2005 erstatteten Empfehlung (Seite 120) beschließen.



Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung

ACH	Automated Clearing House	IWF	Internationaler Währungsfonds
APC	Austrian Payments Council	JPY	Japanischer Yen
APSS	Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH	JVI	Joint Vienna Institute
ARTIS	Austrian Real Time Interbank Settlement	KMU	Klein- und Mittelbetrieb
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	LRGs	Langfristige Refinanzierungsgeschäfte
BIP	Bruttoinlandsprodukt	M3	Geldmenge M3
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	MAUS	Monatsausweis
BMF	Bundesministerium für Finanzen	MFIs	Monetäre Finanzinstitute
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	MoU	Memorandum of Understanding
BOSS	Bank On-Site Supervision	NBG	Nationalbankgesetz
BSC	Banking Supervision Committee	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
BWG	Bankwesengesetz	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
CCP.A	CCP Austria Abwicklungsstelle für Börsegeschäfte GmbH	OeKB	Oesterreichische Kontollbank
CEBS	Committee of European Banking Supervisors	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
CEEI	Conference on European Economic Integration	ORA	Ordnungsnormenausweis
CRD	Capital Requirements Directive	ORION	Operationales Risikomanagement in der OeNB
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	QUAB	Quartalsbericht
EPC	European Payments Council (Ausschuss für Wirtschaftspolitik)	ROA	Return on Assets
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	ROM	Risikoorientiertes Meldewesen
EU	Europäische Union	RTGS	Real Time Gross Settlement
EUR	Euro	SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	SEPA	Single Euro Payments Area
EZB	Europäische Zentralbank	SSP	Single Shared Platform
FDI	First Data International	ST.AT	Statistik Austria
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.
FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
FMSB	Finanzmarktstabilitätsbericht	SZR	Sonderziehungsrechte
FSI	Financial Soundness Indicators	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
FTE	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung	USD	US-Dollar
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	VaR	Value at Risk
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	VERA	Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis
IFRS	International Financial Reporting Standards	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
IRB	Internal Ratings-Based	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
		WKM	Wechselkursmechanismus
		WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
		WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

× = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor

0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

– = Zahlenwert ist null (gilt für den Jahresabschluss 2005 der Oesterreichischen Nationalbank)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Glossar

Austrian Payments Council (APC): Informationsdrehzscheibe und Koordinationsgremium der österreichischen Banken im Rahmen der Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA). Im Mai 2005 von den Gesellschaftern der Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA), zu denen auch die OeNB gehört, und von der Wirtschaftskammer Österreich gegründet.

Austrian Real Time Interbank Settlement (ARTIS): Ein von der OeNB eingerichtetes und betriebenes Bruttosystem, das Euro-Zahlungen in Echtzeit abwickelt. Es ist Teil des EU-weiten, vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) betriebenen Großbetragszahlungssystems TARGET. Seit 4. Jänner 1999 können über ARTIS Zahlungen europaweit über ein einziges Konto bei der OeNB abgewickelt werden.

Benchmarkportfolio: Ein Vergleichsportfolio, häufig ein Index, an dem die Wertentwicklung eines Investmentportfolios, also der Erfolg der Portfolioveranlagung, gemessen wird (relative Performancemessung). Auch Limitsysteme können sich an einer Benchmark orientieren; ein Beispiel dafür sind Abweichungslimits von der Struktur des Benchmarkportfolios (relative Limits im Rahmen der Risikosteuerung).

Chinese Wall: Zwischen einzelnen Unternehmenseinheiten eingezogene Informationsbarrieren, mit denen das Aufkommen von Interessenkonflikten unterbunden werden soll.

Clearing: Betragsmäßige Aufrechnung von Zahlungsaufträgen in einem Nettosystem, wobei der resultierende Saldo ausgeglichen wird.

EG-Vertrag: Vertrag von Rom (1. Jänner 1958), mit dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen wurde. Mit dem In-Kraft-Treten des EU-Vertrags (Vertrag von Maastricht) am 1. November 1993 wurde der EG-Vertrag geändert und die Europäische Union begründet. EG- und EU-Vertrag wurden durch den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** (Vertrag von Amsterdam; 1. Mai 1999) und zuletzt durch den Vertrag von Nizza (1. Februar 2003) geändert.

Eigenmittelquote: Kennzahl, die das Verhältnis von Eigenmitteln – dem eigenen Kapital einer Bank im Gegensatz zu dem von Gläubigern zur Verfügung gestellten Fremdkapital – und den risikogewichteten Aktiva der Bankbilanz in Prozent ausdrückt.

EU-Konvergenzkriterien: Fünf im Vertrag von Maastricht definierte Bedingungen, die ein EU-Mitgliedstaat erfüllen muss, um an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen und somit den Euro einführen zu können: 1) Die Inflationsrate liegt maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 2) der langfristige Zinssatz liegt maximal 2 Prozentpunkte über jenem der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 3) das öffentliche Defizit (Finanzierungssaldo des Staates) macht

nicht mehr als 3 % des BIP aus, 4) die öffentliche Verschuldung macht nicht mehr als 60 % des BIP aus oder geht zurück und nähert sich hinreichend schnell dem Referenzwert, 5) die erlaubte Schwankungsbreite der Wechselkurse im **WKM II** wurde seit mindestens zwei Jahren ohne starke Spannungen eingehalten und es erfolgte keine Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaates.

European Payments Council (EPC): Zentrales Entscheidungs- und Koordinationsgremium des europäischen Bankensektors im Rahmen der Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (**SEPA**). Das EPC hat u. a. zur Aufgabe, einheitliche Verfahrensrichtlinien für Euro-Überweisungen und für den Euro-Lastschriftverkehr zu definieren. Weiters ist das EPC für die Erstellung eines Rahmenwerks für die einheitliche Abwicklung von Kartenzahlungen verantwortlich. Gegründet wurde das EPC im Juni 2002 von europäischen Banken und Bankenverbänden.

Großkreditevidenz: Von der OeNB gepflegtes Informationssystem, das einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des kreditrisikobezogenen Informationsbedarfs von Kreditwirtschaft und Bankenaufsicht leistet. Gemäß § 75 Bankwesengesetz sind Kredit- und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherung zur monatlichen Meldung von Krediten mit Rahmen oder Ausnützung über 350.000 EUR an die Großkreditevidenz verpflichtet.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI): Laut EG-Vertrag ist die Preiskonvergenz unter den Mitgliedstaaten anhand eines harmonisierten Verbraucherpreisindex zu messen. Der von Eurostat berechnete HVPI ist das Ergebnis der Standardisierungsbemühungen und der zentrale Inflationsindikator für die Geldpolitik im Eurosystem: Wie vom EZB-Rat festgelegt, wird als Preisstabilitätsziel ein jährlicher Anstieg des HVPI für das Euro-Währungsgebiet von unter, aber nahe 2 % angepeilt.

Hedgefonds: Wenig bis gar nicht regulierte, meist in Offshore-Zentren angesiedelte Investmentvehikel, die ein breites Spektrum an Anlagestrategien verfolgen, eine auf Gewinnbeteiligung ausgerichtete Gebührenstruktur aufweisen und keinerlei Anlagerestriktionen unterliegen.

Internationale Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS): Nachfolger der Internationalen Standards der Rechnungslegung (International Accounting Standards – IAS) für die Aufstellung von Konzernabschlüssen. Die Anwendung der vom internationalen Rechnungslegungsgremium IASB (International Accounting Standards Board) entwickelten IFRS ist ab dem Jahr 2005 für alle börsennotierten EU-Unternehmen verpflichtend.

Inflationsindexierte Anleihe: Zweck einer inflationsindexierten Anleihe ist die Ausschaltung des Inflationsrisikos für eine festverzinsliche Veranlagung. Bei den meisten inflationsindexierten Anleihen ist der Zinssatz ein fixer Prozentsatz; inflationsindexiert ist der Kapitalwert. Beträgt z. B. die Inflationsrate

eines Jahres 5 %, so steigt ein Kapitalwert von ursprünglich 100 Geldeinheiten auf 105. Bei einer Verzinsung der Anleihe von 5 % steigt der tatsächliche Zinsauszahlungsbetrag von 5 auf 5,25 Geldeinheiten. Die Anleihe ist zwar fix verzinst, aufgrund des erhöhten Kapitalwertes werden in absoluten Beträgen aber mehr Zinsen ausbezahlt.

Kapitaladäquanz: Angemessenheit der Eigenmittelausstattung einer Bank in Bezug auf das Risikoprofil dieser Bank. Die Kapitaladäquanzbestimmungen von Basel I und Basel II sehen eine Kapitaladäquanz, d. h. **Eigenmittelquote** von 8 % der risikogewichteten Aktiva vor.

Kreditrisiko: Potenzielle Auswirkungen auf Vermögenswerte infolge von Änderungen in der Kreditqualität (Bonität) von Kunden.

Liquidität: Die Fähigkeit, laufende Zahlungsverpflichtungen jederzeit termingerecht und betragsgenau erfüllen oder neue Verpflichtungen eingehen zu können. Liquidität bezeichnet auch den Zahlungsmittelbestand bzw. die Liquidierbarkeit von Kapitalvermögen und kann sich auch auf einen gesamten Markt beziehen.

Lissabon-Strategie: Ein auf einem Sondergipfel der EU Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, das zum Ziel hat, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

M3: Weit gefasstes Geldmengenaggregat, das M1 (Bargeldumlauf und täglich fällige Einlagen), M2 (M1 und kurzfristige Spar- und Termineinlagen) sowie marktfähige Finanzinstrumente, insbesondere Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und von MFIs begebene Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren umfasst. M3 spielt in der geldpolitischen Strategie des Eurosystems eine wichtige Rolle. Der Referenzwert für die Wachstumsrate von M3 – jener Wert der auf mittlere Frist mit der Gewährleistung von Preisstabilität vereinbar ist – wurde für den Euroraum mit 4,5 % festgelegt.

Marktrisiko: Potenzielle Auswirkungen von Schwankungen auf Finanzmärkten (z. B. Zinssatz-, Aktienkurs- bzw. Wechselkursänderungen) auf Vermögenswerte.

Massenzahlungsverkehr: Kleinbetrags- bzw. Kundenzahlungen im Unterschied zu (TARGET-)Großbetragszahlungen.

Mengentender: Ausschreibungsverfahren, bei dem eine Notenbank auf der Basis konkurrierender Gebote der Geschäftspartner (Banken) dem Markt Liquidität zuführt oder entzieht, wobei die Notenbank zum von ihr fixierten Zinssatz Mengengebote einholt.

Memorandum of Understanding (MoU): Zwischen Behörden geschlossene Vereinbarung über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch hinsichtlich Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse.

Neuer Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt: EU-weiter Rechtsrahmen für Zahlungsverkehrssysteme, dessen Ziele die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums, die Kodifizierung des derzeit zersplitterten Gemeinschaftsrechts im Bereich des Zahlungsverkehrs, die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Zahlungsverkehrssystemanbieter, adäquater Schutz für Nutzer von Zahlungsdienstleistungen, die Sicherheit des Zahlungsverkehrs, die Steigerung der Effizienz von Zahlungsverkehrssystemen und Rechtssicherheit für alle Beteiligten eines Zahlungsprozesses sind.

Notenbankfähige Sicherheiten: Zur Besicherung von geldpolitischen Operationen des Eurosystems sind die Kreditinstitute verpflichtet, Sicherheiten zu stellen, die das Kriterium der Notenbankfähigkeit erfüllen. Zu den notenbankfähigen Sicherheiten zählen marktfähige Schuldtitel (Wertpapiere), die von der EZB festgelegte einheitliche und in der gesamten Währungsunion geltende Zulassungskriterien erfüllen.

Off-Site-Analyse: Qualitative und quantitative Untersuchung der von den Banken an die OeNB bzw. die Finanzmarktaufsicht gemeldeten Daten aus Risikomanagement und Bilanzbuchhaltung unter Verwendung verschiedener Verfahren. Ziel ist es, problematische Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten. Siehe auch **Vor-Ort-Prüfung**.

Operationales Risiko: Gefahr von Verlusten für eine Bank als Folge unangemessenen Verhaltens bzw. Versagens von Mitarbeitern, internen Prozessen oder Systemen sowie aufgrund externer Ereignisse.

Pan-European Automated Clearing House (PEACH): Clearinghaus für die automatisierte Abwicklung von Euro-Massenzahlungen. Eine Infrastruktur für grenzüberschreitende Überweisungen im europäischen **Massenzahlungsverkehr**, deren Aufbau europäische Banken im Rahmen der **SEPA-Initiative** verfolgen. Ein PEACH soll sich hinsichtlich der (Kosten-)Effizienz mit nationalen Clearinghäusern (ACH) messen können und muss sich an den Kundenanforderungen im nationalen Inlandszahlungsverkehr orientieren, d. h. eine kostengünstige, effiziente, schnelle und sichere Zahlungsabwicklung bieten. Diese Kriterien implizieren, dass sich dieses System an den Anforderungen einer vollautomatisierten Abwicklung (*straight-through processing* – STP) orientiert. **STEP2** ist das erste und bis dato einzige PEACH.

Rating: Beurteilung der Bonität eines Staates oder Unternehmens auf Basis standardisierter qualitativer und quantitativer Kriterien. Das Ergebnis des Ratingprozesses ist Grundlage zur Feststellung der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers.

Repatriierung von Kapital: Umschichtung von im Ausland investiertem Kapital durch gebietsansässige Investoren zurück ins Inland. Daraus folgt die Auflösung einer vormals aufgebauten Vermögensposition, beispielsweise durch den Verkauf ausländischer Wertpapiere oder die Auflösung von Festgeldbeständen im Ausland.

Return on Assets: Jahresüberschuss nach Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme (Gesamtkapitalrendite).

Schwellenland: Bezeichnung für ein Land, das sich deutlich vom Status eines Entwicklungslandes abzuheben begonnen hat und sich auf dem Weg zu einer breit angelegten Industrialisierung befindet. Das heißt, die Wirtschaftsstrukturen sind gerade im Wandel von einer Agrarwirtschaft zur Industrieländerwirtschaft begriffen. In der Regel erzielt ein Schwellenland nachhaltig Wachstumsraten, die weit über jenen der Industrieländer liegen. Manche Schwellenländer gelten heute bereits als „Industriepark“ der westlichen Wirtschaft (China); sie erzielen eine hohe Arbeitsproduktivität und stellen wegen ihrer relativ niedrigen Lohnniveaus eine beträchtliche Konkurrenz für die traditionellen Industrieländer dar.

Single Euro Payments Area (SEPA): Im Frühjahr 2002 gestartete Initiative von europäischen Banken zur Schaffung europaweit einheitlicher Standards für den Euro-Zahlungsverkehrsraum.

Stabilitätsprogramme: Jährlich aktualisierte mittelfristige Regierungspläne und Prognosen der Länder des Euro-Währungsgebiets über die Entwicklung von wirtschaftlichen und insbesondere budgetären Eckdaten gemäß den Erfordernissen des **Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)**. Nicht an der Währungsunion teilnehmende EU-Mitgliedstaaten müssen laut SWP jährlich ein Konvergenzprogramm vorlegen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): 1997 beschlossene und 2005 reformierte Ergänzung zum EU-Vertrag, die darauf abzielt, öffentliche Budgetdefizite zu begrenzen. Hauptziel des SWP sind mittelfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte.

STEP2: Das erste und bis dato einzige **PEACH** für Intra-EU-Überweisungen, das im April 2003 den Betrieb aufnahm und im März 2006 insgesamt 97 direkte und 1.581 indirekte Teilnehmerbanken zählte. Die Euro Banking Association (EBA) stellt mit diesem System den Kreditinstituten die technische Infrastruktur für eine kostengünstige und rasche Abwicklung von Überweisungen bereit, die bestimmte Kriterien erfüllen. So müssen die Zahlungen z. B. auf Euro lauten und die internationale Kontonummer (IBAN) und die internationale Bankleitzahl (BIC) des Empfängers aufweisen. Die OeNB bietet seit 3. November 2003 einen STEP2-Zugang an.

STEP.AT: Erweiterung des von der OeNB bereitgestellten **STEP2**-Zugangs, die den österreichischen Banken ab Mitte 2007 ein effizientes und kostengünstiges Clearing für nationale Interbanktransaktionen ermöglichen wird.

Stresstest: Untersuchung der Auswirkungen von drastischen, aber dennoch plausiblen Stressszenarien im Kredit- und Marktrisikobereich von Banken auf die Eigenmittelausstattung einer Bank.

Systemrisiko: Das Risiko, dass mehrere Kreditinstitute gleichzeitig in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

TARGET2: Nachfolgesystem von **TARGET**, das voraussichtlich im November 2007 in Betrieb genommen wird. Das Kernstück bildet eine von der Deutschen Bundesbank, der Banca d'Italia und der Banque de France gemeinsam errichtete und betriebene Gemeinschaftsplattform (*single shared platform*). **TARGET2** wird gegenüber dem bestehenden **TARGET**-System einen erweiterten, europaweit einheitlichen Funktionsumfang zu harmonisierten Preisen anbieten.

Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer (TARGET): Ein Brutto-Zahlungsverkehrssystem zur Abwicklung von Euro-Großbetragszahlungen in Echtzeit, das aus 16 nationalen RTGS-Systemen, dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB und einer Interlinking-Komponente, die eine Verbindung der RTGS-Systeme herstellt, besteht. Das von der OeNB betriebene **ARTIS**-System ist eines der Systeme im **TARGET**-Verbund.

Verfahren bei einem übermäßigen Defizit: Ein Mechanismus, der die EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin verpflichtet und auf Artikel 104 **EG-Vertrag** bzw. dem Protokoll Nr. 20 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit basiert und durch den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** wesentlich erweitert und beschleunigt wurde. Das Verfahren legt fest, wann ein übermäßiges Defizit vorliegt, und bestimmt die weitere Vorgangsweise, wenn die Haushaltsdisziplin verletzt wurde.

Vor-Ort-Prüfung: Eingehende Überprüfung ausgewählter Banken im Rahmen der Bankenaufsicht, bei denen die Prüfer großteils vor Ort tätig sind. Die Kreditinstitute werden in speziellen, relevanten Aktionsbereichen überprüft, um zusätzlich zum Meldewesen Informationen aus erster Hand und in ausgewähltem individuellem Detaillierungsgrad zu gewinnen, von denen entsprechende aufsichtsrechtliche Aktionen abgeleitet werden können. Siehe auch **Off-Site-Analyse**.

Volatilität: Schwankungsbreite eines Wertpapierkurses, eines Währungskurses oder eines Index. Wichtiger Indikator für Veranlagungen, denn die zukünftige Kursbewegung des Wertes entscheidet über den voraussichtlichen Gewinn oder Verlust.

Wechselkursmechanismus II (WKM II): Rahmen zur wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Euroraums und den EU-Mitgliedstaaten, die nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmen. Er legt einen Schwankungsbereich der Leitkurse einer Währung eines EU-Mitgliedstaates zum Euro fest. Maximal dürfen die Kurse um $\pm 15\%$ gegenüber dem Euro schwanken, es können aber auch engere Schwankungsbreiten festgelegt werden. (Siehe auch **EU-Konvergenzkriterien**).

Zahlungssystem: Einrichtung, die Zahlungsinstrumente, banktechnische Abwicklungen und Interbankentransfersysteme mit dem Zweck verbindet, Zahlungstransaktionen abzuwickeln.

Zinsspread: Spanne zwischen Zinssätzen auf Anleihemärkten. Dabei ist nicht nur eine Momentaufnahme von Zinsunterschieden von Interesse, sondern auch deren Entwicklung im Zeitablauf. Verglichen werden Zinsdifferenzen vor allem zwischen (1) verschiedenen Ländern, (2) Wertpapieren mit unterschiedlichen Laufzeiten und (3) Wertpapieren von Emittenten mit unterschiedlichen Kreditrisiken (z. B. Staatsanleihen, Unternehmensanleihen).

Zinstender: Ausschreibungsverfahren, bei dem eine Notenbank auf der Basis konkurrierender Gebote der Geschäftspartner (Banken) dem Markt Liquidität zuführt oder entzieht, wobei die Notenbank einen Mindestzinssatz vorgibt und Mengen- sowie Zinsgebote einholt.

Zwillingsdefizit: Gleichzeitiges Bestehen von Defiziten im öffentlichen Haushalt und in der Leistungsbilanz.

Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

Näheres finden Sie unter www.oenb.at

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunkturentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils auf Deutsch und Englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

econ.newsletter

vierteljährlich

Der quartalsweise im Internet erscheinende Newsletter der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB präsentiert ausgewählte Ergebnisse einem internationalen Adressatenkreis. Kollegen aus anderen Notenbanken oder internationalen Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte werden über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft informiert. Zusätzlich bietet der Newsletter Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Der Newsletter ist in englischer Sprache verfasst.

Näheres finden Sie unter www.oenb.at/econ.newsletter

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende *Finanzmarktstabilitätsbericht* umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Focus on European Economic Integration

halbjährlich

Als Nachfolgepublikation des Focus on Transition (letzte Ausgabe 2/2003) bietet diese englischsprachige Publikation eine Fülle an Informationen zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Der *Focus on European Economic Integration* enthält eingangs eine aktuelle Wirtschaftsanalyse ausgewählter Länder aus diesem Raum. Im Hauptteil finden sich Studien zu ausgewählten notenbankrelevanten Themen sowie gegebenenfalls zu einem Schwerpunktthema. Abgerundet wird die Publikation durch Informationen über Konferenzen und Veranstaltungen der OeNB zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie einen statistischen Anhang.

Workshop-Bände

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge von Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation ist nur auf Englisch verfügbar.

Working Papers

etwa 10 Hefte jährlich

Die *Working Paper*-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Volkswirtschaftliche Tagung (Tagungsband)

jährlich

Die *Volkswirtschaftliche Tagung* der OeNB stellt eine wichtige Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung und ist überwiegend auf Englisch verfasst.

Conference on European Economic Integration (Konferenzband)

jährlich

OeNB-Konferenzbandreihe mit Schwerpunkt auf notenbankrelevanten Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Erscheint in einem renommierten internationalen Verlag auf Englisch (Nachfolgekonferenz der Ost-West-Konferenz der OeNB).

Näheres finden Sie unter ceec.oenb.at

Geschäftsbericht

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im *Geschäftsbericht* der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den *Jahresabschluss* der OeNB.

Wissensbilanz

jährlich

Die seit dem Jahr 2003 veröffentlichte Publikation beschreibt intellektuelles Kapital sowie dessen Einsatz in Geschäftsprozessen und Leistungen der OeNB. Die Steuerung des Human-, Beziehungs-, Struktur- und Innovationskapitals ist von besonderer strategischer Bedeutung; dabei ermöglicht die *Wissensbilanz* die ganzheitliche Sichtweise. Sie stellt Zusammenhänge dar und macht den Stellenwert einzelner Einflussfaktoren deutlich. Aus ihr gewonnene Erkenntnisse sind für eine Standortbestimmung im Hinblick auf die auf Wissen basierende strategische Ausrichtung notwendig.

Bildnachweis



Donaubrücke, Tulln



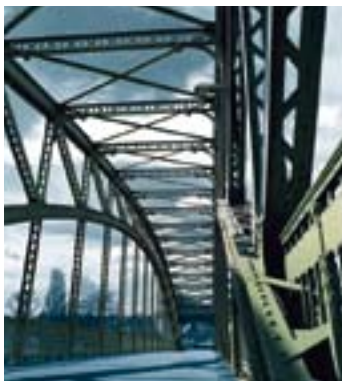
Viadukt Ghega-Bahn, Semmering



Nonntaler Brücke, Salzburg



Talübergang Schottwien



Jugendstilbrücke Döbling, Wien



Stauseebrücke, Ottenstein

Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon</i>	<i>Fernschreiber</i>
Hauptanstalt			
Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3 <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	(+43-1) 404 20-0 Telefax: (+43-1) 404 20-2398	114669 natbk 114778 natbk
Zweiganstalten			
Zweiganstalt Österreich West			
Innsbruck Adamgasse 2	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	(+43-512) 594 73-0 Telefax: (+43-512) 594 73 99	
Zweiganstalt Österreich Süd			
Graz Brockmanngasse 84	Postfach 8 8018 Graz	(+43-316) 81 81 81-0 Telefax: (+43-316) 81 81 81 99	
Klagenfurt 10.-Oktober-Straße 13	10.-Oktober-Str: 13 9020 Klagenfurt	(+43-463) 576 88-0 Telefax: (+43-463) 576 88 99	
Zweiganstalt Österreich Nord			
Linz Coulinstraße 28	Postfach 346 4021 Linz	(+43-732) 65 26 11-0 Telefax: (+43-732) 65 26 11 99	
Salzburg Franz-Josef-Straße 18	Postfach 18 5027 Salzburg	(+43-662) 87 12 01-0 Telefax: (+43-662) 87 12 01 99	
Repräsentanzen			
Oesterreichische Nationalbank London Representative Office 5 th floor, 48 Gracechurch Street London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich		(+44-20) 7623-6446 Telefax: (+44-20) 7623-6447	
Oesterreichische Nationalbank New York Representative Office 745 Fifth Avenue, Suite 2005 New York, N.Y. 10151, USA		(+1-212) 888-2334 (+1-212) 888-2335 Telefax: (+1-212) 888 2515	(212) 422509 natb ny
Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 B 1040 Brüssel, Belgien		(+32-2) 285 48-41, 42, 43 Telefax: (+32-2) 285 48 48	
Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD 3, rue Albéric-Magnard F 75116 Paris, Frankreich		(+33-1) 53 92 23-39 (+33-1) 53 92 23-44 Telefax: (+33-1) 45 24 42-49	

UNSER AUFTRAG UND UNSERE AUFGABEN

Auftrag

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist die Zentralbank der Republik Österreich und integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit. Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus. Das vorrangige Ziel des Eurosystems und somit auch der OeNB ist es, Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet zu gewährleisten, um damit die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten.

Aufgaben

Mitwirkung bei geldpolitischen Entscheidungen

- Mitentscheidung des Gouverneurs im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) und im Erweiterten Rat
- Volkswirtschaftliche Analyse und Forschung

Operative Geldpolitik/Reservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken
- Management der eigenen Währungsreserven sowie des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Mitwirkung bei der Bankenaufsicht sowie Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
- Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten

Bereitstellung von Statistiken

- Bereitstellung von Statistiken, vor allem Monetär-, Zinssatz-, Bankenaufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken wie z. B. Zahlungsbilanz, Bankenstatistik oder Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Banknoten und Münzen
- Gewährleistung des Bargeldumlaufs
- Falschgeldbekämpfung durch Aufklärung

Zahlungsverkehr

- Bereitstellung und Gewährleistung effizienter und zuverlässiger Verrechnungs- und Zahlungsverkehrssysteme innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und im Verkehr mit dritten Ländern

Nationale/Internationale Kooperation

- Zusammenarbeit mit nationalen Gremien wie Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat u. a.
- Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems, des ESZB und der Europäischen Union
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit mit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (Internationaler Währungsfonds, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)

Öffentlichkeitsarbeit

- Schnittstelle zwischen dem Eurosystem einerseits und der österreichischen Bevölkerung, Politik und Wirtschaft andererseits
- Aktive und umfassende Kommunikationspolitik

AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZUR OeNB

	2005	2004
Unternehmenskennzahlen		
<i>Stand 31. Dezember</i>		<i>in Tsd EUR</i>
Nettowährungsposition	12.206.230	10.813.585
Banknotenumlauf	15.128.006	13.416.144
Bilanzsumme	46.389.785	35.583.064
Geschäftliches Ergebnis	488.013	450.818
Körperschaftsteuer	122.003	153.278
Gewinnanteil des Bundes	329.409	267.786
Bilanzgewinn	36.601	29.754
		<i>absolut</i>
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche	947,5	970,3
Wissensbilanz		<i>Anzahl</i>
Auskünfte der OeNB-Hotlines	33.535	33.193
Abonnenten der Newsletter	12.834	11.250
OeNB-Publikationen	67	57
Forschungskooperationen mit externen Partnern	42	38
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Institutionen	25	14
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch, in kWh/m ²	66	73
Stromverbrauch, in MWh/Mitarbeiter	8,3	8,4
Recyclingpapieranteil, in %	90	90

Quelle: OeNB.

UNSER LEITBILD

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) haben im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen veröffentlicht:

Vorrangiges Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben durch Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser Erfahrungskapital sowie auf den Austausch von Wissen wollen wir im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Unternehmensleitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.

Wir stellen das Vertrauen in die OeNB durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.

Unsere Leistungen und Produkte sind stark kundenorientiert, um einen hohen Nutzen bei den Kunden und Partnern zu stiften.

Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleisten wir eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung.

Unseren Kunden und Partnern gegenüber treten wir kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.

Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft unseren Arbeitsstil.

ORGANISATIONSPLAN

Präsident Herbert Schimetschek	Vizepräsident Dr. Manfred Frey
Referat des Generalrats AL Dr. Dr. Richard Mader	

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher

Referat des Gouverneurs
AL DRR Mag. Dr. Wolfgang Ippisch

Innenrevision

AL DRR Wolfgang Winter

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

AL Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling

AL Mag. Gerhard Hohäuser

Jubiläumsfonds

AL Dr. Wolfgang Höritsch

Personalabteilung

AL Dr. Axel Aspetsberger

Hauptreferat Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung

DHR Mag. Peter Achleitner

Ressort Geld- und Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Rechtsabteilung

AL DRR Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für IT- und Zahlungsverkehrsstrategie

AL Dr. Walter Hoffenberg

IT-Development

AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations

AL Dipl.-Ing. Erich Schütz

Zahlungsverkehrsabteilung

AL DRR Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung Hauptkasse und Zweiganstalten

HAL Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei

TL Gerhard Habitzl

Banknoten- und Münzenkasse

AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zweiganstalt Österreich Nord

DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd

DZA Mag. Friedrich Fasching

Zweiganstalt Österreich West

DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen

HAL Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung

AL Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung

AL Herbert Domes

Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte

Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL DRR Univ.-Doz. Mag. Dr. Eduard Hochreiter

Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen

AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

AL Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel

Mag. Marlies Stubits

Repräsentanz Paris

Mag. Dr. Konrad Pesendorfer

Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Andreas Ittner

Abteilung für Finanzmarktanalyse

AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und -revision

AL Mag. Helmut Ettl

Kreditabteilung

AL DRR Mag. Dr. Franz Richter

Ressort Investitionspolitik, Interne Dienste und Statistik

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung

AL Mag. Franz Partsch

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko

AL Mag. Helmut Gruber

Treasury – Front Office

AL DRR Mag. Walter Sevcik

Treasury – Back Office

AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London

Doris Kutalek

Repräsentanz New York

Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Organisation und Interne Dienste

DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung¹

AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

Abteilung für Einkauf, Technik und Service

N. N.

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten

AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice

AL DRR Susanne Sperch

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve

AL Gerhard Kaltenbeck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten

AL Eva-Maria Nesvadba

AL Abteilungsleiter

DHA Direktor der Hauptabteilung

DHR Direktor des Hauptreferats

DRR Direktionsrat

DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt

HAL Hauptabteilungsleiter

TL Technischer Leiter

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs

Stand per 27. April 2006

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Produktmanager

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

*Manfred Fluch, Doris Haider, Johannes Haushofer, Hannes Hermanky, Antje Hildebrandt,
Oliver Huber, Georg Hubmer, Vanessa-Maria Redak, Martin Taborsky, Beat Weber, Manfred Zipko*

Redaktion

Alexander Dallinger

Technische Gestaltung

*Peter Buchegger (grafische Gestaltung)
Ogilvy & Mather (Covergestaltung)
Erika Gruber (Layout, Satz)
Hausdruckerei der OeNB (Druck und Herstellung)*

Fotografien

*Peter Rigaud
Oneye Photography: Meinrad Hofer, Joseph Gottwald
Michael Dürr*

Rückfragen

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666
Telefax: (+43-1) 404 20-6698
E-Mail: oenb.info@oenb.at*

Bestellungen / Adressenmanagement

*Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345
Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at*

Impressum

*Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Günther Thonabauer, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.oenb.at
Druck: Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien
© Oesterreichische Nationalbank, 2006
Alle Rechte vorbehalten.*

Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit wurde auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Text immer sowohl auf Frauen als auch auf Männer bezieht.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendungen und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

DVR 0031577

Wien, 2006



Geprüfte Umweltinformation
A-000311